

Finanzministerium | Postfach 7127 | 24171 Kiel

Ministerin

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Thomas Rother, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

nachrichtlich:
Frau Präsidentin
des Landesrechnungshofs
Schleswig-Holstein
Dr. Gaby Schäfer
Berliner Platz 2
24103 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/1061

Kiel, den 31.05.2018

hsh portfoliomanagement AöR – Geschäftsbericht 2017

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,


anbei übermittle ich Ihnen den Geschäftsbericht 2017 der hsh portfoliomanagement AöR.

Der Vorstand der hsh portfoliomanagement AöR wird den Geschäftsbericht voraussichtlich in der Sitzung des Finanzausschusses am 7. Juni 2018 mündlich vorstellen.

Den vertraulichen Anstaltsbericht Q4-2017 der hsh portfoliomanagement AöR hatte ich Ihnen mit Datum vom 9. Mai 2018 bereits übermittelt.

Ich bitte Sie, den Mitgliedern des Finanzausschusses den Geschäftsbericht zur Verfügung zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen



Monika Heinold

Anlagen

Der Geschäftsbericht umfasst 104 Seiten und wurde an die Mitglieder des Finanzausschusses verteilt. Er kann über den Internetauftritt des Landtages unter www.sh-landtag.de -> Dokumente -> Umdrucke oder über die Seiten der hsh portfoliomanagement AöR unter www.hshpm.de/media-center/index.html aufgerufen werden.

hsh portfoliomanagement AöR

GESCHÄFTSBERICHT 2017



INHALTSVERZEICHNIS

/ KENNZAHLEN	U3
Vorwort des Vorstands	2
Bericht des Verwaltungsrats	6
/ LAGEBERICHT	10
1. Grundlagen der hsh portfoliomanagement AöR	10
2. Wirtschaftsbericht	16
3. Risikobericht	31
4. Chancenbericht	49
5. Prognosebericht	50
6. Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem in Bezug auf den Rechnungslegungsprozess	54
/ JAHRESABSCHLUSS	60
Jahresbilanz	60
Gewinn- und Verlustrechnung	62
Anhang	66
Kapitalflussrechnung	86
Eigenkapitalspiegel	87
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	88
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	89
Impressum	98

hsh portfoliomanagement AöR

Die hsh portfoliomanagement AöR (im Folgenden auch hsh portfoliomanagement oder hsh pm) wurde im Dezember 2015 durch Abschluss eines Staatsvertrags zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein als gemeinsame Abwicklungsanstalt errichtet.

Die Anstalt öffentlichen Rechts hat die Aufgabe, ein von der HSH Nordbank AG übernommenes Kreditportfolio von notleidenden Schiffsfinanzierungen wertschonend abzuwickeln. Der ausstehende Kreditbetrag der übernommenen Kredite beträgt zum 31. Dezember 2017 3,86 Mrd. Euro. Der Buchwert zum 31. Dezember 2017 beträgt 1,64 Mrd. Euro.

Die hsh portfoliomanagement AöR verfügt dank der Garantien ihrer Träger über ein sehr gutes Rating internationaler Ratingagenturen und refinanziert sich selbstständig an den Geld- und Kapitalmärkten.

Der Vorstand, Ulrike Helfer und Dr. Karl-Hermann Witte, sowie die 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben ihre Tätigkeit unter ein klares Leitbild gestellt: „Qualifizierte Portfolioabwicklung unter größtmöglicher Wahrung der Vermögensinteressen der Träger“.

/ KENNZAHLEN

PORTFOLIO

in Mio. Euro	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
Ausstehender Kreditbetrag	3.856	4.478	-622
Buchwert	1.643	2.038	-395

- / Der ausstehende Kreditbetrag bezeichnet die Ansprüche gegenüber Kunden aus offenen Kreditbeträgen und offenen Zinsansprüchen. Diese Ansprüche reduzierten sich zum Bilanzstichtag insbesondere durch Wechselkurseffekte, Sicherheitenverwertungen, Kreditrestrukturierungen sowie Tilgungsleistungen auf 3.856 Mio. Euro.
- / Der Buchwert zum 31. Dezember 2017 betrug 1.643 Mio. Euro. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahresstichtag resultiert im Wesentlichen aus Wechselkurseffekten und Sicherheitenverwertungen sowie Veränderungen der Risikovorsorge.
- / Der Buchwert zum 31. Dezember 2016 berücksichtigt die zu diesem Stichtag bilanziell unter Forderungen an Kreditinstitute ausgewiesenen sogenannten Sunrise-Kontokorrente in Höhe von 25 Mio. Euro. Gemäß Portfolioübertragungsvertrag wurden diese Forderungen wirtschaftlich ebenfalls per 30. Juni 2016 auf die hsh pm übertragen und bis zur dinglichen Übertragung (31. März 2017) von der HSH Nordbank AG als Kontokorrentlinien geführt.

ERTRAGSLAGE

in Tsd. Euro	01.01.–31.12.2017	19.01.–31.12.2016 ¹	Veränderung
Zinsergebnis	870	5.732	-4.862
Provisionsergebnis	-302	-5.284	4.982
Personalaufwand	5.943	2.231	-3.712
Andere Verwaltungsaufwendungen	28.395	27.904	491
Bewertungsergebnis	-2.444	-470.073	467.629
Jahresergebnis	-44.428	-505.323	460.895

¹ Rumpfgeschäftsjahr; die Übernahme des Schiffsfinanzierungsportfolios erfolgte zum 30. Juni 2016

- / Der Rückgang des Zinsergebnisses ist im Wesentlichen auf höhere Refinanzierungskosten infolge gestiegener Refinanzierungszinssätze zurückzuführen.
- / Geringere Gebühren im Zusammenhang mit der US-Dollar-Brückenfinanzierung führten zu einem deutlich verbesserten, aber weiterhin negativen Provisionsergebnis.
- / Der gestiegene Personalaufwand ist auf den weiteren planmäßigen Personalaufbau zurückzuführen. Im Jahr 2016 waren durchschnittlich 13 Mitarbeiter beschäftigt; die Vergleichszahl im Jahr 2017 belief sich auf 53 Mitarbeiter.

- / Während die anderen Verwaltungsaufwendungen im Vorjahr noch durch Gründungs- und Ingangsetzungskosten geprägt und operativ nur für das 2. Halbjahr 2016 angefallen waren, entfielen die Aufwendungen im Jahr 2017 vollständig auf den operativen Geschäftsbetrieb. Hierin sind weiterhin Kosten des Auf- und Ausbaus der Gesellschaft enthalten.
- / Das Bewertungsergebnis (Nettoergebnis aus der Risikovorsorge) beinhaltet im Wesentlichen Auflösungen sowie Zuführungen zu Einzelwertberichtigungen. Diese fielen aufgrund einer Erholung einzelner Marktsegmente und Abbauerfolge deutlich geringer aus als im Vorjahr.
- / Das Jahresergebnis konnte gegenüber dem Vorjahr, welches wesentlich durch Gründungs- und Ingangsetzungskosten geprägt war, deutlich verbessert werden. Das weiterhin negative Jahresergebnis ist insbesondere dem operativen Geschäftsbetrieb der hsh pm geschuldet. Als Abwicklungsanstalt betreut die hsh pm ein Portfolio aus ausschließlich notleidenden Schiffsfinanzierungen. Das daraus resultierende niedrige Zins- und Provisionsergebnis war im Geschäftsjahr 2017 nicht ausreichend, um die aufgrund des weiteren Aufbaus der Anstalt noch immer erhöhten Verwaltungsaufwendungen vollständig zu kompensieren.

VERMÖGENSLAGE

in Mio. Euro	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
Forderungen an Kunden	1.643.484	2.012.614	-369.130
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	639.379	2.351.816	-1.712.437
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.653.564	250.013	+1.403.551
BILANZSUMME	2.304.560	2.626.230	-321.670

- / Die Forderungen an Kunden entsprechen dem oben dargestellten Buchwert des Portfolios.
- / Die Bilanzsumme ist im Wesentlichen vom Kreditportfolio und dessen Refinanzierung bestimmt.
- / Der Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ist hauptsächlich auf die im Jahresverlauf 2017 erfolgte vollständige Rückzahlung der US-Dollar-Brückenfinanzierung zurückzuführen. Diese erfolgte durch Emission von drei US-Dollar-Kapitalmarktmissionen von zusammen 1,5 Mrd. US-Dollar.
- / Im Jahr 2017 wurden Emissionen von zusammen 1,5 Mrd. US-Dollar sowie 400 Mio. Euro erfolgreich am Kapitalmarkt platziert sowie eine Emission in Höhe von 250 Mio. Euro getilgt, wodurch sich die verbrieften Verbindlichkeiten insgesamt auf 1,7 Mrd. Euro erhöhten.

RATING

	Kurzfrist	Langfrist
Moody's Investors Service	P-1	Aa1
Fitch Ratings	F1+	AAA

- / Aufgrund der Garantien der Träger konnte die hsh portfoliomanagement AöR ein sehr gutes Rating erreichen.

MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
Anzahl Vollzeitkräfte	55,1	32,8	+22,3

- / Das Team wurde seit Mitte 2016 zügig und plangemäß aufgebaut.

VORWORT DES VORSTANDS

Sehr geehrte Damen und Herren,

für das Gesamtjahr 2017 haben wir keine nachhaltige Verbesserung der Schiffahrtsmärkte erwartet. Auch wenn sich im abgelaufenen Jahr an den Schiffahrtsmärkten leichte Aufhellungen zeigten, gingen wir in unseren Planungen noch davon aus, dass sich die angespannte wirtschaftliche Lage der Kreditnehmer insgesamt nicht maßgeblich ändern wird. Eine nachhaltige Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unserer Kreditnehmer war nicht zu erwarten. Diese Annahmen haben sich für die hsh portfoliomanagement bestätigt.

Unsere Gesellschaft hat die Aufgabe, von der HSH Nordbank AG zum Zwecke der Stabilisierung übernommene Risikopositionen unter den Voraussetzungen des Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetzes gewinnorientiert zu verwerten und abzuwickeln. Die Anstalt ist dazu mit einer Kreditermächtigung der Träger ausgestattet, die ihr die Bewirtschaftung des Portfolios notleidender Schiffskredite erlaubt.

Es ist unser Ziel, möglichst umfassend und transparent über unsere Tätigkeiten und unser Geschäftsfeld zu berichten. Mit dieser Motivation haben wir auch das Layout sowie die Inhalte unseres Geschäftsberichtes 2017 gegenüber dem Vorjahr erweitert.

Der Abbau des ausstehenden Kreditbetrages unseres notleidenden Schiffsfinanzierungsportfolios um nahezu 14 Prozent auf 3.856 Mio. Euro und der Abbau der Forderungen an Kunden um annähernd 20 Prozent auf 1.643 Mio. Euro ist auf sehr unterschiedliche Effekte zurückzuführen. Der größte Teil dieser Veränderung ist im Wesentlichen der schwächeren Dollarkursentwicklung (Rückgang um ca. zwölf Prozent) zuzuschreiben. Darüber hinaus haben wir bereits im ersten Jahr des Aufbaus unserer Gesellschaft die Möglichkeiten der gestiegenen Märkte genutzt und Teile des Portfolios abgebaut. So konnte der Buchwert aus dem Abbau der Kredite um 193 Mio. Euro zurückgeführt und das Portfolio um 37 Schiffssicherheiten weiter reduziert werden. Erste Abbauerfolge noch während der Aufbauphase!

Bei der Übernahme des Portfolios, die eine große Herausforderung darstellte, konnten unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Expertise unter Beweis stellen. Rund 250 Gespräche galt es, im Rahmen der Portfolioübernahme zu führen – mit der HSH Nordbank AG, mit unseren Kreditnehmern, mit Rechtsanwälten, Maklern und Schiffsmanagern. Mit jedem unserer Kunden wurden Gesprächstermine wahrgenommen, um an einer Lösung zum Wohl der Träger zu arbeiten.



Ulrike Helfer und Dr. Karl-Hermann Witte

In der Refinanzierung haben uns die sehr guten Ratings der Agenturen Moody's und Fitch (Aa1 und AAA) mit stabilen Prognosen Rückenwind gegeben. Wie im Vorjahr wurde die hohe Bonität der Anstalt bestätigt. Die positiven Bewertungen sind für unsere Anstalt öffentlichen Rechts eine wesentliche Grundlage für die Refinanzierung am Kapitalmarkt. Hier ist es uns in 2017 gelungen, durch die Ablösung unserer Brückenfinanzierung eine auf die Zukunft ausgerichtete Refinanzierungsstrategie umzusetzen.

Die Ertragslage der hsh portfoliomanagement wird wesentlich vom Zinsergebnis und den Verwaltungsaufwendungen geprägt. Obwohl die Zinserträge aus dem notleidenden Kreditportfolio mit 35,1 Mio. Euro um rund 77 Prozent über dem Rumpfgeschäftsjahr 2016 lagen, konnten diese die Kosten aus der Refinanzierung nur geringfügig überdecken.

Die Verwaltungsaufwendungen der hsh portfoliomanagement sind im Berichtsjahr auf 28,4 Mio. Euro (Vorjahr: 27,9 Mio. Euro) gestiegen. Diese hohen Aufwendungen entfielen im Wesentlichen auf den Einmalaufwand zur Fortsetzung des Aufbaus der Geschäftsorganisation in einem stark regulierten Umfeld. Die ersten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben zum 1. Juli 2016 ihre Tätigkeit bei uns aufgenommen. Entsprechend gering ist der Personalaufwand noch in 2016 ausgefallen. Gemäß den Anforderungen aus dem Aufbau der Gesellschaft ist der Personalaufwand in 2017 auf 5,9 Mio. Euro (Vorjahr: 2,2 Mio. Euro) gestiegen.

Insgesamt wurde ein Jahresfehlbetrag von 44,4 Mio. Euro ausgewiesen, der jedoch dank der wesentlich geringer ausgefallenen Risikovorsorge auf das Kreditgeschäft in Höhe von 2,4 Mio. Euro (Vorjahr: 470,1 Mio. Euro) deutlich (Vorjahr: 505,3 Mio. Euro) reduziert werden konnte.

Unseren Jahresabschluss 2017 haben wir wesentlich schneller aufstellen können als im Vorjahr. Der Bestätigungsvermerk unseres Abschlussprüfers ist uneingeschränkt. Wir beurteilen dies als eine wichtige Bestätigung für die Leistungen unseres Teams im ersten vollständigen Geschäftsjahr. Ein uns sehr wichtiges Ziel haben wir damit bereits in 2017 erreicht: Wir haben den Aufbau der Gesellschaft erfolgreich abgeschlossen!

Der Einsatz aller unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter war wieder beispielhaft, vielen zusätzlichen Herausforderungen waren sie ausgesetzt. Wir danken unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und wissen, dass sie auch in Zukunft mit aller Kraft daran arbeiten werden, den Auftrag der hsh portfoliomanagement zu erfüllen. Die Bedeutung für die beiden Trägerländer ist ihnen hierbei stets bewusst.

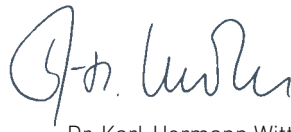
Der weitere Verlauf der Geschäftsentwicklung hängt ganz wesentlich von der Entwicklung der Schifffahrtsmärkte, den Zinskosten und der USD-Kursentwicklung ab. Wir erwarten den Verlauf des Geschäftsjahres 2018 etwas positiver als den Verlauf des vergangenen Jahres. Aber es wird eine Herausforderung bleiben, ein zumindest ausgeglichenes Ergebnis mit diesem ausschließlich notleidenden Kreditportfolio in den hochvolatilen Märkten zu erzielen.

Wir sind auf Kurs und haben in 2017 erfolgreiche Schritte in die richtige Richtung unternommen, aber wir werden auch weiterhin alle Kraft und den langen Atem benötigen, um unser Mandat – zum Nutzen der beiden Bundesländer Schleswig-Holstein und Hamburg – erfolgreich zu erfüllen.

Kiel, den 28. März 2018



Ulrike Helfer
Mitglied des Vorstands



Dr. Karl-Hermann Witte
Mitglied des Vorstands

BERICHT DES VERWALTUNGSRATS

Der Verwaltungsrat erfüllt seine Aufgabe als Aufsichtsorgan der hsh portfoliomanagement AöR im Einklang mit den ihm aus Gesetzen sowie der Satzung der Anstalt obliegenden Rechten und Pflichten.

Zu den Aufgaben des Verwaltungsrats zählen insbesondere

- / die Zustimmung zum Abwicklungsplan sowie die Festsetzung der in den Abwicklungsplan aufzunehmenden Angaben
- / die Festlegung von Pflichtinhalten und Form der Abwicklungsberichte
- / die Bestellung und Abberufung der Vorstandsmitglieder
- / der Erlass einer Geschäftsordnung für den Vorstand
- / die Bestellung des Abschlussprüfers
- / die Feststellung und Genehmigung des Jahresabschlusses.

Der Verwaltungsrat hat den Vorstand zu beraten und dessen Geschäftsführung zu überwachen. Darüber hinaus berät er den Vorstand bei Themen von besonderer strategischer Bedeutung.

Im Geschäftsjahr 2017 hat sich der Verwaltungsrat durch mündliche und schriftliche Berichte des Vorstands regelmäßig über die Lage der Gesellschaft und über wichtige Fragen der Geschäftsführung unterrichten lassen. Im Jahr 2017 fanden insgesamt fünf Sitzungen des Verwaltungsrats der hsh portfoliomanagement AöR statt.

Gegenstand der Beratungen des Verwaltungsrats im Geschäftsjahr 2017 waren insbesondere die vollumfängliche Aufnahme des Geschäftsbetriebs der Anstalt und die damit einhergehende Beendigung des Transitionsprojektes. In seinen Sitzungen befasste sich der Verwaltungsrat dazu unter anderem mit der dinglichen Übertragung des Kreditportfolios, der Refinanzierung und Liquiditätsausstattung sowie mit den Projektthemen der Anstalt und dem Fortgang der Restrukturierungen und der Abwicklungstätigkeiten. Der Verwaltungsrat befasste sich mit dem Abwicklungsplan und legte konkrete Anforderungen an den Abwicklungsplan fest.

Der Verwaltungsrat informierte sich durch die ihm vorgelegten Quartals- und Abwicklungsberichte und die ihm zur Kenntnis gebrachten weiteren Berichte, insbesondere die Risikoberichte, regelmäßig über die Lage der hsh portfoliomanagement AöR. Zudem befasste sich der Verwaltungsrat mit der Bestellung des Jahresabschlussprüfers. Des Weiteren hat der Verwaltungsrat den Vorstand der hsh portfoliomanagement AöR im Rahmen seiner Sitzungen beraten und dessen Geschäftsführung überwacht.

Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wurde vom Verwaltungsrat als gesetzlicher Jahresabschlussprüfer der Anstalt für das Geschäftsjahr 2017 bestellt. Der Abschlussprüfer hat den Jahresabschluss und den Lagebericht der hsh portfoliomanagement AöR für das abgelaufene Geschäftsjahr geprüft. Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichtes geführt. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt.

Dem Verwaltungsrat wurde das Ergebnis der Prüfung durch den Bericht des Abschlussprüfers eingehend erläutert. Auch nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung wurden keine Einwendungen erhoben.

Über die Ergebnisse seiner Prüfung berichtet der Abschlussprüfer gegenüber der hsh portfoliomanagement AöR in seinem Bestätigungsvermerk, der im Geschäftsbericht wiedergegeben wird. Seit dem Geschäftsjahr 2017 gilt die hsh portfoliomanagement AöR aufgrund ihrer Emissionen am regulierten Kapitalmarkt als kapitalmarktorientierte Gesellschaft und somit als sogenannte Public Interest Entity (PIE) im Sinne des Handelsgesetzbuchs. Damit sind deutlich erweiterte Anforderungen in Bezug auf den Umfang und den Inhalt des Bestätigungsvermerkes verbunden. Durch die Darstellung besonders wichtiger Prüfungssachverhalte – der Key Audit Matters – im Bestätigungsvermerk wird nun transparent dargestellt, welche Schwerpunkte der Abschlussprüfer im Rahmen seiner Prüfung gesetzt hat.

Der Verwaltungsrat hat den vom Vorstand der hsh portfoliomanagement AöR aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017 in seiner Sitzung vom 23. April 2018 festgestellt und genehmigt.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der hsh portfoliomanagement AöR für die im Jahr 2017 geleistete Arbeit.

Kiel, den 23. April 2018



Dr. Philipp Nimmermann
Vorsitzender des Verwaltungsrats

**„UNSERE UNTER-
NEHMENSKUL-
TUR IST GELEBTE
VERNETZUNG.
WIR ARBEITEN
GEMEINSAM AN
LÖSUNGEN.“**





/ LAGEBERICHT

1. GRUNDLAGEN DER hsh portfoliomanagement AöR

1.1 RECHTLICHE UND ORGANISATORISCHE GRUNDLAGEN

1.1.1 Überblick

Die hsh portfoliomanagement AöR, Kiel, (im Folgenden „hsh pm“) wurde mit Inkrafttreten des Staatsvertrags zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein am 22. Dezember 2015 als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts nach § 8b des Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetzes errichtet. Die nähere Ausgestaltung der hsh pm erfolgte gemäß § 11 des Staatsvertrags durch Erlass der Satzung am 19. Januar 2016.

Die hsh pm gilt nicht als Kreditinstitut oder Finanzdienstleistungsinstitut und betreibt keine Geschäfte, die einer Zulassung durch nationale oder internationale Aufsichtsbehörden bedürfen. Gleichwohl sind nach § 8b Absatz 2 des Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetzes (FMStFG) bestimmte Regelungen des Kreditwesengesetzes (KWG), des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG) und des Geldwäschegesetzes (GwG) auf die hsh pm entsprechend anzuwenden.

Träger der hsh pm sind zu gleichen Teilen die Freie und Hansestadt Hamburg und das Land Schleswig-Holstein. Die konstituierende Sitzung der Trägerversammlung erfolgte am 19. Januar 2016. Neben dem Erlass der Satzung der hsh pm wurden die Mitglieder des Verwaltungsrats und des Vorstands ernannt.

Die Eintragung der hsh pm in das Handelsregister beim Amtsgericht Kiel unter HRA 9377 KI erfolgte am 8. Juni 2016.

1.1.2 Stammkapital, Gewährträgerhaftung und Anstaltslast

Die hsh pm verfügt derzeit über kein Stammkapital. Gemäß § 4 Absatz 1 des Staatsvertrags kann auf Beschluss der Trägerversammlung ein Stammkapital eingerichtet werden, jedoch ist dies gegenwärtig nicht geplant.

Für die Verbindlichkeiten der hsh pm haften gemäß § 5 Absatz 1 des Staatsvertrags die Träger Dritten gegenüber unbeschränkt und als Gesamtschuldner, wenn und soweit Gläubiger eine Befriedigung aus dem Vermögen der hsh pm nicht erlangen können (Gewährträgerhaftung).

Die Träger stellen gemäß § 5 Absatz 2 des Staatsvertrags zudem sicher, dass die hsh pm für die Dauer ihres Bestehens als Einrichtung funktionsfähig bleibt (Anstaltslast).

1.1.3 Sitz der hsh pm

Der Sitz der hsh pm ist Kiel. Die hsh pm ist darüber hinaus mit Büroräumen in Hamburg vertreten.

1.1.4 Organe der hsh pm

Organe der hsh pm sind:

- / der Vorstand
- / der Verwaltungsrat und
- / die Trägerversammlung

Der Vorstand der hsh pm besteht aus zwei Mitgliedern. Er führt die Geschäfte der hsh pm und vertritt diese gerichtlich und außergerichtlich gegenüber Dritten.

Der Verwaltungsrat besteht aus vier Mitgliedern. Er setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Träger zusammen. Der Verwaltungsrat bestimmt die Grundsätze der Geschäftsführung und überwacht die Geschäftsführung des Vorstands. Darüber hinaus ist er insbesondere zuständig für

- / die Zustimmung zum Erwerb von Risikopositionen der HSH Nordbank AG, Hamburg / Kiel
- / die Zustimmung zum Abwicklungsplan
- / die Bestellung der Vorstandsmitglieder
- / die Bestellung des Abschlussprüfers
- / die Entscheidung über Feststellung und Genehmigung des Jahresabschlusses

Die Trägerversammlung hat zwei Mitglieder. Sie setzt sich aus jeweils einer Vertreterin oder einem Vertreter der Freien und Hansestadt Hamburg sowie des Landes Schleswig-Holstein zusammen, die durch die Träger benannt werden. Die Trägerversammlung entscheidet insbesondere über

- / den Erlass und die Änderung der Satzung
- / den Erwerb von Risikopositionen der HSH Nordbank AG
- / die Entlastung der Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats
- / die Genehmigung des Abwicklungsplans

1.1.5 Anstaltsorganisation der hsh pm

Die hsh pm ist in zwei Vorstandsdezernate gegliedert.

Dem Dezernat I steht Frau Ulrike Helfer vor. Es umfasst die Abteilungen

- / Restrukturierungsmanagement I
- / Restrukturierungsmanagement II
- / Kredit
- / Personal

Das Dezernat II leitet Herr Dr. Karl-Hermann Witte. Es besteht aus den Abteilungen

- / Risikocontrolling & strategische Abbauplanung
- / Treasury & Finanzen
- / Unternehmenssteuerung

Des Weiteren ist in diesem Dezernat die Interne Revision angesiedelt.

Die Abteilung Vorstandsstab & Gremienbetreuung ist beiden Dezernaten zugeordnet.

1.2 WIRTSCHAFTLICHE GRUNDLAGEN

1.2.1 Aufgaben der hsh pm

Der hsh pm obliegt gemäß § 2 des Staatsvertrags die Aufgabe, von der HSH Nordbank AG, ihren in- oder ausländischen Tochterunternehmen und ihren Rechtsnachfolgern zum Zwecke von deren Stabilisierung und zum Zwecke der Stabilisierung des Finanzmarktes Risikopositionen unter den Voraussetzungen des § 8b Absatz 1 des Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetzes zu übernehmen und gewinnorientiert zu verwerten und abzuwickeln.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben kann die hsh pm grundsätzlich alle Arten von Bank- und Finanzdienstleistungsgeschäften betreiben. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die hsh pm keine Geschäfte betreiben darf, die nach dem Unionsrecht lizenzpflichtig sind. Dies betrifft insbesondere das lizenzpflichtige Einlagengeschäft und Tätigkeiten, die

- / nach der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG und zur Aufhebung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG oder

- / nach der Richtlinie 2004/39/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID) oder
- / nach der Richtlinie 2007/64/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. November 2007 über Zahlungsdienste im Binnenmarkt (Zahlungsdiensterichtlinie)

einer Erlaubnis bedürfen.

Sie ist zur Erfüllung ihrer Aufgaben insbesondere ermächtigt, Kredite für den Erwerb von Risikopositionen der HSH Nordbank AG sowie für die Aufnahme und die laufende Geschäftstätigkeit aufzunehmen. Der Ermächtigungsrahmen wurde im Laufe des Jahres 2017 von maximal 6,2 Mrd. Euro auf maximal 4,9 Mrd. Euro reduziert.

1.2.2 Übertragenes Kreditportfolio

Mit Ablauf des 30. Juni 2016 hat die hsh pm ein Portfolio nahezu ausschließlich notleidender Schiffsfinanzierungen („Non Performing Loans“) von der HSH Nordbank AG zunächst wirtschaftlich im Wege einer Barunterbeteiligung übernommen. Das rechtliche Eigentum an dem Kreditportfolio wurde durch den Vertrag vom 30. Juni 2016 zur Ausgliederung eines Portfolios von Finanzierungsverträgen von der HSH Nordbank AG auf die hsh pm übertragen. Die dingliche Übertragung erfolgt durch Ausgliederungsvertrag (ca. zwei Drittel der Kredite) oder durch Einzeltransfers (ca. ein Drittel der Kredite). Der Ausgliederungsvertrag wurde mit Eintragung in das Handelsregister in Kiel und Hamburg am 18. Mai bzw. am 19. Mai 2017 wirksam. Der überwiegende Teil der Einzeltransfers steht zum Jahresende 2017 noch aus. Die Übernahme des Portfolios erfolgte nach vorheriger beihilferechtlicher Genehmigung durch die Europäische Kommission (Beschluss der Kommission vom 2. Mai 2016 über die staatliche Beihilfe und Maßnahmen SA.29338 (2013/C-30) und SA.44910 (2016/N) zugunsten der HSH Nordbank AG).

Die übernommenen Kreditforderungen beliefen sich per 30. Juni 2016 auf insgesamt rund 4,2 Mrd. Euro. Hierfür zahlte die hsh pm als Gegenleistung rund 2,4 Mrd. Euro. Der Kaufpreis war von der Europäischen Kommission als beihilferechtlich maximal zulässiger Kaufpreis festgelegt worden.

1.2.3 Strategisches Ziel

Aufgabe der hsh pm ist die gewinnorientierte Verwertung und Abwicklung der mit dem Kreditportfolio übernommenen Risikopositionen. Orientierungsmaßstab für die erfolgreiche Abwicklung bildet damit – neben dem Umfang der Abwicklung und der damit verbundenen Risikoreduzierung – auch das Abwicklungsergebnis. Das Abwicklungsergebnis ergibt sich ausgehend von dem für das übernommene Kreditportfolio gezahlten Kaufpreis unter Berücksichtigung der Aufwendungen und Erträge aus der Abwicklungstätigkeit. Dabei können bei einzelnen Krediteinzelengagements durchaus auch Verluste realisiert werden, wenn diese geringer sind als die erwarteten zukünftigen Verluste. Dieses mit den Trägern Hamburg und Schleswig-Holstein entwickelte Verständnis der gewinnorientierten Verwertung entspricht im Ergebnis einer wertschonenden Abwicklung des Kreditportfolios.

Das übernommene Portfolio umfasst nahezu ausschließlich notleidende Kredite („Non Performing Loans“), deren Schuldner nicht oder nur sehr eingeschränkt kapitaldienstfähig sind. Vor diesem Hintergrund baut die von der hsh pm erstellte Abwicklungsplanung im Wesentlichen auf individuellen Strategien für die einzelnen Kreditengagements auf. Unter Berücksichtigung des Marktumfelds für die Verwertung der Kredit-sicherheiten sowie der Leistungsfähigkeit der Schuldner soll eine wertschonende Rückführung der Finan-zierungen erreicht werden.

In Erfüllung der Vorgabe aus § 7 ihrer Satzung erstellt die hsh pm zur Konkretisierung ihrer Geschäfts-aktivitäten einen Abwicklungsplan, in dem die jährlich zu erwartende Reduktion des ausstehenden Forde-rungsvolumens in Form einer Prognose der zu erwartenden Rückflüsse aus Tilgungen und Verwertungen festgelegt wird. Da das von der hsh pm verwaltete Portfolio von der wechselhaften Entwicklung auf den Schifffahrtsmärkten abhängt, wird die Abwicklungsstrategie als Teil der Abwicklungsplanung zumindest vierteljährlich überprüft und bei Bedarf angepasst. Eine Aktualisierung und Fortschreibung des Abwick-lungsplans erfolgt zumindest jährlich. Die planmäßige Aktualisierung und Fortschreibung der Abwicklungs-planung aus dem März 2017 erfolgte im November 2017. Nach Zustimmung durch den Verwaltungsrat am 18. Dezember 2017 wurde die Abwicklungsplanung am 10. Januar 2018 durch die Trägerversamm-lung beschlossen.

1.3 STEUERUNG

1.3.1 Finanzielle Leistungsindikatoren zur Erreichung der strategischen Ziele

Das Ziel der hsh pm ist die Verwertung und Abwicklung des übernommenen Kreditportfolios. Die Heraus-forderung liegt hierbei in der strategischen Steuerung des Non-Performing-Loan-Portfolios. Insbesondere die eingeschränkte Leistungsfähigkeit der Kreditnehmer erschwert die Schätzung der zur erwartenden Ein-zahlungen aus Zinsen und Tilgungen sowie von Zahlungsausfällen. Diese Unsicherheit wird in der Abwick-lungsplanung für das Kreditportfolio berücksichtigt, wobei die Planungsmethodik weiter entwickelt wird.

Die hsh pm hat die strategische Steuerung ihrer Geschäftstätigkeit an dem Abwicklungsplan ausgerichtet, in dem Ziele und Maßnahmen der hsh pm für die kurz- und mittelfristige Abwicklung des Portfolios defi-niert sind. Ein wesentlicher Maßstab für die Erreichung der im Abwicklungsplan definierten Ziele ist der Abbau des Buchwerts des Kreditportfolios im Zeitablauf.

Als Maßstab für die kostengünstige Bewirtschaftung des übernommenen Kreditportfolios wird die Ent-wicklung der allgemeinen Verwaltungsaufwendungen (Personalaufwand und andere Verwaltungsauf-wendungen) herangezogen. Im Rahmen der regelmäßigen Berichterstattung werden der Vorstand und der Verwaltungsrat über die Entwicklung informiert.

Die Entwicklung der finanziellen Leistungsindikatoren werden im Lagebericht in den Abschnitten Ertrags-lage (allgemeine Verwaltungsaufwendungen) sowie Abwicklungsbericht (Abbau Kreditportfolio) dargestellt.

1.3.2 Nicht finanzieller Leistungsindikator – Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Ein entscheidender Erfolgsfaktor der hsh pm sind die hoch qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich durch ausgeprägte Fach-, Methoden- und Sozialkompetenzen auszeichnen. Ihr Engagement und ihre Leistungsbereitschaft tragen maßgeblich zum Erfolg der hsh pm bei.

Es ist der hsh pm ein Anliegen, dass die individuellen Fähigkeiten und Persönlichkeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter gefördert werden. Dafür schafft der Vorstand gemeinsam mit seinen Führungskräften seit Beginn ein kreatives und konstruktives Arbeitsumfeld, mit dem Ziel, eine große Identifikation und Mitarbeiterbindung zu erreichen.

Die hsh pm pflegt eine wertschätzende Unternehmenskultur, in der Leistung, Transparenz und Vertrauen einen hohen Wert haben.

Bei der Auswahl ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter legt die hsh pm grundsätzlich großen Wert auf deren langjährige Fachexpertise. Bei der Auswahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Abteilungen Restrukturierungsmanagement und Kredit wurde auf umfangreiche Erfahrungen im Bereich Shipping, insbesondere bei der Sanierung und Restrukturierung leistungsgestörter Engagements, geachtet. Für die Funktionen des Vorstandsdezernats II konnten zudem ausgewiesene Experten mit ebenso umfangreichen Erfahrungen in ihren jeweiligen Fachgebieten gewonnen werden.

Insgesamt ist der Personalaufbau weiter deutlich vorangeschritten. Der Personalbestand zum 31. Dezember 2017 entspricht 55,1 Vollzeitkräften. Bis zum Ende des zweiten Quartals 2018 wird sich der Personalbestand voraussichtlich weiter leicht erhöhen. Der Personalaufbau wird dann im Wesentlichen abgeschlossen sein.

2. WIRTSCHAFTSBERICHT

2.1 WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Im Jahr 2017 betreute die hsh pm weiterhin das in 2016 erworbene Darlehensportfolio, das weit überwiegend der Finanzierung von Handelsschiffen dient. Der wirtschaftliche Verlauf solcher Finanzierungen wird maßgeblich von den erzielbaren Charter- und Verkaufserlösen der finanzierten Schiffe beeinflusst. Insofern konzentrieren sich die folgenden Ausführungen auf die charter- und wertrelevanten Entwicklungen der Schifffahrtsmärkte in 2017.

2.1.1 Überblick über die Schifffahrtsmärkte

Die Preise auf den Schifffahrtsmärkten werden grundsätzlich durch das Verhältnis von Tonnageangebot und der Nachfrage nach Seetransportkapazität bestimmt. Das Tonnageangebot ergibt sich aus der jeweiligen Flottengröße. Es erhöht sich durch die Ablieferung neuer Schiffe und reduziert sich durch den Abgang von Schiffen, insbesondere durch Verschrottungen und Stilllegungen. Die Nachfrage wird je nach Marktsegment durch verschiedene Faktoren beeinflusst. Allgemein korreliert die Nachfrage nach Seetransport stark mit der Entwicklung des Welthandels, der zu mehr als 80 % über den Seeweg abgewickelt wird.

Übergreifend betrachtet, brachte das Jahr 2017 für die Handelsschifffahrt gegenüber dem schwachen Vorjahr weitgehend Verbesserungen, auch wenn die Märkte weiterhin von Überkapazitäten und einem scharfen Preis- und Verdrängungswettbewerb gekennzeichnet waren. Das Seehandelsvolumen wuchs 2017 mit ca. 4,1 % seit 2012 erstmals wieder stärker als die Weltwirtschaftsleistung mit ca. 3,6 %.

In den Segmenten Container- und Bulkschifffahrt konnten sich die durchschnittlichen Charraten und Schiffspreise gegenüber den entsprechenden Vorjahreswerten zum Teil deutlich verbessern, im Bereich Tankschifffahrt allerdings lagen insbesondere die Charraten deutlich unter dem Vorjahresniveau. Der Clarksea Index, der die Entwicklung der Charraten aller wesentlichen Schifffahrtsmärkte abbildet, zeigte in der ersten Jahreshälfte 2017 schwankende Entwicklungen ohne signifikante Ausreißer, verzeichnete dann in der zweiten Jahreshälfte 2017 einen deutlichen Anstieg und lag zum Jahresende ca. 24 % über dem Jahresanfangswert. Eine detailliertere Betrachtung der einzelnen Marktsegmente liefern die folgenden Abschnitte.

2.1.2 Containermarkt

Das Gesamtangebot von Containerschifftonnage ist nach TEU-Kapazität 2017 um 3,7% gewachsen, während die Anzahl der Schiffe fast unverändert blieb. Dieses Verhältnis verdeutlicht den anhaltenden Trend zu größeren Schiffen. Bei den Ablieferungen im Berichtsjahr handelte es sich schwerpunktmäßig um Großcontainerschiffe von asiatischen Werften, die überproportional zum Tonnagewachstum beigetragen haben. Die Verschrottungsaktivität fiel mit 141 Schiffen und rund 400.000 TEU Kapazität geringer aus als im Rekordjahr 2016, die Volumina entsprachen etwa der mittleren Verschrottungsaktivität seit 2014.

Insbesondere in den kleineren Größenklassen bis etwa Panamax-Größe, die den Schwerpunkt des hsh pm-Portfolios bilden, überstieg das Verschrottungsvolumen das der Ablieferungen, so dass es insgesamt zu einem Rückgang der Transportkapazitäten in diesen Klassen gekommen ist. Im Segment von 3.000 TEU bis 5.999 TEU Kapazität wurden 57 Schiffe abgewrackt bei lediglich sechs Ablieferungen im selben Zeitraum. Schiffe dieser Klasse wurden ursprünglich für die Abmessungen der mittlerweile erweiterten alten Schleusen des Panama-Kanals entworfen. Nach heutigen Maßstäben haben diese Schiffe Effizienz Nachteile, da die Schleusenrestriktionen entfallen sind und sie zudem für früher übliche höhere Reisegeschwindigkeiten bei entsprechend größerem Treibstoffverbrauch optimiert sind.

Das Orderbuch umfasste Ende 2017 384 Containerschiffe mit einer mittleren Kapazität von ca. 7.000 TEU. Im Verhältnis zur bestehenden Flottenkapazität entsprach das Orderbuch damit ca. 13,5%. 2017 wurden 108 Schiffe neu geordert, welche nach Kapazität einen Anteil von knapp 26% am Orderbuch per Jahresende hatten.

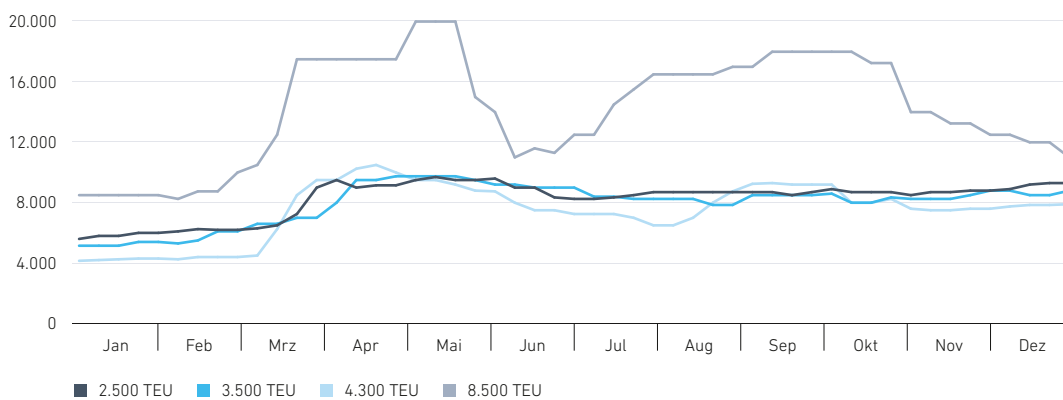
In Bezug auf die Nachfrage hat sich auch im Jahr 2017 der Trend der Vorjahre bestätigt, dass der Seehandel per Containerexport im Verhältnis zur Weltwirtschaft mit einem geringeren Multiplikator als früher wuchs. Während die Containervolumina von 1997 bis 2008 mit einem durchschnittlichen jährlichen Faktor von ca. 2,3 mehr als doppelt so stark wie die Weltwirtschaft zunahmen, näherten sich die Wachstumsraten von 2010 bis 2017 deutlich an (ohne Berücksichtigung des Jahres 2009 mit stark rückläufigem Containerhandel), so dass der Faktor in diesem Zeitraum im Mittel bei ca. 1,4 p. a. lag. Als wesentliche Gründe hierfür gelten die mittlerweile fortgeschrittene Containerisierung sowie ein sich abschwächender Trend zur Globalisierung.

Konkret ist der globale Containerverkehr im Jahr 2017 um insgesamt rund 5,0% gegenüber dem Vorjahr gewachsen, während das Welt-BIP um rund 3,6% anstieg. Somit nahm der Containerhandel ca. 1,4-mal stärker als die Weltwirtschaft zu. Das Wachstum wurde im Wesentlichen durch intraregionalen Handel getrieben, hier lag die Erhöhung gegenüber 2016 bei ca. 5,8%. Die sekundären globalen Nord-Süd- und Ost-West-Routen verzeichneten eine Besserung von ca. 5,5% bzw. ca. 3,6%. Der Handel auf der transpazifischen Route wuchs um ca. 4,6% und die Fernost-Europa-Verkehre legten um ca. 4,0% zu.

Neben den fundamental verbesserten Marktdaten schritt im Berichtsjahr auch die Konsolidierung der Linienreedereien und Allianzen weiter voran. Insolvenzen namhafter Charterer blieben im Gegensatz zum Vorjahr aus, so dass insoweit weniger Unsicherheit im Chartermarkt herrschte. Auch auf Seiten der unabhängigen Tonnageanbieter (sog. Tramp-Reeder) kam es zu weiterer Konsolidierung, eine vergleichbare Dichte wie auf der Chartererseite wurde dort aber noch nicht erreicht.

Die Charraten verbesserten sich in 2017 gegenüber dem sehr niedrigen Niveau in 2016 in nahezu allen Größenklassen deutlich. Der Howe Robinson Container Index, der Charraten für gängige Größenklassen von 700 TEU bis 8.500 TEU abbildet, stieg von Anfang Januar bis Ende Dezember 2017 um 52,2%. Dabei zeigte das Panamax-Segment mit rund 90% Steigerung die deutlichsten Verbesserungen, verbuchte 2016 aber auch die größten Abschlüge. Ein typisches Panamax-Schiff um 4.300 TEU erzielte am Jahresende 2017 Charraten um 7.900 US-Dollar pro Tag, zu Beginn des Jahres lagen die Raten bei lediglich ca. 4.200 US-Dollar pro Tag. Allgemein konnten die meisten Containerschiffe bei Neuabschlüssen mindestens betriebskostendeckende Charraten erzielen.

Howe Robinson Container Index Charraten 2017 in US-Dollar pro Tag



Die Preise für gebrauchte Containerschiffe zeigten im Jahresverlauf 2017 signifikante Verbesserungen gegenüber 2016. Der Clarksons Containerschiff Secondhand Preisindex stieg deutlich an und lag Ende Dezember 2017 ca. 54% höher als zu Jahresbeginn. Containerschiffe der Größenklassen um 3.200 / 3.600 TEU erfuhren fast eine Verdopplung ihrer Preise, so lagen diese für zehn Jahre alte Schiffe Anfang Januar bei ca. 5 Mio. US-Dollar und standen Ende Dezember 2017 bei rund 9,8 Mio. US-Dollar. Die Panamax-Klasse um 4.500 TEU notierte im Jahresverlauf einen Anstieg der Gebrauchtpreise von ca. 82%. Anfang Januar 2017 standen die Preise für zehnjährige Schiffe noch bei ca. 5,5 Mio. US-Dollar und damit nahe am Schrottwert, Ende Dezember 2017 wurden wieder Preise um 10 Mio. US-Dollar erzielt. Für die Größenklasse 1.650 / 1.750 TEU erhöhten sich die Preise von ca. 5,5 Mio. US-Dollar auf ca. 9,0 Mio. US-Dollar,

somit um ca. 64 %. Insgesamt haben sich die erzielten Verkaufspreise im Dezember 2017 nach den sehr schwachen Vorjahreswerten den jeweiligen Mittelwerten der letzten fünf Jahre angenähert oder diese überschritten.

2.1.3 Tankermarkt

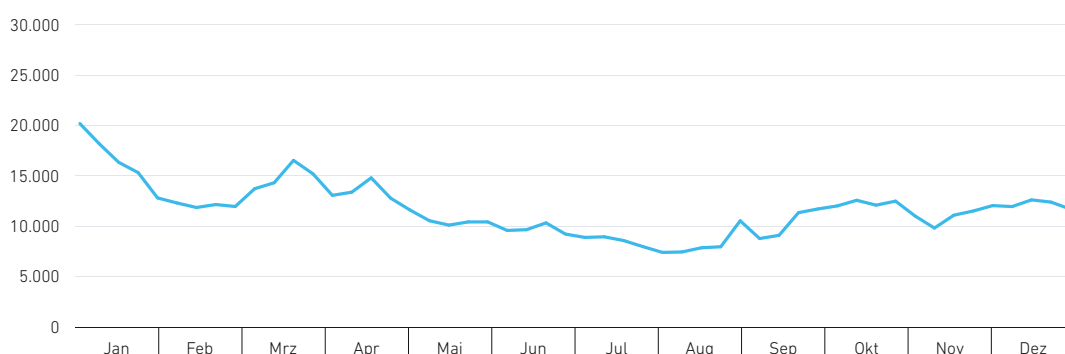
Das weltweite Angebot an Tankertonnage wuchs im Berichtsjahr nach 2016 erneut stärker als die Nachfrage. Es kam zu ca. 329 Ablieferungen von Neubauten, die überwiegend während der guten Marktlage der Jahre 2014 und 2015 bestellt worden waren. Die recht hohe Verschrottungsaktivität mit ca. 115 Schiffen konnte insoweit keinen Ausgleich schaffen. Per Saldo wuchs die Rohöltankerflotte somit deutlich um rund 5,7 % und die Produktentankerflotte um ca. 4,3 %.

Das Orderbuch umfasste Ende 2017 noch ca. 563 Tanker. Hiervon wurden im Berichtsjahr ca. 229 Schiffe bestellt, entsprechend gut 46 % der noch abzuliefernden Kapazität. Im Verhältnis zur bestehenden Flottenkapazität hatte das Orderbuch am Jahresende ein Volumen von ca. 11,7 %.

Die Nachfrage nach Öltransporten über See stieg 2017 um rund 5,1 % (Rohöl) bzw. um rund 3,6 % (Ölprodukte). Maßgeblicher Wachstumstreiber waren deutlich gestiegene Rohölimporte Asiens, während die Nachfrage nach Tankern als schwimmende Lagerkapazität, wie in Zeiten niedriger Ölpreise, abnahm.

Aufgrund des überproportional wachsenden Angebots und der folglich fehlenden Flottenauslastung haben die Charrerraten nach dem Einbruch 2016 im Berichtsjahr weiter nachgegeben. Der Clarksons Average Tanker Earnings Index, der die kurzfristige Erlössituation für diverse Tankerklassen abbildet, stand Anfang Januar 2017 noch bei ca. 20.200 US-Dollar und fiel im August 2017 zeitweilig auf lediglich 7.400 US-Dollar. In den letzten vier Monaten des Jahres kam es dann zu einer leichten Erholung der Erlöse, zum Jahresende stand der Clarksons Average Tanker Earnings Index gleichwohl nur bei etwa der Hälfte seines Jahresanfangswerts. Der Zehnjahresdurchschnitt dieses Index liegt bei ca. 18.800 US-Dollar.

Clarksons Average Tanker Earnings Index 2017 in US-Dollar pro Tag



Die Preise für gebrauchte Tanker sind im Laufe des Jahres größenklassen- und altersübergreifend auf niedrigem Niveau nahezu stagniert. Zum Jahresende lag das Secondhandpreis-Niveau damit ca. 20,6 % unter dem zehnjährigen Durchschnitt.

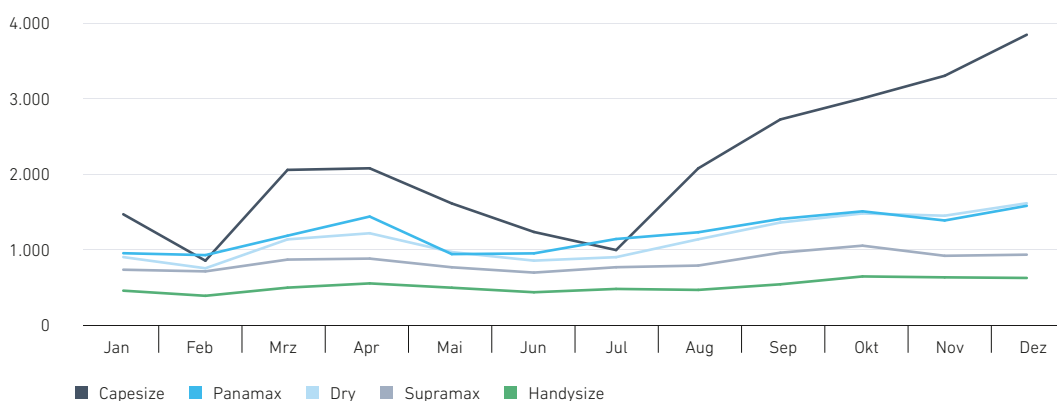
2.1.4 Bulkermarkt

Das Angebot von Massengutonnage wuchs im Jahr 2017 im Vergleich zur Nachfrage geringer und der Markt zeigte entsprechend positive Entwicklungen. Aus den Orderbüchern wurden 456 Schiffe mit ca. 38 Mio. Tonnen Tragfähigkeit (DWT) abgeliefert. Dem stand ein Verschrottungsvolumen von 215 Schiffen mit ca. 15 Mio. DWT gegenüber. Wesentlicher Wachstumstreiber nach Tragfähigkeit war das Segment Handymax mit ca. 4,3 %, gefolgt von der Panamax-Klasse mit ca. 3,0 %. Insgesamt wuchs die Bulkerkapazität 2017 um ca. 3,1 % gegenüber dem Vorjahr.

Das Orderbuch für Bulker umfasste Ende 2017 ca. 722 Schiffe mit einer mittleren Kapazität von ca. 76.000 DWT. 2017 allein wurden ca. 284 neue Schiffe geordert, welche nach Kapazität den höchsten Anteil mit knapp 43 % am Orderbuch hatten. Im Verhältnis zur bestehenden Flottenkapazität entsprach das Orderbuch am Jahresende ca. 9,3 %.

Die Nachfrage nach Massengutverschiffungen wurde wesentlich durch die beiden wichtigsten Massengüter, Eisenerz und Kohle, bestimmt. Wesentlicher Treiber dieser Nachfrage war die unerwartet starke chinesische Stahlproduktion. Während die chinesischen Eisenerzimporte deshalb um ca. 6 % wuchsen, kam es in anderen wichtigen Importregionen wie Indien zur Stagnation bzw. zu einem Rückgang der Nachfrage. Global betrachtet betrug das Handelswachstum für alle Massengüter ca. 4,2 %.

Der Baltic Dry Index als führender übergreifender Indikator für die Frachtraten auf den Massengutmärkten erreichte im Dezember 2017 nach seinem Allzeittief im Vorjahr mit 1.619 Punkten den höchsten Monatsmittelwert seit Ende 2013. Der zehnjährige Durchschnitt des Baltic Dry Index liegt bei rund 1.900 Punkten. Im Verlauf des Jahres kam es bei allen Klassen zu einer deutlichen Besserung der Erlöse. Besonders stark entwickelte sich der Baltic Capesize Index, dieser stieg von Januar bis Dezember 2017 um ca. 261 %.

Baltic Indices 2017 in Indexpunkten

Die Schiffspreise auf dem Gebrauchtmrkt entwickelten sich im Jahresverlauf ebenfalls positiv, der Clarksons Bulk Carrier Secondhand Preisindex lag zum Jahresende um ca. 34 % höher als Anfang Januar 2017. Verkaufspreise für 10 Jahre alte Capesize-Schiffe beispielsweise stiegen im Jahresverlauf von ca. 15 Mio. US-Dollar auf 20,5 Mio. US-Dollar, dies entspricht einer Preiserhöhung von ca. 37 %.

2.2 GESCHÄFTSVERLAUF

2.2.1 Überblick

Die Geschäftstätigkeit und das Jahresergebnis der hsh pm zum 31. Dezember 2017 waren weiterhin durch den Aufbau der Organisationsstruktur der Anstalt geprägt. Die hsh pm gilt nicht als Kreditinstitut. Dennoch sind die wesentlichen Regelungen für Kreditinstitute auf die hsh pm anzuwenden. Die Erfordernisse an eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation sind sehr hoch und mit entsprechenden Aufwendungen verbunden. Im Geschäftsjahr 2017 konnten erste Abbauerfolge beim Abbau des Buchwerts des Kreditportfolios verzeichnet und Restrukturierungsmaßnahmen abgeschlossen werden.

Die hsh pm weist für das Geschäftsjahr 2017 ein negatives Ergebnis vor Risikovorsorge und Fremdwährungsumrechnung von 32,9 Mio. Euro (Vorjahr: 29,7 Mio. Euro) aus. Einem Zins- und Provisionsergebnis in Höhe von zusammen 0,6 Mio. Euro (Vorjahr: 0,4 Mio. Euro) und einem saldierten sonstigen Ergebnis von 0,9 Mio. Euro (Vorjahr: 26 Tsd. Euro) stehen andere Verwaltungsaufwendungen in Höhe von 28,4 Mio. Euro (Vorjahr: 27,9 Mio. Euro) und der Personalaufwand von 5,9 Mio. Euro (Vorjahr: 2,2 Mio. Euro) gegenüber. Durch gegenüber dem Vorjahr stark reduzierte Nettozuführungen zur Risikovorsorge für das Kreditgeschäft in Höhe von 2,4 Mio. Euro (Vorjahr: 470,1 Mio. Euro) sowie ein negatives Ergebnis aus der Währungsumrechnung in Höhe von 9,1 Mio. Euro (Vorjahr: 5,6 Mio. Euro) ergibt sich insgesamt ein Jahresfehlbetrag von 44,4 Mio. Euro (Vorjahr: 505,3 Mio. Euro).

Insgesamt stellt sich die Geschäftsentwicklung im Jahr 2017 besser als geplant dar. Dieses ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die Risikovorsorge aufgrund besserer Marktprognosen deutlich niedriger als geplant ausgefallen ist.

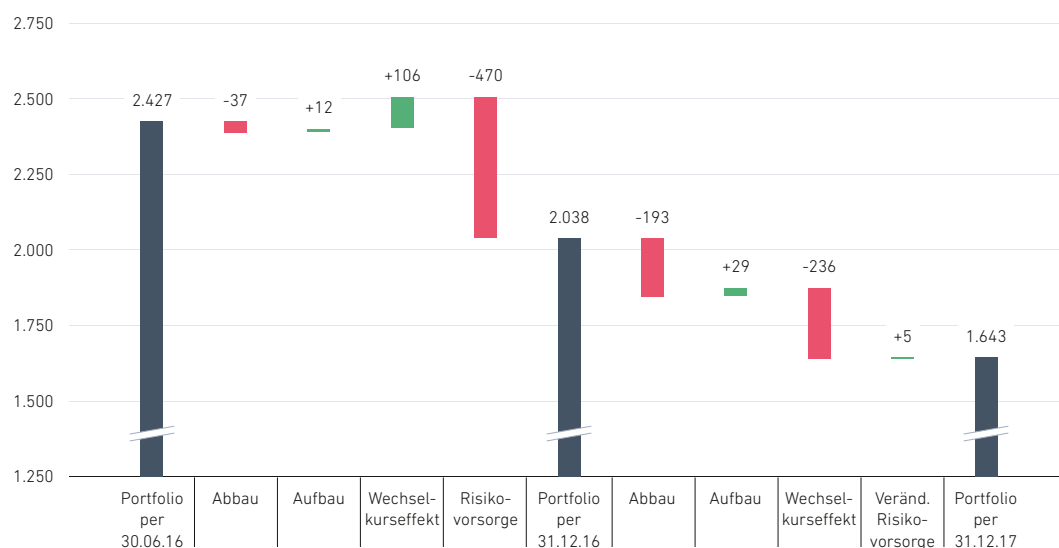
Während sich das Zins- und Provisionsergebnis geringer und die anderen Verwaltungsaufwendungen höher als geplant entwickelten, lag der Personalaufwand nur leicht über dem Plan. Das sonstige Ergebnis fiel höher aus als erwartet. Das Zins- und Provisionsergebnis war auch im abgelaufenen Geschäftsjahr durch ausgebliebene Zinszahlungen der Kunden belastet. Grund hierfür ist das zwar verbesserte aber nach wie vor sehr schwierige Umfeld im Segment Schiffsfinanzierungen. Die Erträge aus den notleidenden Engagements reichten nach wie vor nicht aus, um die vertraglich vereinbarten Zinsen vollständig zu bedienen. Bei den anderen Verwaltungsaufwendungen schlugen insbesondere höhere Beratungskosten für Organisationsberatung beim Aufbau der Gesellschaft und nicht geplante Kosten für Registerberichtigungen zu Buche. Das sonstige Ergebnis beinhaltet nicht geplante Auflösungen von Rückstellungen und Rechtskostenerstattungen von Kunden.

2.2.2 Abwicklungsbericht

Über die laufende Umsetzung des Abwicklungsplans berichtet die hsh pm gemäß § 8 der Satzung jedes Quartal ihrem Verwaltungsrat in Form eines Abwicklungsberichts. Der Abwicklungsbericht enthält Informationen zum übernommenen Kreditportfolio, den Abwicklungsaktivitäten im Berichtszeitraum sowie zum Stand der Umsetzung des Abwicklungsplans. Der Erfolg der Abwicklungstätigkeit wird – unter Berücksichtigung des jeweiligen Marktumfelds – an der Erreichung der Ziele in der Abwicklungsplanung gemessen.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Buchwertentwicklung des Kreditportfolios seit Übernahme:

Buchwertentwicklung des Portfolios in Mio. Euro



Im Geschäftsjahr 2017 verringerte sich der Buchwert des Portfolios vor Wechselkurseffekten und Risikovorsorge um insgesamt 164 Mio. Euro auf 1.874 Mio. Euro. Diese Veränderung ist auf zwei Effekte zurückzuführen. Der als wesentlicher Leistungsindikator definierte Abbau des Kreditportfolios um 193 Mio. Euro resultiert im Wesentlichen aus Tilgungen und Erlösen aus Schiffsverwertungen. Gegenläufig kam es insbesondere im Zusammenhang mit Liquiditätsstützungen einzelner Kreditnehmer sowie Kreditrestrukturierungen zu einem leichten Aufbau des Buchwertes um insgesamt 29 Mio. Euro. Ferner wurden für die überwiegend in Fremdwährungen valutierenden Kredite die zum Bilanzstichtag bestehenden Wechselkurse berücksichtigt. Insbesondere aufgrund des im Vergleich zum 31. Dezember 2016 deutlich schwächeren US-Dollar ergibt sich ein währungsbedingter Rückgang des Buchwertes um 236 Mio. Euro. Die zum 31. Dezember 2016 bestehende Risikovorsorge konnte zum 31. Dezember 2017 um 5 Mio. Euro reduziert werden. Insgesamt beläuft sich der Buchwert des Portfolios zum 31. Dezember 2017 auf 1.643 Mio. Euro.

Die im Geschäftsjahr 2017 vereinnahmten Zahlungen aus Zinsen, Tilgungen sowie Verwertungserlösen belaufen sich auf insgesamt 208 Mio. Euro und liegen vor Wechselkurseffekten in Summe rund 20 % über dem Planansatz der Abwicklungsplanung für 2017.

Der ausstehende Kreditbetrag des Portfolios hat sich im Geschäftsjahr 2017 um 621 Mio. Euro auf 3.856 Mio. Euro reduziert. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf die Abschwächung des US-Dollar zum Euro zurückzuführen.

2.3 LAGE DER HSH PM

Im Hinblick auf die nachfolgenden Ausführungen zur Lage der hsh pm ist zu beachten, dass der Geschäftsbetrieb im Vorjahr erst Ende des ersten Halbjahres aufgenommen wurde. Insbesondere die Vergleichbarkeit der GuV-Zahlen ist daher nur eingeschränkt gegeben.

2.3.1 Vermögenslage

Die Vermögenslage der hsh pm stellt sich wie folgt dar:

Bilanz¹

in Tsd. Euro	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
Aktiva			
Barreserve	49.993	15.520	34.474
Forderungen an Kreditinstitute	57.205	92.198	-34.993
Forderungen an Kunden	1.643.484	2.012.614	-369.130
Rechnungsabgrenzungsposten	3.593	157	3.436
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	549.751	505.323	44.428
Sonstige Posten	534	418	116
SUMME DER AKTIVA	2.304.560	2.626.230	-321.670
Passiva			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	639.379	2.351.816	-1.712.437
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	17	5.005	-4.988
Verbrieftete Verbindlichkeiten	1.653.564	250.013	1.403.551
Sonstige Verbindlichkeiten	5.535	9.289	-3.755
Rechnungsabgrenzungsposten	272	809	-537
Rückstellungen	5.793	9.297	-3.504
SUMME DER PASSIVA	2.304.560	2.626.230	-321.670

¹ Zahlenangaben unter Berücksichtigung von Rundungsdifferenzen

Die Vermögenslage sowie die Kapitalstruktur der hsh pm sind weiterhin geprägt durch die Besonderheiten des Geschäftsbetriebs und die übernommenen Aufgaben als Abwicklungsanstalt der Länder.

Die Barreserve und die Forderungen an Kreditinstitute von zusammen 107,2 Mio. Euro bewegen sich auf Vorjahresniveau (Vorjahresstichtag: 107,7 Mio. Euro). In den Forderungen an Kreditinstitute waren per 31. Dezember 2016 Forderungen gegen die HSH aus einer noch nicht erfolgten Übertragung der sogenannten Sunrise-Kontokorrente in Höhe von 24,9 Mio. Euro enthalten. Die dingliche Übertragung der entsprechenden Kundenforderungen erfolgte mit Wirkung zum 31. März 2017.

Die Vermögenslage der hsh pm wird durch das zum 30. Juni 2016 von der HSH Nordbank AG übernommene Kreditportfolio dominiert. Das Portfolio umfasst nahezu ausschließlich ausfallgefährdete Darlehensforderungen aus Schiffsfinanzierungen. Weit überwiegend valutieren die Forderungen in US-Dollar. Die Bewertung des Portfolios erfolgt zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von Einzelwertberichtigungen, die stichtagsbezogen anhand der jeweiligen Sicherheitenwerte ermittelt werden.

Aufgrund von über Plan vereinnahmten Tilgungsleistungen, vereinzelt Liquiditätsstützungen, geringen Nettobestandsveränderungen der Wertberichtigungen sowie unter Berücksichtigung von Währungskurs-effekten ergibt sich für die Position Forderungen an Kunden zum 31. Dezember 2017 ein Rückgang von 369,1 Mio. Euro auf 1.643,5 Mio. Euro. Die vereinnahmten Tilgungsleistungen sind insbesondere auf erfolgreiche Sicherheitenverwertungen zurückzuführen. Im Einzelnen wird auf Abschnitt 2.2.2 Abwicklungsbericht verwiesen.

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten entfallen größtenteils auf Disagiobeträge aus Zins und Emissionskosten bei der Begebung von Schuldverschreibungen (3,2 Mio. Euro; Vorjahr: 0 Mio. Euro) und zu einem geringen Teil auf vorausgezählte Rechnungsbeträge (0,4 Mio. Euro; Vorjahr: 0,2 Mio. Euro).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betreffen die kurzfristige Refinanzierung des Kreditportfolios. Um die Währungseffekte der weit überwiegend in US-Dollar valutierenden Darlehensforderungen zu minimieren, erfolgt die Refinanzierung ebenfalls zum überwiegenden Teil in US-Dollar. Die Entwicklung sowie die Zusammensetzung des Kreditportfolios werden bei der Refinanzierung beachtet, so dass kurzfristig auf Veränderungen reagiert werden kann. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben eine Laufzeit von bis zu einem Jahr. Der Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber dem Vorjahresstichtag von 1.712,4 Mio. Euro auf 639,4 Mio. Euro ist auf die im zweiten Halbjahr 2017 erfolgte vollständige Rückzahlung der Mitte 2016 aufgenommenen Brückenfinanzierung in US-Dollar zurückzuführen. Die Rückführung erfolgte durch die Platzierung von drei US-Dollar-Kapitalmarktmissionen von zusammen 1.500 Mio. US-Dollar, die nach der Veröffentlichung des Geschäftsberichtes 2016 durchgeführt wurden.

Die verbrieften Verbindlichkeiten in Höhe von 1.653,6 Mio. Euro (Vorjahr: 250,0 Mio. Euro) betreffen die im zweiten Halbjahr 2017 am Kapitalmarkt platzierten US-Dollar-Emissionen im Rahmen des Debt-Issuance-Programms sowie drei im ersten Halbjahr 2017 begebene Schuldverschreibungen in Euro in Höhe von zusammen 400,0 Mio. Euro zuzüglich jeweils aufgelaufener Zinsen. Die Schuldverschreibungen haben eine Laufzeit von mehr als einem Jahr und dienen ebenfalls der Refinanzierung des Kaufpreises. Die im Vorjahr bestehenden verbrieften Verbindlichkeiten waren im Jahr 2017 endfällig.

Die sonstigen Verbindlichkeiten (5,5 Mio. Euro; Vorjahr: 9,3 Mio. Euro) entfallen fast ausschließlich auf Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (5,4 Mio. Euro; Vorjahr 9,2 Mio. Euro).

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten (0,3 Mio. Euro; Vorjahr 0,8 Mio. Euro) betrifft das Agio einer Euro-Schuldverschreibung, welches linear über die Laufzeit aufgelöst wird.

Rückstellungen (5,8 Mio. Euro; Vorjahr: 9,3 Mio. Euro) wurden im Rahmen vorsichtiger kaufmännischer Beurteilung gebildet. Der Rückgang von 3,5 Mio. Euro ist weit überwiegend auf die Auflösung von im Vorjahr gebildeten Rückstellungen im Kreditgeschäft in Höhe von 5,3 Mio. Euro zurückzuführen.

Insbesondere infolge der im Vorjahr gebildeten Risikovorsorge im Kreditgeschäft ergibt sich zum Ende des Geschäftsjahres ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag von 549,7 Mio. Euro (Vorjahr: 505 Mio. Euro). Der Fortbestand der hsh pm ist wegen der Anstaltslast sowie der Gewährträgerhaftung des Landes Schleswig-Holstein und der Freie und Hansestadt Hamburg nicht gefährdet.

2.3.2 Finanzlage

Wesentliches Ziel der hsh pm ist es, eine jederzeit ausreichende Liquidität unter Minimierung von Währungsrisiken sicherzustellen. Im Hinblick auf diese Rahmenbedingungen wurde im Jahr 2017 der Fokus darauf gelegt, die internationale Investorenbasis zu verbreitern und den internationalen Kapitalmarkt zu nutzen. Hierzu wurden folgende Emissionsprogramme aufgelegt:

/ **Debt-Issuance-Programm (DIP) zur Refinanzierung am Kapitalmarkt**

Im Rahmen dieses Programms ist geplant, zunächst Schuldverschreibungen in US-Dollar zu emittieren, die einen mittelfristigen Refinanzierungshorizont haben. Im zweiten Halbjahr 2017 konnten die ersten drei US-Dollar-Emissionen von je 500 Mio. US-Dollar erfolgreich am internationalen Kapitalmarkt bei einer breiten Basis institutioneller Investoren platziert werden.

/ **Euro-Commercial-Paper-Programm (Euro CP) zur Refinanzierung am Geldmarkt**

Zur kurzfristigen Refinanzierung am internationalen Kapitalmarkt (Laufzeit bis ein Jahr) wurde ergänzend zum DIP im zweiten Halbjahr 2017 ein Euro-CP-Programm aufgelegt. Die ersten Geschäfte unter diesem Programm wurden Anfang 2018 getätigt.

Zum Bilanzstichtag stellt sich die Fälligkeitsstruktur der Kapitalmarktemissionen (Buchwerte) und deren Währung wie folgt dar:

Fälligkeiten je Kalenderjahr

in Tsd. Euro	31.12.2017			31.12.2016		
	US-Dollar-Emissionen	Euro-Emissionen	Emissionen gesamt	US-Dollar-Emissionen	Euro-Emissionen	Emissionen gesamt
2017	0	0	0	0	250.013	250.013
2019	418.483	0	418.483	0	0	0
2020	417.228	0	417.228	0	0	0
2021	417.750	150.000	567.750	0	0	0
2022	0	100.000	100.000	0	0	0
2023	0	150.103	150.103	0	0	0
GESAMT	1.253.461	400.103	1.653.564	0	250.013	250.013

Im Geldmarkt hat sich die hsh pm im Jahr 2017 fast ausschließlich durch Termingeldaufnahmen bei Kreditinstituten in US-Dollar und Euro refinanziert. In sehr geringem Umfang bestanden auch Termingelder in Japanischen Yen und Schweizer Franken.

Seit Oktober 2016 bestehen folgende Ratings:

Ratings

	Kurzfristrating	Langfristrating
Moody's Investors Service	P-1	Aa1
Fitch Ratings	F1+	AAA

Diese Ratings führen in Verbindung mit den Emissionsprogrammen dazu, dass die Refinanzierung über die internationalen Kapitalmärkte nach Einschätzung der hsh pm sichergestellt werden kann.

Im Übrigen wird zur Finanzlage auf die Kapitalflussrechnung verwiesen, die neben dem Eigenkapitalspiegel als Bestandteil des Jahresabschlusses erstellt wurde. Die Kapitalflussrechnung wurde nach dem Gliederungsschema der Anlage 2 (Besonderheiten der Kapitalflussrechnungen von Kreditinstituten und Finanzdienstleistungsinstituten) des DRS 21 erstellt.

2.3.3 Ertragslage

Die hsh pm weist im Jahr 2017 ein negatives Ergebnis vor Risikovorsorge und Fremdwährungsumrechnung von 32,9 Mio.Euro (Vorjahr: 29,7 Mio.Euro) aus. Maßgeblich hierfür waren ein nur ausgeglichenes Zins- und Provisionsergebnis von zusammen 0,6 Mio.Euro (Vorjahr: 0,4 Mio.Euro), im Wesentlichen aufgrund ausgebliebener Zinserträge auf das übernommene notleidende Kreditportfolio sowie gestiegener Refinanzierungskosten, denen allgemeine Verwaltungsaufwendungen von 34,3 Mio.Euro (Vorjahr: 30,1 Mio.Euro) gegenüberstanden. Die Personalaufwendungen sind im Berichtsjahr durch planmäßigen Mitarbeiteraufbau von 2,2 Mio.Euro auf 5,9 Mio.Euro gestiegen. Der Mitarbeiteraufbau wird voraussichtlich in 2018 abgeschlossen sein. Die anderen Verwaltungsaufwendungen lagen mit 28,4 Mio.Euro leicht über Vorjahresniveau (27,9 Mio.Euro). Im Wesentlichen führte die notwendige Risikovorsorge auf das übernommene Kreditportfolio von 2,4 Mio.Euro (Vorjahr: 470,1 Mio.Euro) sowie ein negatives Ergebnis aus der Fremdwährungsumrechnung von 9,1 Mio.Euro (Vorjahr: 5,6 Mio.Euro) insgesamt zu einem Jahresfehlbetrag von 44,4 Mio.Euro (Vorjahr: 505,3 Mio.Euro).

Im Einzelnen stellt sich die Ertragslage wie folgt dar:

Gewinn- und Verlustrechnung¹

in Tsd. Euro	01.01.–31.12.2017	19.01.–31.12.2016	Veränderung
Zinsergebnis	870	5.732	-4.862
Provisionsergebnis	-302	-5.284	4.982
sonstiges Ergebnis ²	948	26	923
Personalaufwand	-5.943	-2.231	-3.713
andere Verwaltungsaufwendungen	-28.395	-27.904	-491
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände / Sachanlagen	-62	-32	-30
Ergebnis vor Risikovorsorge und Fremdwährungsumrechnung	-32.884	-29.693	-3.191
Nettoergebnis aus Risikovorsorge	-2.444	-470.073	467.629
Ergebnis aus der Fremdwährungsumrechnung ³	-9.099	-5.557	-3.542
Steuern (inklusive Sonstige Steuern)	-1	0	-1
JAHRESFEHLBETRAG	-44.428	-505.323	460.895
Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-505.323	0	-505.323
BILANZVERLUST	-549.751	-505.323	-44.428

¹ Zahlenangaben unter Berücksichtigung von Rundungsdifferenzen

² ohne Ergebnis aus der Fremdwährungsumrechnung

³ Umgegliedert aus „sonstiges Ergebnis“

Im Zinsergebnis stehen sich Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sowie Zinsaufwendungen aus Refinanzierungen gegenüber. Der Rückgang des Zinsergebnisses in Höhe von 4,9 Mio. Euro auf 0,9 Mio. Euro ist im Wesentlichen auf höhere Refinanzierungskosten zurückzuführen. Insbesondere belasteten US-Dollar-Refinanzierungskosten, die durch im Jahresverlauf höhere Aufschläge auf den variablen Referenzzinssatz (Zins-Step-Ups) und gestiegene Libor-Zinssätze geprägt waren. Darüber hinaus verhinderten die niedrigen Zinserträge auf das notleidende Kreditportfolio ein besseres Zinsergebnis.

Das Provisionsergebnis war infolge der im Zusammenhang mit der Prolongation (Vorjahr: Aufnahme) einer US-Dollar-Refinanzierung zu leistenden Provisionsaufwendungen in Höhe von 1,2 Mio. Euro (Vorjahr: 5,4 Mio. Euro) insgesamt negativ. Provisionserträge wurden in Höhe von 1,1 Mio. Euro (Vorjahr: 0,2 Mio. Euro) vereinnahmt.

Kostenerstattungen von Kunden aus der Weiterbelastung von verauslagten Rechtsanwaltskosten (0,8 Mio. Euro; Vorjahr: 0 Mio. Euro) sowie Auflösungen von Rückstellungen (0,5 Mio. Euro; Vorjahr: 0 Mio. Euro) trugen im Wesentlichen zum positiven sonstigen Ergebnis von 0,9 Mio. Euro (Vorjahr: 26 Tsd. Euro) bei.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Personalaufwand erhöht (5,9 Mio. Euro; Vorjahr: 2,2 Mio. Euro). Hierbei ist zu berücksichtigen, dass der Personalstamm innerhalb des Rumpfgeschäftsjahres 2016, insbesondere in der zweiten Jahreshälfte, planmäßig aufgebaut wurde. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 waren 55,1 Vollzeitkräfte (Vorjahresstichtag: 32,8 Vollzeitkräfte) beschäftigt. Der Mitarbeiteraufbau wird voraussichtlich in 2018 abgeschlossen sein.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen betrugen 28,4 Mio. Euro (Vorjahr: 27,9 Mio. Euro). Im Geschäftsjahr 2017 fielen neben den Kosten des operativen Geschäftsbetriebs auch Kosten für den weiteren Aufbau der Gesellschaft an. Insbesondere sind Kosten für die Weiterentwicklung von Strukturen und Optimierung von notwendigen Prozessen angefallen. Diese verhältnismäßig hohen Aufwendungen waren insbesondere für die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation erforderlich. Die Hauptaufwandsposten im Geschäftsjahr 2017 waren Kosten wesentlicher Auslagerungen (10,4 Mio. Euro; Vorjahr: 4,1 Mio. Euro), Organisationsberatung (6,2 Mio. Euro; Vorjahr: 5,0 Mio. Euro), Rechtsberatung (6,0 Mio. Euro; Vorjahr: 1,9 Mio. Euro), Kosten der Abschlusserstellung und -prüfung (1,5 Mio. Euro; Vorjahr: 3,0 Mio. Euro) sowie Kosten für Registerberichtigungen (1,4 Mio. Euro; Vorjahr: 0 Mio. Euro). Von den Rechtsberatungskosten wurden 0,8 Mio. Euro an die Kreditnehmer weiterbelastet und im sonstigen Ergebnis vereinnahmt.

Die Risikovorsorge für das Kreditgeschäft fiel im Geschäftsjahr 2017 deutlich geringer als geplant aus, so dass sich das Nettoergebnis aus der Risikovorsorge auf -2,4 Mio. Euro (Vorjahr: -470,1 Mio. Euro) belief.

Das negative Ergebnis aus der Fremdwährungsumrechnung beläuft sich auf 9,1 Mio. Euro (Vorjahr: 5,6 Mio. Euro). Das Ergebnis wird entsprechend § 340h HGB in Verbindung mit § 256a HGB unter Berücksichtigung temporärer Fremdwährungsüberhänge saldiert ausgewiesen. Die temporären Überhänge sind im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die Bewertung der Fremdwährungsbestände stichtagsbezogen zu erfolgen hat. Aufgrund der erst nach dem Stichtag durchzuführenden Ermittlung der Risikovorsorge und der sich daraus ergebenden nachgelagerten Fremdwährungskonvertierung kommt es regelmäßig zu zeitweisen Überhängen.

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 44,4 Mio. Euro (Vorjahr: 505,3 Mio. Euro). Der Bilanzverlust des Jahres 2017 beträgt 549,7 Mio. Euro (Vorjahr: 505,3 Mio. Euro).

2.3.4 Gesamtaussage zur Lage der hsh pm

Die hsh pm verfügt derzeit über kein Stammkapital. Jedoch kann die hsh pm sich bei ihren Geschäftsaktivitäten auf die Garantien sowie die Anstaltslast und Gewährträgerhaftung der Träger der hsh pm – das Land Schleswig-Holstein und die Freie und Hansestadt Hamburg – stützen. Zum 31. Dezember 2017 weist die hsh pm einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag in Höhe von 549,7 Mio. Euro (Vorjahr: 505,3 Mio. Euro) aus. Die Vermögenslage der hsh pm ist geordnet.

Insgesamt war zu jedem Zeitpunkt sichergestellt, dass Liquidität in ausreichendem Maße vorhanden war. Die bestehenden Ratings und der Zugang zu den Kapitalmärkten werden nach Einschätzung der hsh pm auch zukünftig sicherstellen, dass die erforderliche Liquidität jederzeit gesichert ist.

Die Ertragslage im Geschäftsjahr 2017 war vor dem Hintergrund der Geschäftstätigkeit der hsh pm insgesamt zufriedenstellend. Das dem Geschäftsumfeld der hsh pm geschuldete niedrige Zins- und Provisionsergebnis aus einem Portfolio aus notleidenden Schiffsfinanzierungen konnte die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen nicht decken. Dem stand ein gegenüber der Planung deutlich besserer und moderater Risikovorsorgeaufwand für das Kreditgeschäft gegenüber. Zudem belastete ein negatives Ergebnis aus der Fremdwährungsumrechnung das Jahresergebnis und führte insgesamt zu einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 44,4 Mio. Euro (Vorjahr: 505,3 Mio. Euro).

3. RISIKOBERICHT

3.1 ÜBERBLICK ÜBER DAS RISIKOMANAGEMENT

Nach § 8b Absatz 2 Satz 1 in Verbindung mit § 8a Absatz 5 Satz 2 des Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetzes hat die hsh pm bestimmte Regelungen des KWG und des WpHG einzuhalten und wird insoweit von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht beaufsichtigt. Die hsh pm gilt als Verpflichtete im Sinne des § 2 Absatz 1 des Geldwäschegesetzes. § 15 des Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetzes ist entsprechend anzuwenden.

Das KWG verlangt von der hsh pm eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation (§ 25a Absatz 1 Satz 1 KWG). Hierzu gehört auch ein angemessenes und wirksames Risikomanagementsystem. Zum Risikomanagementsystem gehören insbesondere die Einrichtung interner Kontrollverfahren mit einem internen Kontrollsystem und einer Internen Revision, eine angemessene personelle und technisch-organisatorische Ausstattung und die Festlegung eines angemessenen Notfallplans, insbesondere für IT-Systeme. Bei der Einrichtung einer angemessenen Geschäftsorganisation im Bereich des Risikomanagements hat sich die hsh pm an dem Rundschreiben 09/2017 (BA) der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („Mindestanforderungen an das Risikomanagement – MaRisk“) orientiert, soweit dies aufgrund der Besonderheiten der hsh pm als Abwicklungsanstalt sinnvoll anwendbar ist.

Das Risikomanagement ist eine zentrale Komponente der Gesamtsteuerung der hsh pm. Die zentrale Aufgabe des Risikomanagements der hsh pm besteht in der bestmöglichen Unterstützung der wertschonenden Abwicklung des Portfolios und dem Management der daraus resultierenden Risiken unter Wahrung des Grundsatzes der Risikominimierung.

Die einzelnen Elemente des Risikomanagements bilden in ihrer Gesamtheit ein System, das die Identifizierung, Analyse, Bewertung, Steuerung, laufende Überwachung und das Reporting von Risiken gewährleistet. Die Zuständigkeiten im Rahmen des Risikomanagements sind in der hsh pm eindeutig geregelt. Die Gesamtverantwortung für das Risikomanagement der hsh pm einschließlich der anzuwendenden Methoden und Verfahren zur Risikomessung, -steuerung und -überwachung trägt der Vorstand. Ein umfassender Risikobericht informiert sowohl den Vorstand als auch den Verwaltungsrat regelmäßig (vierteljährlich) über die Risikosituation der hsh pm.

Die hsh pm führt zur Beurteilung der Wesentlichkeit von Risiken jährlich und anlassbezogen eine Gesamtrisikoinventur durch, um auf dieser Grundlage ein Gesamtrisikoprofil der hsh pm zu ermitteln. Dabei wird insbesondere überprüft, welche Risiken die Vermögenslage, die Ertragslage und die Liquiditätslage wesentlich beeinträchtigen können. Aufgrund der Größe und Komplexität des übertragenen Portfolios stellt das Adressenausfallrisiko die wichtigste Risikoart für die hsh pm dar. Als weitere wesentliche Risiken wurden die Marktpreisrisiken, die Liquiditätsrisiken und die operationellen Risiken in der letztmalig im Dezember 2017

durchgeführten Risikoinventur identifiziert. In der Risikostrategie sind für diese wesentlichen Risiken die Verantwortlichkeiten und Prozesse, umfassende Maßnahmen zur Steuerung und Überwachung sowie Risikotoleranzen (u. a. Limite und Risikoklassifikationen) festgelegt.

Als weitere relevante, aber nicht wesentliche Risiken wurden strategische Risiken, Geschäftsrisiken und regulatorische Risiken identifiziert.

Die Abteilung Risikocontrolling & strategische Abbauplanung ist für die unabhängige Überwachung und Kommunikation der Risiken der hsh pm zuständig und unterstützt den Vorstand in allen risikopolitischen Fragen sowie bei der Ausgestaltung eines Systems zur Begrenzung der Risiken. Sie ist für die Überwachung der Adressenausfall-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie der operationellen Risiken verantwortlich, analysiert die Risikopositionen sowie die Auslastung der Limite und empfiehlt – sofern erforderlich – risikomindernde Maßnahmen. Das Risikomanagementsystem der hsh pm ist Bestandteil der Prüfungsplanung der Internen Revision.

Die Interne Revision hat im Berichtsjahr eine Prüfung in der Abteilung Risikocontrolling & strategische Abbauplanung durchgeführt, die mit einem zufriedenstellenden Prüfungsergebnis endete.

3.2 RISIKOMANAGEMENTZIELE

Ziel des Risikomanagementsystems der hsh pm ist die frühzeitige Erkennung, Aufbereitung und Information über die Risikolage der hsh pm und deren Veränderungen sowie die Vorbereitung und Durchführung geeigneter Maßnahmen zur Steuerung der mit dem Abbau des Kreditportfolios verbundenen Risiken. Grundlage des Risikomanagements bildet die Risikostrategie, die durch den Vorstand festgelegt und mindestens jährlich überprüft und gegebenenfalls angepasst wird.

Das Risikobewusstsein sowie die Transparenz über die übernommenen Risiken werden dadurch geschärft, dass die nachfolgenden Aufgabenteilungen in der hsh pm etabliert wurden:

- / Ein unabhängiges Berichtswesen erfolgt durch die Abteilung Risikocontrolling & strategische Abbauplanung (Risikocontrolling-Funktion).
- / Die Strategische Abbauplanung und der Abwicklungsbericht erfolgen durch die Abteilung Risikocontrolling & strategische Abbauplanung, die organisatorisch von den Abteilungen Restrukturierungsmanagement und Kredit getrennt ist.
- / Die Methodenhoheit für die Risikoklassifikation liegt im Risikocontrolling (Risikocontrolling-Funktion).
- / Externe Marktdaten werden von anerkannten Marktdatenanbietern (z.B. Bloomberg, MSI) bezogen.
- / Die Sicherheitenbewertung basiert auf Bewertung externer Sachverständiger.
- / Die Entscheidungskompetenz über die Risikovorsorge liegt beim Vorstand.
- / Das Restrukturierungsmanagement ist organisatorisch von der Abteilung Kredit getrennt.

3.3 ADRESSENAUSFALLRISIKEN

3.3.1 Definition

Das Adressenausfallrisiko ist das bedeutendste Risiko der hsh pm und resultiert aus den Kreditgeschäften des übernommenen Portfolios. Die hsh pm definiert das Adressenausfallrisiko als die Gefahr, dass Geschäftspartner ihren vertraglichen Verpflichtungen nicht bzw. nur eingeschränkt nachkommen. Das Adressenausfallrisiko der hsh pm umfasst das Kredit-, Kontrahenten-, Emittenten-, Erfüllungs- und Länderrisiko.

3.3.2 Strategische Ausrichtung

Das langfristige strategische Ziel der hsh pm ist die wertschonende Abwicklung des Kreditportfolios. Im Vordergrund steht hierbei die Rückführung der Forderungen gegen Kreditnehmer, die durch Tilgungsleistungen oder aus der Verwertung von Sicherheiten erreicht wird. Hier prüft die hsh pm einzelfallbezogen die bestehenden Handlungsoptionen dahingehend, welche für sie unter Abwicklungsgesichtspunkten die wirtschaftlich vorteilhafteste ist.

Bei Engagements mit positiver Fortführungsprognose greift die hsh pm auf verschiedene Restrukturierungs- und Sanierungsmaßnahmen zurück. Diese können unter anderem die Stundung von Kapitaldiensten oder Verlängerung der Kreditlaufzeit, Rangrücktritte sowie gegebenenfalls temporäre Liquiditätsstützungen beinhalten. Daneben wird in geeigneten Fällen ein Wechsel des technischen oder kommerziellen Managements für die als Sicherheit dienenden Schiffe verfolgt.

Bei Engagements ohne positive Fortführungsprognose steht die Abwicklung bzw. Beendigung von Engagements und Kundenbeziehungen im Vordergrund. In diesen Fällen wird der frühestmögliche Zeitpunkt zur Beendigung des Kreditengagements und Verwertung der Sicherheiten identifiziert. Die Erlöse aus der Verwertung der Sicherheiten dienen dem Abbau des Kreditportfolios.

Die hsh pm berücksichtigt im Rahmen ihrer Risikostrategie neben dem Adressenausfallrisiko der Kreditnehmer alle weiteren Geschäfte, die mit einem Ausfallrisiko behaftet sind. Somit stellt die Risikostrategie auf alle bilanziellen und außerbilanziellen Geschäftsaktivitäten der hsh pm ab.

3.3.3 Steuerung und Überwachung

Die Steuerung und Überwachung des Adressenausfallrisikos erfolgt – soweit bei notleidenden Krediten möglich – über kreditnehmerbezogene Limite, die in Abhängigkeit von der Risikoklassifizierung und der Besicherung festgelegt werden.

Die Begrenzung des Adressenausfallrisikos erfolgt im Wesentlichen durch von der hsh pm festgelegte Kreditobergrenzen bezogen auf den ausstehenden Kreditbetrag je Kreditnehmer. Sofern im Rahmen der Portfolioabwicklung temporäre Liquiditätsengpässe einzelner Kreditnehmer überbrückt werden, bedürfen diese vorübergehenden Mittelgewährungen eines Kreditbeschlusses. Kreditentscheidungen werden durch das Kreditkomitee getroffen.

Die Abteilung Risikocontrolling & strategische Abbauplanung analysiert und überwacht quartalsweise das Adressenausfallrisiko sowie die Angemessenheit der zu bildenden Risikovorsorge. Zusätzlich stellt die Abteilung sicher, dass die größten Einzelengagements regelmäßig in Bezug auf ihre Risikosituation überprüft werden.

Für die Anlage von liquiden Mitteln in Form von Tages- und Termingeldern im Rahmen der Liquiditätsdisposition werden von der hsh pm individuelle Limite je Gegenpartei festgelegt. Die Entscheidung über die Limite erfolgt ausschließlich durch den Vorstand auf Antrag der Abteilung Treasury & Finanzen.

Die Abteilung Risikocontrolling & strategische Abbauplanung erstellt quartalsweise einen Gesamtrisikobericht, in dem der Bestand und die Veränderung des Adressenausfallrisikos und aller Teilrisiken zusammengefasst sind. Der Gesamtrisikobericht richtet sich an den Vorstand sowie den Verwaltungsrat der hsh pm.

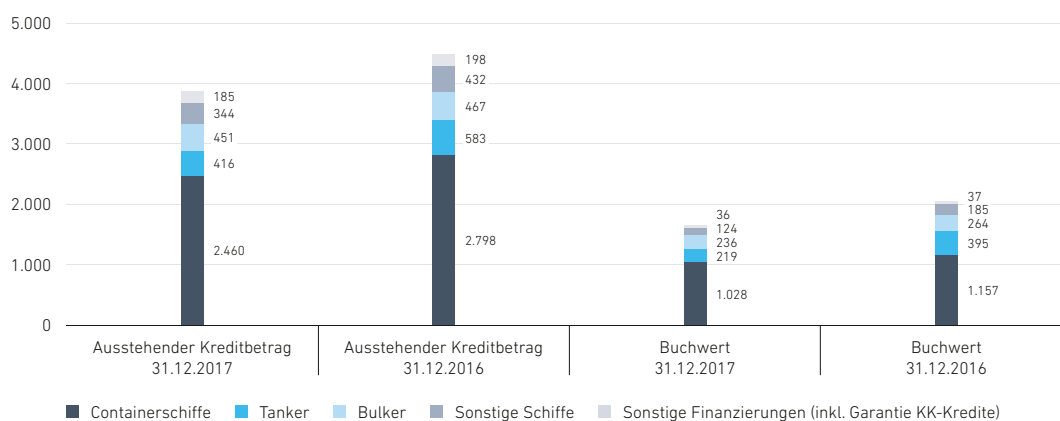
3.3.4 Kreditrisiko

Die hsh pm definiert das Kreditrisiko als das Risiko potenzieller Forderungsausfälle, wenn ein Kreditnehmer seinen vertraglichen Verpflichtungen zum jeweiligen Fälligkeitszeitpunkt nicht oder nicht vollständig nachkommt.

Das von der HSH Nordbank AG übernommene Kreditportfolio umfasst nahezu ausschließlich leistungsgestörte Kredite. Zum 31. Dezember 2017 beträgt der Buchwert des Portfolios 1.643 Mio. Euro. Damit liegt er deutlich unter dem ausstehenden Kreditbetrag in Höhe von 3.856 Mio. Euro. Im Berichtszeitraum konnte der Forderungsbestand um 14 % abgebaut werden und der Buchwert hat sich um 18 % vermindert.

Die Kredite des Portfolios sind überwiegend durch Schiffshypotheken besichert. Die aus den Schiffssicherheiten erwarteten Cashflows decken den Buchwert der Kreditforderungen vollständig. Ein wesentlicher Anteil der Kredite entfällt auf Containerschiffe (64 % der ausstehenden Kreditbeträge bzw. 63 % des Buchwerts der Kreditforderungen). Die weiteren Segmente Bulker, Tanker und sonstige Schiffe, zu denen im Wesentlichen Multi-Purpose-Schiffe gehören, haben im Vergleich zu Containerschiffen einen deutlich geringeren Anteil am Kreditportfolio. Die Anzahl der als Sicherheit dienenden Schiffe hat sich im Geschäftsjahr durch Restrukturierungs- und Verwertungsmaßnahmen bis zum 31. Dezember 2017 um 37 Schiffe auf 214 reduziert.

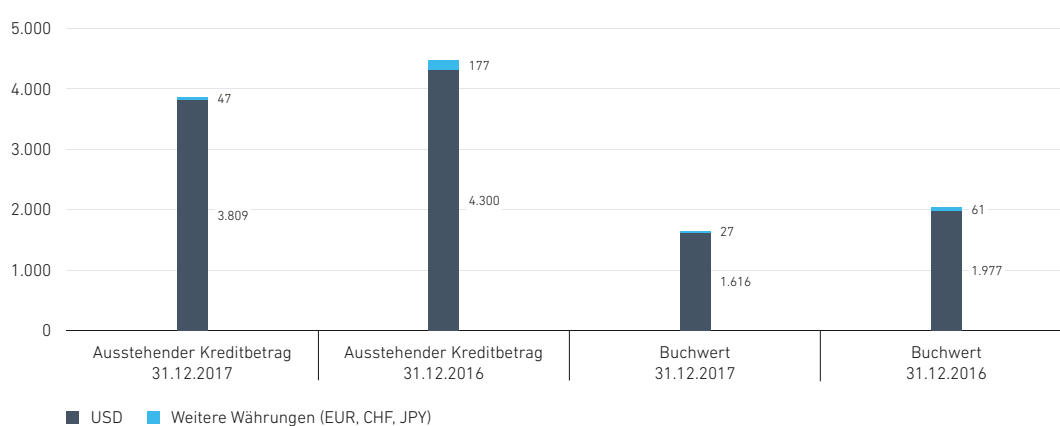
Aufgliederung des Kreditportfolios nach Schiffssegmenten in Mio. Euro



Das Kreditportfolio weist eine deutliche Konzentration auf wenige große Kreditnehmereinheiten auf. Bezogen auf den Buchwert der Kreditforderungen entfallen auf die zehn größten Kreditnehmereinheiten 70 % des Portfolios.

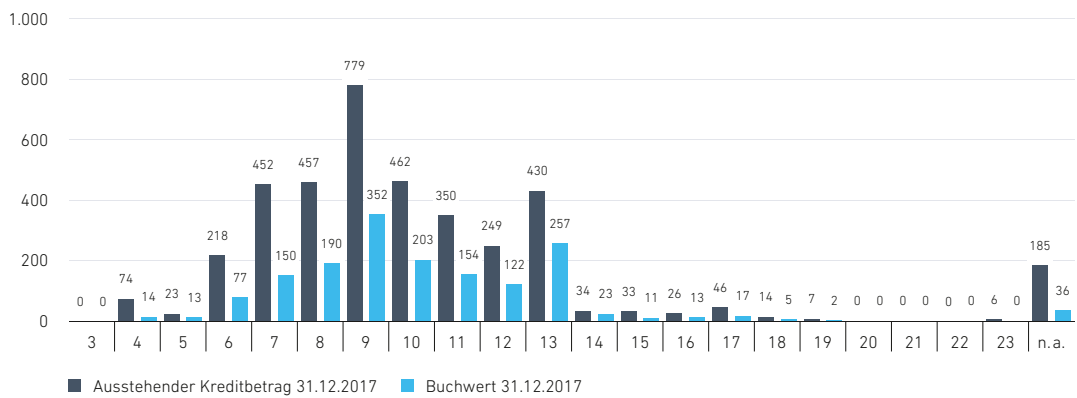
Die Kredite sind mit rund 99 % überwiegend in US-Dollar denominated. Die übrigen Kredite entfallen auf die Währungen Euro, Yen und Schweizer Franken. Für den Buchwert ergibt sich ein vergleichbares Bild, da 98 % des Buchwerts auf US-Dollar denominatede Kredite entfallen.

Aufgliederung des Kreditportfolios nach Währungen in Mio. Euro



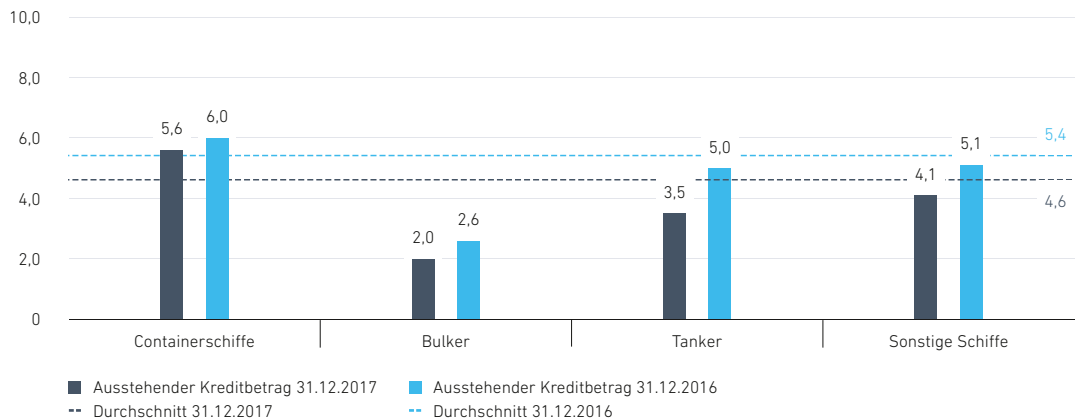
Wesentlich für eine längerfristig ausgelegte Abwicklungsstrategie sind das Alter der als Sicherheit dienenden Schiffe sowie die Restlaufzeiten der jeweiligen Kredite. Im Berichtszeitraum hat sich das mit den ausstehenden Kreditbeträgen gewichtete Durchschnittsalter der Schiffe von 8,8 auf 9,7 Jahre erhöht und spiegelt damit die Alterung der als Sicherheit dienenden Schiffe wider.

Aufgliederung der ausstehenden Kreditbeträge und Buchwerte nach Schiffsalter in Mio. Euro und Jahren



Die mit den Kreditforderungen gewichtete durchschnittliche Restlaufzeit hat sich im Berichtszeitraum von 5,4 auf 4,6 Jahre verringert.

Gewichtete durchschnittliche Laufzeitstruktur des Kreditportfolios in Jahren der Restlaufzeit

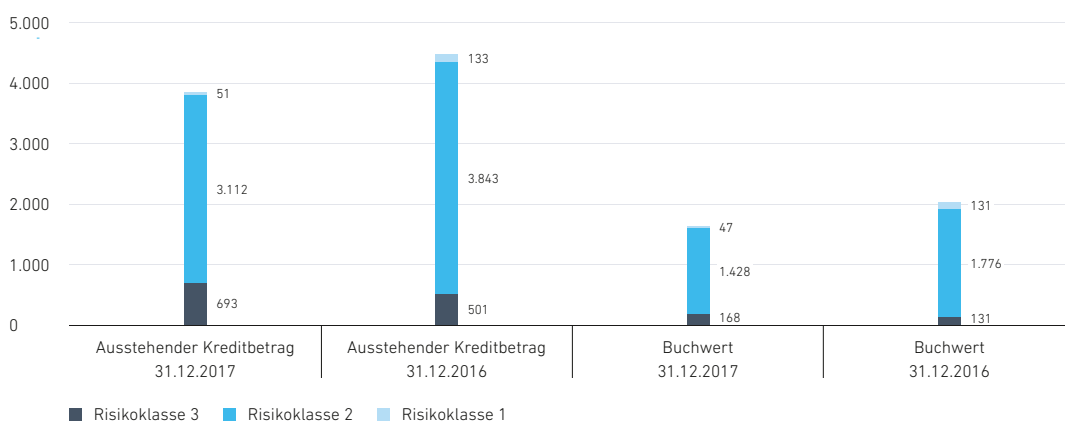


Die Kreditnehmer der hsh pm werden vier Risikoklassen zugeordnet, die sich wie folgt unterscheiden:

- / Risikoklasse 0 umfasst alle Kreditnehmer in der Normalbetreuung
- / Risikoklasse 1 umfasst die Kreditnehmer in der Intensivbetreuung
- / Risikoklasse 2 werden ausgefallene¹ Kreditnehmer zugeordnet, die über eine positive Fortbestehensprognose verfügen
- / Risikoklasse 3 umfasst ausgefallene Kredite, bei denen sich die Kreditnehmer aufgrund der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens in Abwicklung befinden

Die ausstehenden Kreditbeträge sowie der Buchwert der Kreditforderungen verteilen sich auf drei der vier Risikoklassen der hsh pm. Insgesamt 82 % der ausstehenden Kreditbeträge bzw. 90 % des Buchwerts der Kreditforderungen entfallen auf Kreditnehmer, die der Intensivbetreuung (Risikoklasse 1) zugeordnet sind oder für die eine positive Sanierungsprognose besteht (Risikoklasse 2). Zu den Bilanzstichtagen 31. Dezember 2016 und 2017 sind keine Kreditnehmer der Risikoklasse 0 zugeordnet.

Risikostruktur im Kreditportfolio in Mio. Euro



Neben dem zuvor beschriebenen Kreditrisiko berücksichtigt die hsh pm auch das Kreditrisiko aus der Anlage von Liquidität unter Beachtung kontrahentenbezogener Limite. Die angelegten Mittel betragen zum 29. Dezember 2017 112 Mio. Euro.

¹ Ein Kreditnehmer gilt unter anderem als ausgefallen, wenn er seinen Kapitaldienst über einen Zeitraum von mehr als 90 Tagen nicht oder nicht vollständig geleistet hat.

3.3.5 Kontrahentenrisiko aus Derivaten

Zum Bilanzstichtag hat die hsh pm keine Derivate im Bestand. Ein Kontrahentenrisiko besteht bei Derivaten, da sich während ihrer Laufzeit marktbedingte Preisveränderungen ergeben können. Fällt ein Kontrahent aus, besteht das Risiko, dass sich die hsh pm nur zu einem ungünstigeren Preis mit einem neuen Kontrakt eindecken kann. Ein Kontrahentenrisiko besteht über die gesamte Laufzeit der Geschäfte.

3.3.6 Emittentenrisiko

Mit dem Emittentenrisiko ist die Gefahr eines Verlustes aufgrund einer Bonitätsverschlechterung oder des Ausfalls eines Emittenten gemeint. Das Emittentenrisiko wird wesentlicher Bestandteil des Adressenausfallrisikos, sobald die hsh pm Wertpapiere für den Eigenbestand erwirbt. Zum Stichtag 31. Dezember 2017 liegt kein Emittentenrisiko vor.

3.3.7 Erfüllungsrisiko

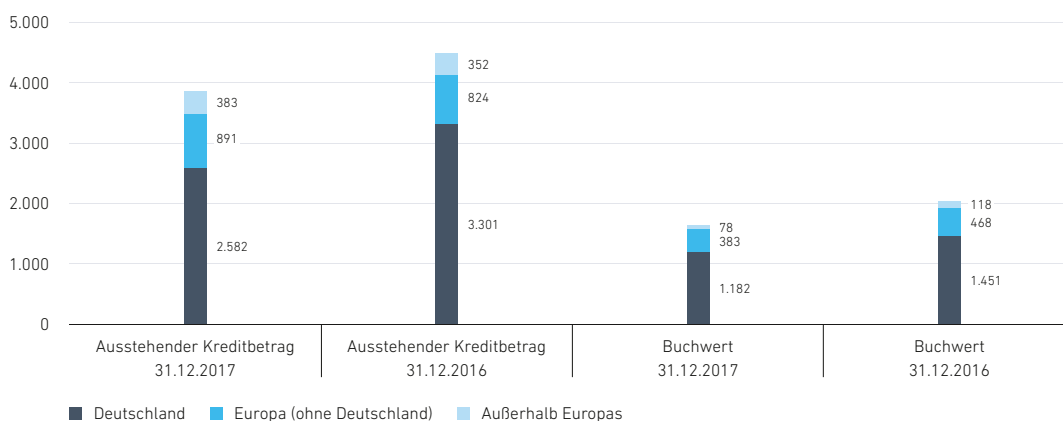
Im Jahr 2017 sind keine Erfüllungsrisiken schlagend geworden. Unter dem Erfüllungsrisiko (auch Settlementrisiko) wird in der hsh pm der potenzielle Verlust beim Ausfall eines Kontrahenten am Geld- und Kapitalmarkt im Zeitraum der Erfüllung verstanden. Dieses Risiko resultiert aus Geschäften, bei denen aufgrund eigener Vorleistung die Gefahr besteht, dass Kontrahenten ihre Gegenleistung nicht oder nicht vollständig erbringen.

3.3.8 Länderrisiko

Das Länderrisiko beschreibt die mit der Kreditvergabe an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland verbundene Gefahr, dass vereinbarte Zahlungen aufgrund von staatlich verfügten Beschränkungen des grenzüberschreitenden Zahlungsverkehrs nicht oder nur unvollständig erbracht werden. Somit sind das Rating der jeweiligen Sitzländer sowie die im zeitlichen Verlauf gegebenenfalls erfolgten Ratingveränderungen maßgebliche Indikatoren für das Länderrisiko. Darüber hinaus lässt der von Ratingagenturen veröffentlichte „Ausblick“ einen Rückschluss zu, ob ein Land einer intensiveren Beobachtung bedarf.

Bezogen auf ihren wirtschaftlichen Sitz liegt der regionale Schwerpunkt der Kreditnehmer in Europa und hier insbesondere in Deutschland. Auf Kreditnehmer mit wirtschaftlichem Sitz in Deutschland entfallen etwa 67 % (74 % Ende 2016) der ausstehenden Kreditbeträge bzw. 72 % (71 % Ende 2016) des Buchwerts der Kreditforderungen. Kunden mit wirtschaftlichem Sitz außerhalb Europas stellen mit 10 % (8 % Ende 2016) der ausstehenden Kreditbeträge bzw. 5 % (6 % Ende 2016) des Buchwerts der Kreditforderungen einen vergleichsweise geringen Anteil am Kreditportfolio.

Länderstruktur des Kreditportfolios in Mio. Euro



3.4 MARKTPREISRISIKEN

3.4.1 Definition

Die hsh pm definiert das Marktpreisrisiko als das Risiko potenzieller Verluste bilanzwirksamer und außerbilanzieller Posten hervorgerufen durch Veränderungen von Zinssätzen und Wechselkursen. Aufgrund der Struktur des Übertragungsportfolios umfasst das Marktpreisrisiko der hsh pm Zinsänderungsrisiken und Fremdwährungsrisiken.

3.4.2 Strategische Ausrichtung

Die langfristige Abwicklungsstrategie der hsh pm zielt darauf ab, das Übertragungsportfolio wertschonend abzuwickeln und kurzfristige Bewertungsveränderungen der Kapitalmärkte nicht zur Grundlage der Steuerung zu machen. Zur Minimierung potenzieller Verlustrisiken aus der Abwicklung des übertragenen Portfolios werden die Marktpreisrisiken, soweit wirtschaftlich möglich und sinnvoll, reduziert.

Die in der Geschäftsstrategie festgelegte Strategie der Mitigation von Fremdwährungsrisiken setzt die Abteilung Treasury & Finanzen durch entsprechende Absicherungsgeschäfte und währungskongruente Refinanzierungen unter Berücksichtigung von Kosten-Nutzen-Erwägungen um. Die unsicheren Zahlungsströme der übernommenen Positionen (z. B. durch zeitliche Verschiebungen oder Ausfall von Zins- und Tilgungszahlungen) führen gegebenenfalls zu Maßnahmen, da die Änderungen in den erwarteten Zahlungsströmen zeitnah durch Anpassungen und Nachjustierung der Währungssicherung nachvollzogen werden müssen.

3.4.3 Steuerung und Überwachung

Unterschiedliche Zinsentwicklungen beeinflussen sowohl das operative Zinsergebnis als auch den Substanzwert der hsh pm. So umfasst das Zinsänderungsrisiko die von Marktzinsänderungen ausgehende Gefahr, dass niedrigere Zinserträge oder höhere Zinsaufwendungen als erwartet anfallen. Im Rahmen von barwertorientierten Verfahren (Zinssensitivitäten) werden die Veränderungen der Marktwerte des Zinsbuchs und damit des entsprechenden ökonomischen Kapitals durch Diskontierung der zukünftigen Cashflows mit dem aktuellen bzw. geänderten Marktzins ermittelt. Als Sensitivitätsmaß für die Messung der absoluten Marktwertänderung des Portfolios durch Zinsänderungen wird der Basis Point Value (BPV) herangezogen. Der BPV zeigt den Effekt einer Verschiebung der Zinsstrukturkurve um einen Basispunkt (0,01 %).

Im Rahmen der aktuellen Steuerungsmethodik der Zinsänderungsrisiken in der hsh pm werden primär negative Auswirkungen von Zinsänderungen auf das Zinsergebnis identifiziert und gegebenenfalls Steuerungsmaßnahmen ergriffen.

Zudem kann bei einem Zinsanstieg ein Refinanzierungsrisiko entstehen. In diesem Fall stehen steigenden Refinanzierungskosten gleichbleibende oder sogar sinkende Tilgungs- und Zinsleistungen der überwiegend leistungsgestörten Kreditnehmer entgegen. Ein erhöhter Zinsaufwand ginge in diesem Fall zulasten der Gewinn- und Verlustrechnung, da die Kreditnehmer bei einer gleichbleibend krisenhaften Entwicklung der Schiffahrtsmärkte einen Anstieg der Zinsbelastung nicht vollständig tragen könnten.

Auch das Fremdwährungsrisiko wird auf Grundlage von barwertig ermittelten Sensitivitäten analysiert. Fremdwährungsrisiken entstehen in der hsh pm durch mögliche Wertänderungen von offenen Devisenpositionen infolge von Wechselkursänderungen. Eine Änderung des Währungskurses wirkt sich direkt auf den Marktwert der Finanzinstrumente aus. Die Fremdwährungssensitivität wird anhand von Währungskursschwankungen von jeweils 1 % in US-Dollar, Schweizer Franken sowie Japanischen Yen berechnet, wobei offene Posten und täglich fällige Kredite in diese Berechnung einfließen. Der größte Risikotreiber bei den Fremdwährungsrisiken ist die Währung US-Dollar, da der größte Kreditbestand (ca. 99 %) auf diese Währung entfällt.

Durch in Euro gebildete Einzelwertberichtigungen weist die Zusammensetzung der in Fremdwährung valutierenden Darlehen (Aktiva) zum Stichtag Unterschiede zur Währungsstruktur der Passivseite auf. Das damit erhöhte Währungsrisiko besteht temporär und wird nach Vorliegen der relevanten Informationen zur gebildeten Einzelwertberichtigung durch entsprechende Währungsgeschäfte geschlossen.

Die Steuerung der Zinsänderungsrisiken stellt die hsh pm vor Herausforderungen, da der Eingang der vertraglichen Cashflows von der Bonität der Kreditnehmer in dem Non-Performing-Loan-Portfolio und damit von der weiteren Entwicklung der hoch volatilen Schiffahrtsmärkte abhängt. Eine funktionierende mittel- bis langfristige Aktiv-Passiv-Steuerung wird somit von der Güte der Schätzung zur Höhe der Cashflows auf Kreditnehmerebene bestimmt. Die kurzfristige Steuerung stellt im Wesentlichen auf die unterschiedlichen Zinsberechnungsbasen zwischen Aktiv- und Passivseite ab.

Ein Großteil der von der hsh pm betreuten Schiffsfinanzierungen ist mit einer variablen Zinsvereinbarung ausgestattet, so dass sich bei einem Anstieg des Zinsniveaus die Zahlungsverpflichtungen der Kreditnehmer erhöhen würden. Da die Durchsetzung dieser vertraglichen Ansprüche aufgrund des Non-Performing-Loan-Portfolios nicht vollständig möglich sein wird, ergibt sich hieraus ein zusätzliches Adressenausfallrisiko.

Die Analyse des Zinsänderungsrisikos erfolgt auf wöchentlicher Basis. Als Ergebnis der Risikoberechnungen werden die Wertveränderung des gesamten Portfolios und einzelner Laufzeitbänder in Euro-Gegenwerten angegeben. Zum Bewertungsstichtag 31. Dezember 2017 beträgt das Zinsänderungsrisiko der hsh pm bei einer Verschiebung der Zinskurven um einen Basispunkt 60,1 Tsd. Euro. Die Zinsänderungsrisiken sind in Relation zum Gesamtvolumen der Aktiva und Passiva eher gering und waren im gesamten Geschäftsjahr von untergeordneter Bedeutung.

Die Limitierung des Zinsänderungsrisikos erfolgt anhand eines Gesamt-Sensitivitätswerts über die gesamten Laufzeitbänder und für alle Währungen. Weitergehende Sublimate auf einzelne Laufzeitbänder und Währungen werden im Bedarfsfall von der Abteilung Risikocontrolling & strategische Abbauplanung festgelegt.

Die Steuerung des Fremdwährungsrisikos hat das Ziel, die in Währung denominierten Vermögensgegenstände und die erwarteten Zahlungsein- und -ausgänge gegen Währungsschwankungen abzusichern. Die starke Unsicherheit der Cashflows auf der Aktivseite erfordert die fortlaufende Überwachung und gegebenenfalls den zeitnahen Einsatz von Devisentauschgeschäften, um weitgehende währungskongruente Bilanzpositionen zu ermöglichen. Das Fremdwährungsrisiko der hsh pm bei einer Veränderung des Wechselkurses um 1 % beträgt zum Bilanzstichtag 1,3 Mio. Euro. Vor dem Hintergrund der größtenteils in US-Dollar erfolgenden Refinanzierung ist das Währungsrisiko zum Stichtag 31. Dezember 2017 eher gering.

Die Abteilung Risikocontrolling & strategische Abbauplanung überwacht die Einhaltung und Auslastung der Zinsänderungs- und Fremdwährungsrisikolimits, deren Auslastung im vierteljährlichen Risikobericht dem Vorstand und dem Verwaltungsrat zur Verfügung gestellt wird.

Limitüberschreitungen wurden in 2017 nicht festgestellt.

3.5 LIQUIDITÄTSRISIKEN

3.5.1 Definition

Die hsh pm definiert das Liquiditätsrisiko als das Risiko, fällige Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder zeitgerecht erfüllen oder Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktkonditionen beschaffen zu können.

3.5.2 Strategische Ausrichtung

Das wesentliche Ziel der Liquiditätsstrategie der hsh pm ist, Zahlungsansprüche jederzeit erfüllen zu können, d. h. Auszahlungen zu jedem Zeitpunkt durch Einzahlungen und durch mögliche Liquiditätsmaßnahmen zu decken. In diesem Zusammenhang muss die Liquiditätssteuerung für einen angemessenen Liquiditätspuffer sorgen.

Aufgrund der Gewährträgerhaftung bestehen die Liquiditätsrisiken der hsh pm primär im Auftreten von systemischen Liquiditätsengpässen des Marktes und weniger in den fehlenden Refinanzierungsmöglichkeiten der hsh pm. In krisenhaften Situationen des Gesamtmarktes muss auch die hsh pm mit zeitweilig höheren Refinanzierungskosten kalkulieren, um die Liquiditätsanforderungen abzudecken. Zusätzlich besteht die Gefahr, dass unerwartet ausbleibende Zahlungen (z. B. aus dem schlagend werdenden Erfüllungsrisiko) oder ausgeübte Nebenabreden (z. B. Cash-Sweep-Vereinbarungen) die Liquiditätslage der hsh pm kurzfristig belasten können.

Die hsh pm ist bestrebt, eine kostenintensive Liquiditätsbevorratung zu vermeiden, da sie aufgrund ihrer Bonität über ausreichende Möglichkeiten der Liquiditätsbeschaffung verfügt. Im laufenden Geschäft werden zur Schließung der Liquiditätslücken marktübliche Refinanzierungsgeschäfte verwendet. Zusätzlich kann die hsh pm ab dem Jahr 2017 zeitnah auf kurzfristige Liquiditätshilfen der Freien und Hansestadt Hamburg sowie des Landes Schleswig-Holstein zurückgreifen. Zur Sicherstellung der Rentabilität der Liquiditätsbeschaffung betreibt die hsh pm Banken- und Investorenpflege (z. B. Etablierung eines Emissionsprogramms, Aufbau von Kontakten zu platzierungsstarken Banken) und ist auf den internationalen Finanzmärkten präsent. Dadurch kann in Abhängigkeit von Kapitalmarktparametern schnell und flexibel auf geänderte Marktsituationen reagiert werden.

Die hsh pm verfolgt eine Refinanzierung mit möglichst weitgehender Fristenkongruenz zum erwarteten Ablauf des Kreditportfolios. Die während der Abwicklungstätigkeit erzielte Überschussliquidität wird entweder zu marktüblichen Konditionen angelegt oder, falls möglich und sinnvoll, zur Rückzahlung der Refinanzierungsgeschäfte der hsh pm genutzt.

Die Tragfähigkeit dieser Liquiditätsstrategie wird regelmäßig im Rahmen von Stressszenarien hinsichtlich Zahlungsunfähigkeits- und Refinanzierungsrisiken analysiert, indem die Reichweite der verfügbaren Liquidität unter Wegfall der erwarteten Zahlungsmittelzuflüsse und Reduzierung der bestehenden Liquiditätspotenziale ermittelt wird.

3.5.3 Steuerung und Überwachung

Das operative Management von Liquiditätsrisiken führt neben einer kurzfristigen auch eine mittelfristige Liquiditätsdisposition durch, so dass Liquiditätsbedarfe mit hinreichend zeitlichem Vorlauf erkannt und durch geeignete Maßnahmen gedeckt werden können. Das operative Management übernimmt sowohl die kurzfristige Liquiditätssteuerung mit Restlaufzeiten bis zu einem Jahr als auch die strukturelle Liquiditätssteuerung mit Refinanzierungsmaßnahmen zur Sicherstellung des geplanten langfristigen Abwicklungserfolgs. Währungsinkongruenzen und Klumpenrisiken werden, sofern wirtschaftlich möglich, weitestgehend vermieden.

Zur Bewertung der Liquiditätssituation führt die hsh pm detaillierte Analysen der aktivischen Risikopositionen (inkl. der geplanten Liquiditätsreserve) und des Refinanzierungsbedarfs durch und erstellt eine Liquiditätsablaufbilanz, die die erwarteten Mittelzuflüsse und Mittelabflüsse abbildet.

Zur Ermittlung der Liquiditätscashflows werden die vertraglichen Cashflows der Refinanzierungen sowie die in einer Modellrechnung geschätzten Rückzahlungs- und Zinscashflows des Kreditportfolios verwendet. Die Gegenüberstellung erwarteter eingehender und ausgehender Zahlungsströme informiert somit über mögliche zukünftige Liquiditätsengpässe.

Die Liquiditätspositionen werden zusätzlich im Rahmen von gestressten Annahmen bewertet und limitiert. Der Liquiditätsstresstest soll zeigen, ob die Liquidität der hsh pm auch bei schlechter als geplanten Rahmenbedingungen ausreichend dimensioniert ist.

Die hsh pm ist zum 31. Dezember 2017 mit ausreichend Liquidität versorgt. Neben Liquidität aus Kapitaldienstleistungen ihrer Kreditnehmer kann sie sich kurzfristig durch die Aufnahme von Termingeldern refinanzieren und mittelfristig auf marktübliche Liquiditätsbeschaffungsinstrumente zurückgreifen. Zusätzlich stehen der hsh pm im Bedarfsfall kurzfristige Darlehen der Freien und Hansestadt Hamburg bis zu einer Höhe von 100 Mio. Euro oder mehr, wenn im Rahmen der insgesamt für Beteiligungen bereitgestellten Liquiditätshilfen verfügbar, sowie kurzfristige Liquiditätshilfen aus dem Haushalt des Landes Schleswig-Holstein in Höhe von 1 Mrd. Euro (Laufzeit maximal 6 Monate) zur Verfügung.

Zum Stichtag 31. Dezember 2017 lag im Zeitraum bis 3 Wochen eine Liquiditätsüberdeckung in Höhe von 87 Mio. Euro vor. Unter Berücksichtigung der kurzfristig verfügbaren Liquiditätshilfen der Freien und Hansestadt Hamburg und des Landes Schleswig-Holstein besteht im gesamten limitierten Zeitraum bis 12 Monate ein positiver Liquiditätssaldo in einer Spanne von 547 Mio. Euro bis 1.112 Mio. Euro.

Der Überbrückungskredit wurde bis zum Ende des Jahres 2017 vollständig abgelöst. Mit Beginn des Jahres 2018 werden zur Refinanzierung in Ergänzung zu dem in der Umsetzung befindlichen Debt-Issuance-Programm (DIP) auch Commercial Papers (CP) als liquide Geldmarktprodukte zur kurzfristigen Finanzierung in Laufzeiten bis zu einem Jahr sowohl in Euro als auch in US-Dollar eingesetzt.

Die Abteilung Risikocontrolling & strategische Abbauplanung überwacht die Einhaltung der an die Liquiditätssicherung gestellten Anforderungen auf wöchentlicher Basis. Die Ergebnisse werden im vierteljährlichen Risikobericht dem Vorstand und dem Verwaltungsrat zur Verfügung gestellt.

3.6 OPERATIONELLE RISIKEN

3.6.1 Definition

Die hsh pm definiert operationelle Risiken als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Operationelle Risiken treten in Form von potenziellen Schadensfällen im Rahmen der Geschäftstätigkeit der hsh pm auf, die zu einer Verschlechterung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der hsh pm führen können. Die Definition der operationellen Risiken umfasst auch Auslagerungs-, Compliance-, IT-, Rechts-, Modell-, Reputations- und Personalrisiken, allerdings keine strategischen oder regulatorischen Risiken.

3.6.2 Strategische Ausrichtung

Die hsh pm verfolgt primär eine Strategie zur Vermeidung von operationellen Risiken unter Berücksichtigung des Wirtschaftlichkeitsprinzips. Ziel des eingesetzten Risikomanagementprozesses ist die proaktive Identifikation von Risiken, um die Entstehung von Verlustereignissen zu vermeiden oder deren Auswirkungen zu reduzieren. Für die Analyse und Bewertung der operationellen Risiken wurden im Rahmen eines qualitativen Messansatzes angemessene Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozesse in den Fachabteilungen eingerichtet.

3.6.3 Steuerung und Überwachung

Für die Überwachung und Steuerung der operationellen Risiken wurde ein für die Größe der hsh pm angemessenes System zur Erfassung und Messung von operationellen Risiken aufgebaut, um dem Vorstand jederzeit einen Überblick über alle wesentlichen operationellen Risiken der hsh pm liefern zu können.

Die Führungskräfte sind für das Management zur Minimierung, Prävention und Verlagerung operationeller Risiken sowie operationeller Einzelrisiken in ihren Abteilungen direkt verantwortlich und können die operative Umsetzung an einen Risikoansprechpartner ihrer Abteilung delegieren. Die im Vordergrund stehenden Maßnahmen zur Prävention operationeller Risiken umfassen die Installation wirksamer interner Kontrollprozesse und Kontrollverfahren, eine stabile IT-Infrastruktur und einen adäquaten Personaleinsatz. Die Risikoansprechpartner sind angehalten, ihre Prozesse und Systeme nachhaltig auf mögliche Risiken zu überprüfen und auftretende Schäden zu erfassen. Die zentrale Verantwortung für die Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozesse operationeller Risiken obliegt der Abteilung Risikocontrolling & strategische Abbauplanung.

Das Risikomanagement des operationellen Risikos erfolgt auf Grundlage der in der hsh pm im Rahmen der jährlich durchgeführten OpRisk-Risikoinventur identifizierten Risiken und über die in der Schadensfalldatenbank erfassten Schäden.

Die OpRisk-Risikoinventur dient der Identifikation von Veränderungen im Risikoprofil der hsh pm. Bei negativen Entwicklungen können dadurch frühzeitig präventive Steuerungsmaßnahmen ergriffen werden. Die Zielsetzung der OpRisk-Risikoinventur besteht in der Identifizierung und Analyse von Risiken. Sie dient auch abteilungsübergreifend zur Kommunikation relevanter Risiken, fördert das Risikobewusstsein der Mitarbeiter und führt somit von vornherein zur Begrenzung von Schadenspotenzialen. Zur Erfüllung des Kriteriums der Angemessenheit und Wesentlichkeit identifizieren und bewerten die einzelnen Fachabteilungen ihre operationellen Risiken hinsichtlich Ausprägung und Eintrittswahrscheinlichkeit.

Zur systematischen Erfassung operationeller Risiken werden ex-post Schadensfälle in eine Schadensfalldatenbank eingepflegt und darin aufbereitet. Dabei werden sowohl unmittelbar als auch mittelbar wirksame Bruttoschäden (GuV-wirksam und GuV-unwirksam) erfasst. Bedeutende interne und externe Schäden werden hinsichtlich ihrer Ursachen und Auswirkungen auf das Risikoprofil analysiert, um präventive Handlungsstrategien zur Schadensminderung sowie zur Verhinderung gleichgelagerter Schadensfälle im Falle eines Wiederauftretens zu entwickeln und dadurch das operationelle Risiko adäquat zu steuern.

Im Zusammenhang mit Währungsumrechnungen ist im Kalenderjahr 2017 ein Schaden in Höhe von ca. 4,7 Mio. Euro entstanden. Weitere unmittelbar wirksame Schäden, die die Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. Dezember 2017 tangieren, lagen nicht vor.

Auf Grundlage der Ergebnisse der Ex-ante-Risikoinventur und der Ex-post-Auswertung aus der Schadensfalldatenbank werden Steuerungsmaßnahmen für die wesentlichen operationellen Risiken entwickelt. Dazu werden Maßnahmen zu Schadensminderungen zielgenau erarbeitet und Schwachstellen sowie Verbesserungspotenziale kontinuierlich ausgearbeitet. Das Risikomanagement operationeller Risiken besteht somit nicht im Verwalten von Schadensfällen, sondern in der proaktiven Messung und Steuerung operationeller Risiken.

Im Rahmen der OpRisk-Risikoinventur wurden u. a. IT-Risiken sowie Auslagerungsrisiken identifiziert und analysiert. Beide sind Bestandteil der Risikoberichterstattung. Die Zulieferung vom Bereich Unternehmenssteuerung / IT an das zentrale Risikocontrolling quantifiziert die IT-Risiken anhand von beobachteten Verletzungen von Service Level Agreements (SLA) und enthält das Informationssicherheits-Reporting. Folgende drei Bereiche werden unterschieden:

- / Verfahren, die durch die IT betreut werden
- / Systeme, die durch die IT betreut werden
- / individuelle Datenverarbeitung (IDV), die durch die Fachabteilungen betreut werden

Auslagerungsrisiken ergeben sich aus der Vergabe von Dienstleistungen an Dritte, wenn die Dienstleistungen nicht oder nicht wie vereinbart erbracht werden. Zur Mitigation von in Zusammenhang mit Auslagerungen stehenden Risiken werden Maßnahmen zur Sicherstellung einer hohen Leistungsqualität und kontinuierlichen Leistungserbringung der Dienstleister sowie der operativen Stabilität erarbeitet.

3.6.4 Auslagerungen

Die hsh pm hat für die Abwicklung des übertragenen Kreditportfolios einige administrative Leistungsbereiche aus operativen und Kostengründen ausgelagert, insbesondere zur HSH Nordbank AG, Dataport AöR, Revisions- und Treuhand-Kommanditgesellschaft (RuT), CASIS Heimann Buchholz Espinoza Partnerschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und Rhenus Archiv Services GmbH.

Die HSH Nordbank AG unterstützt die hsh pm unter einem Auslagerungsvertrag mit bestimmten Leistungen, im Wesentlichen in den Bereichen Credit Support, Loan and Collateral Management, und IT. Die Vergütung für die Leistungen setzte sich in der Aufbauphase aus einer Kostenerstattung und einer Marge zusammen. Ab dem Zeitpunkt der Regelservicierung im März 2017 wurde die Leistung der HSH Nordbank AG leistungsscheinbezogen vergütet. 2017 wurde eine Verlängerung des Vertrages bis Ende Juni 2019 vereinbart, da der Umfang des Auslagerungsportfolios der HSH Nordbank AG im Zuge des Projekts „Vergabe Neuservicierung HSH Nordbank“ ab März 2018 neu ausgeschrieben wird.

Die hsh pm überwacht mit Unterstützung eines zentralen Auslagerungsmanagements ihre Outsourcing-Risiken durch Kontroll- und Überwachungsprozesse in Bezug auf Leistungsqualität sowie die Einhaltung der internen und gesetzlichen Anforderungen. Die Verantwortung für die fachlich korrekte Leistungserbringung durch die Dienstleister liegt bei den jeweiligen Abteilungen der hsh pm. Ziel dieser Maßnahmen ist es, die bestehenden Prozesse, Strukturen und Leistungsdefinitionen kontinuierlich weiter zu verbessern.

Die hsh pm legt auf Grundlage von Risikoanalysen eigenverantwortlich fest, welche Auslagerungen von Aktivitäten und Prozessen unter Risikogesichtspunkten wesentlich sind (wesentliche Auslagerungen). Die Risikoanalyse wird auf der Grundlage einheitlicher Vorgaben sowohl regelmäßig als auch anlassbezogen von der Fachabteilung durchgeführt und berücksichtigt alle für die hsh pm relevanten Aspekte im Zusammenhang mit der Auslagerung (z. B. die wesentlichen Risiken der Auslagerung einschließlich möglicher Risikokonzentrationen, Risiken aus Weiterverlagerungen und die Eignung des Auslagerungsunternehmens). Bei der Voll- oder Teilauslagerung von Kontrollbereichen und Kernbereichen der Anstalt prüft die hsh pm, ob und wie eine Einbeziehung der ausgelagerten Aktivitäten und Prozesse in das Risikomanagement sichergestellt werden kann.

Zur Steuerung und Kontrolle der Auslagerungen ist ein zentrales Auslagerungsmanagement eingerichtet worden, das folgende Steuerungselemente vorsieht:

- / strategische Steuerung: Überwachung und Ausrichtung der Leistungen des Dienstleisters an den Anforderungen des Leistungsempfängers (z. B. hsh pm Fachabteilungen)
- / betriebswirtschaftliche Steuerung: Umsetzung der finanziellen vertraglich vereinbarten Maßnahmen zur Sicherstellung der Leistungserbringung in geforderter Quantität und Qualität
- / fachlich-operative Steuerung: Inhaltliche Überwachung der operativen Leistungserbringung, inkl. Klärung und Nachverfolgung fachlicher Fragen oder Probleme (gemeinsam mit den Fachabteilungen) in der Leistungserbringung oder an den Schnittstellen zu angrenzenden Fachabteilungen
- / Risikosteuerung: Die Auslagerungsrisiken werden von den auslagernden Fachabteilungen selbst gesteuert

Die hsh pm hat bei wesentlichen Auslagerungen im Fall der beabsichtigten oder erwarteten Beendigung der Auslagerungsvereinbarung Vorkehrungen getroffen, um die Kontinuität und Qualität der ausgelagerten Aktivitäten und Prozesse auch nach Beendigung zu gewährleisten. Für Fälle unbeabsichtigter oder unerwarteter Beendigung dieser Auslagerungen, die mit einer erheblichen Beeinträchtigung der Geschäftstätigkeit verbunden sein können, prüft die hsh pm mindestens einmal jährlich entsprechende Handlungsoptionen auf ihre Durchführbarkeit. Dies beinhaltet auch, soweit sinnvoll und möglich, die Festlegung entsprechender Ausstiegsstrategien.

3.7 WEITERE RELEVANTE, ABER NICHT WESENTLICHE RISIKEN

Aus der letztmalig im Dezember 2017 durchgeführten Gesamtrisikoinventur sind für die hsh pm das strategische Risiko, das Geschäftsrisiko und das regulatorische Risiko als weitere relevante, aber nicht wesentliche Risiken hervorgegangen.

Das strategische Risiko bezeichnet das Risiko einer nachteiligen Geschäftsentwicklung infolge (fehlerhafter) geschäftspolitischer Grundsatzentscheidungen. Das strategische Ziel der hsh pm ist die wertschonende Abwicklung des Übertragungsportfolios. Aufgrund der besonderen Ausrichtung der hsh pm als Abwicklungsanstalt werden i. d. R. keine proaktiven strategischen Entscheidungen mit großen Auswirkungen auf die Vermögens-, Ertrags- oder Liquiditätslage getroffen. Das Risiko strategischer Fehleinschätzungen wird aufgrund überwiegend einzelfallbezogener Entscheidungen als gering bewertet.

Das Geschäftsrisiko bezeichnet allgemein die Gefahr unerwarteter Ergebnisschwankungen, die auf geänderte Rahmenbedingungen (z. B. Geschäftsumfeld) zurückzuführen sind und nicht durch Kostenreduktionen aufgefangen werden können. Das Geschäftsrisiko der hsh pm ist vor diesem Hintergrund gering, da die Ergebnisauswirkungen durch geänderte Rahmenbedingungen in anderen Risikoarten berücksichtigt werden (insbesondere im Adressenausfallrisiko).

Das regulatorische Risiko beschreibt das Risiko, das dadurch entsteht, dass neue oder Änderungen von Regulierungsbestimmungen in der Regel unvorhersehbar sind. Das regulatorische Risiko hat für die hsh pm als Abwicklungsanstalt trotz der hohen Eintrittswahrscheinlichkeit eine geringe Risikobedeutung.

3.8 ZUSAMMENFASSENDE DARSTELLUNG DER RISIKOLAGE ZUM 31. DEZEMBER 2017

Die hsh pm wurde gegründet, um Risikopositionen von der HSH Nordbank AG zu übernehmen und mit einem langfristig angelegten Abwicklungsplan wertschonend abzubauen.

Das Portfolio umfasst überwiegend Kredite, die durch insgesamt 214 Schiffe aus unterschiedlichen Schifffahrtssegmenten besichert sind. Das Adressenausfallrisiko wird damit maßgeblich durch die Entwicklung auf den Schifffahrtsmärkten beeinflusst, da deren Entwicklung die Kapitaldienstfähigkeit der Kreditnehmer und die Möglichkeiten der hsh pm für eine Verwertung der Kreditsicherheiten bestimmt. Der Schwerpunkt des Kreditportfolios der hsh pm liegt mit 63 % des Buchwerts im Segment Containerschifffahrt.

Neben der Konzentration auf das Marktsegment Schifffahrt weist das Kreditportfolio eine hohe Adressenkonzentration auf wenige Kreditnehmereinheiten auf. So entfallen auf die zehn größten Kreditnehmereinheiten rund 70 % des Buchwerts. Der wirtschaftliche Sitz der Kreditnehmer liegt sowohl bezogen auf den ausstehenden Kreditbetrag (90 %) als auch bezogen auf den Buchwert (95 %) überwiegend in Europa, so dass das Länderrisiko der hsh pm eher gering ist.

Die weitere Entwicklung des Portfolios und dessen Abbau werden maßgeblich von der Entwicklung der Marktparameter und der gesamtwirtschaftlichen konjunkturellen Lage beeinflusst. Diese spiegeln sich im Fortbestehen und in der Steigerung von Überkapazitäten auf den Schiffsmärkten wider. Daher können Zeitpunkt und Umfang der Markterholung die Sanierungsfähigkeit einzelner Kreditengagements beeinflussen. Die Entwicklungen des Marktumfelds werden in der Abwicklungsplanung berücksichtigt. Die Abwicklungsplanung wird mindestens jährlich aufgestellt bzw. fortgeschrieben. Die Umsetzung und Erfolge der Abwicklungsplanung werden vierteljährlich überwacht.

Die Marktpreisrisiken der hsh pm sind mit einem BPV-Wert in Höhe von 60,1 Tsd. Euro in Relation zum Gesamtvolumen der Aktiva und Passiva gering. Zum Stichtag 31. Dezember 2017 ist das Zinsänderungsrisiko somit aus Risikosicht nicht von entscheidender Bedeutung.

Rund 99 % der Kredite sind US-Dollar-basiert. Entsprechend ist die Refinanzierung größtenteils in US-Dollar erfolgt. Das Währungsrisiko zum Stichtag 31. Dezember 2017 in Höhe von 1,3 Mio. Euro ist aus Risikosicht eher gering.

Die hsh pm ist zum Berichtsstichtag mit ausreichend Liquidität versorgt. Zusätzlich zur Liquidität aus marktüblichen Liquiditätsbeschaffungsinstrumenten stehen der hsh pm im Bedarfsfall umfangreiche Liquiditätshilfen des Landes Schleswig-Holstein und der Freien und Hansestadt Hamburg zur Verfügung.

Im Kalenderjahr 2017 ist ein Schaden in Höhe von ca. 4,7 Mio. Euro entstanden. Weitere unmittelbar wirkende Schäden, die die Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. Dezember 2017 tangieren, lagen nicht vor.

Im Rahmen der Risikoinventur für operationelle Risiken wurden Auslagerungs-, IT-, Modell- und Personalrisiken als relevant identifiziert, analysiert und hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und ihres potenziellen Schadensvolumens entsprechend beurteilt. Zur Bewertung und Steuerung operationeller Risiken ist eine zentrale Schadensfalldatenbank installiert, in der die eingetretenen Schäden ad hoc erfasst und verwaltet werden.

4. CHANCENBERICHT

Der fortschreitende Abbau von Überkapazitäten hat im Vorjahr dazu geführt, dass es in den meisten Größenklassen der Container- und Bulkschifffahrt zu teilweise deutlichen Erholungen der Charraten und Secondhandpreise gekommen ist. Auf den Tankermärkten kam es hingegen noch zu keiner Verbesserung. Für die insgesamt positive Entwicklung war auch verantwortlich, dass die Neubauaktivität auf einem geringen Niveau verharrte. Dies schaffte bei den Marktteilnehmern Vertrauen in eine mittelfristig stabilere Zukunft.

Zwar wurden in der zweiten Jahreshälfte 2017 wieder Neubauten in nennenswertem Umfang kontrahiert, gleichwohl stehen die Orderbücher im Verhältnis zur fahrenden Flotte weiter auf einem Niveau, das unterhalb der langjährigen Durchschnitte liegt. In der Containerschifffahrt konzentriert sich die Kapazität im Orderbuch zudem auf sehr große Containerschiffe, die nicht in direkter Konkurrenz zu den im Portfolio der hsh pm vertretenen Containerschiffen stehen.

Allgemein kann in Schifffahrtsmärkten mit bereits hoher Flottenauslastung schon eine recht geringe Erhöhung der Auslastung zu einem deutlichen Anstieg der Charraten führen. Dies gilt vor allem dann, wenn zu einer gegebenen Zeit in einem Fahrtgebiet im Chartermarkt keine Schiffe mehr zur Verfügung stehen. Zum Ende des Jahres 2017 war in den meisten Größenklassen der Container- und Bulkschifffahrt bereits eine sehr hohe Auslastungsquote gegeben. Es gab kaum noch längerfristig beschäftigungslos aufliegende Schiffe. Es ist möglich, dass sich in 2018 die Nachfrage geringfügig besser entwickelt und / oder das Angebotswachstum geringer als bisher prognostiziert ausfällt. Diese Entwicklungen würden dazu führen, dass sich die Flottenauslastung weiter verbessert und die Charraten sowie in der Folge auch die Secondhandpreise besser entwickeln, als im Prognosebericht dargestellt. In der Tankschifffahrt wurde bislang noch keine Auslastungsquote erreicht, die schon bei geringfügigen Verbesserungen im Jahr 2018 einen deutlichen Anstieg der Charraten erwarten lässt. Gleichwohl würde auch hier ein schnellerer Abbau der Überkapazitäten zu tendenziell festeren Chartermärkten führen.

Die beschriebenen Effekte hätten für die hsh pm verschiedene positive Auswirkungen. Bei anhaltend höheren Charraten verbessern sich die Aussichten auf die Bedienung der ausstehenden Forderungen. Zum anderen könnten sich auch die Preise für Secondhandtonnage positiv entwickeln. Dadurch könnten sich für die Kreditnehmer Möglichkeiten ergeben, mehr Liquidität als bisher geplant zur Ablösung der Darlehen durch Schiffsverkäufe zu generieren. Beide Effekte würden tendenziell zu einer Beschleunigung des Abbaus des Kreditportfolios gemäß Abwicklungsplanung führen.

5. PROGNOSEBERICHT

Für 2018 wird ein Weltwirtschaftswachstum von 3,7 % erwartet nach 3,6 % im Vorjahr. Der gesamte Seehandel in Tonnen dürfte in 2018 um etwa 3,6 % wachsen, dieses wäre der zweithöchste jährliche Zuwachs seit 2012 (2017: 4,1 %). Der grundsätzlich positive Ausblick unterstellt jedoch, dass es zu keinen Schocks durch Eskalation der diversen schwelenden internationalen Krisen kommt.

Die Einzelsegmente Container- und Bulkschifffahrt verzeichneten im Vorjahr zum Teil deutliche Verbesserungen auf den Charter- und Gebrauchtmärkten, und 2018 kann durch erwartete Nachfrageüberschüsse mit weiteren Steigerungen gerechnet werden. Allerdings gibt es innerhalb dieser Segmente unterschiedliche Erwartungen je nach Schiffsgröße. Auf dem Tankermarkt ist 2018 noch keine signifikante Verbesserung zu erwarten, auch wenn das Nachfragewachstum die Angebotserhöhung voraussichtlich überschreiten wird.

5.1 CONTAINERSCHIFFFAHRT

Für die Containerschifffahrt wird 2018 eine Zunahme der gesamten Transportkapazitäten (TEU) um ca. 4,0 % und ein Nachfragewachstum (TEU) von ca. 5,0 % erwartet, so dass die Überkapazitäten im Markt voraussichtlich weiter schrumpfen werden.

Die Tonnagesteigerung wird 2018 zu über 80 % durch Ablieferungen weiterer Großcontainerschiffe mit einer Stellplatzkapazität zwischen 9.400 TEU und 21.400 TEU ausgelöst. Insgesamt werden voraussichtlich ca. 223 Containerschiffe abgeliefert, davon 76 Schiffe mit einer Kapazität über 9.400 TEU. 2017 wurden 150 Schiffe abgeliefert, davon 62 Schiffe über 9.400 TEU. In Anbetracht der sich voraussichtlich verbessernden Marktlage ist davon auszugehen, dass 2018 weniger Kapazität als in den Vorjahren ausgemustert wird – prognostiziert wird ein Verschrottungsvolumen von ca. 300.000 bis ca. 400.000 TEU, 2017 wurden ca. 420.000 TEU ausrangiert. Der Marktanteil der kleineren Größenklassen wird sehr wahrscheinlich weiter schrumpfen, auch da diese Schiffe vergleichsweise alt sind und somit ein größeres Abwrackpotenzial besteht. Der Anteil von Containerschiffen im Portfolio der hsh pm beläuft sich auf ausschließlich kleine und mittlere Größenklassen von 300 TEU bis 8.800 TEU.

Stärkstes Handelswachstum wird 2018 für den intraregionalen Handel mit 5,9 % prognostiziert, gefolgt von der globalen sekundären Nord-Süd-Route mit einer erwarteten Erhöhung von 5,2 %. Ein weiterhin schwelendes Risiko für die Nachfrageentwicklung ist die geplante Ausweitung von Strafzöllen auf US-Importe. Derartige Handelshemmnisse würden zwischen den betroffenen Regionen insbesondere Containertransporte negativ beeinflussen.

Zusammenfassend sprechen die fundamentalen Marktdaten für eine weitere leichte Verbesserung der Marktlage im Jahr 2018, allerdings ist der Ausblick mit größeren Unsicherheiten in Hinblick auf Wirtschaft und Politik behaftet.

5.2 TANKSCHIFFFAHRT

Für den gesamten Ölmarkt wird 2018 im Vergleich zum Vorjahr ein Nachfragewachstum von 1,2 % erwartet, während die Fördermenge um ca. 2 % steigen dürfte. Voraussichtlich wird die Nachfrage wesentlich durch Nicht-OECD-Staaten des asiatischen Raums getrieben. Eingeschränkt wird das Nachfragewachstum durch voraussichtlich anhaltend höhere Ölpreise. Auf der Angebotsseite nimmt die OPEC eine wichtige Rolle ein, die auch im Jahr 2018 an der Drosselung der Fördermengen festhalten will. Der Anteil von US-Ölexporten am Gesamtmarkt wird in 2018 prognosegemäß steigen, wohingegen der US-Eigenbedarf zunehmend durch Eigenproduktion gedeckt wird.

Bei reiner Betrachtung der Tankschiffahrt wird für das Jahr 2018 zwar mit einem Abbau bestehender Überkapazitäten gerechnet, aber noch nicht in dem Umfang, dass mit signifikanten Verbesserungen von Charraten und Secondhandpreisen gerechnet werden kann. Auf der Angebotsseite steht nach wie vor eine große Anzahl bevorstehender Ablieferungen, die die Rohöltankerkapazität um voraussichtlich ca. 3,9 % und die Produktentankerkapazität um voraussichtlich 2,2 % erhöhen werden. Das Nachfragewachstum wird mit ca. 5,0 % für Rohöltanker und mit ca. 3,7 % für Produktentanker prognostiziert.

Im Ergebnis dürften die Charraten und die Secondhandpreise im Jahr 2018 weiter unter Druck bleiben. Die fundamentalen Daten sprechen für eine vergleichsweise bessere Entwicklung der Produktentankermärkte. Das Tankerportfolio der hsh pm besteht weit überwiegend aus Produktentankern.

Für 2018 kann aufgrund der bestehenden Überkapazitäten mit noch keiner signifikanten Verbesserung von Charraten und Secondhandpreisen gerechnet werden, auch wenn die Nachfrageseite die des Angebots voraussichtlich überschreiten wird.

5.3 BULKSCHIFFFAHRT

2018 wird ein globales Nachfragewachstum nach Bulkverschiffungen von 2,8 % erwartet, die Bulkerflotte wird im selben Zeitraum voraussichtlich um 1,4 % steigen.

Die Flottenzunahme wird 2018 wesentlich durch große Größenklassen wie Capesize-Bulker getrieben. Die platzierten Neubestellungen des Vorjahres stehen in 2018 noch nicht zur Ablieferung an. In 2018 werden voraussichtlich 373 Bulker mit einer Gesamttonnage von ca. 35 Mio DWT abgeliefert, im Mittel haben diese Schiffe eine Kapazität von ca. 94.000 DWT.

Auf der Nachfrageseite wird das Wachstum wesentlich durch den asiatischen Raum bestimmt, allein China hat einen Nachfrageanteil von mehr als 73 % am bedeutendsten Schüttgut Eisenerz. Für 2018 wird dort eine weitere Nachfragesteigerung von ca. 4,0 % prognostiziert. Allerdings könnte der durch die chinesische Führung beabsichtigte und eingeleitete Wandel von weniger Investitionen hin zu mehr privatem Konsum und Dienstleistungen die chinesischen Importe zukünftig abschwächen und so erheblichen Einfluss auf das Marktgleichgewicht nehmen. Folglich existieren auch Analysen, die eine Abschwächung der

chinesischen Eisenerznachfrage prognostizieren. Die sogenannten Minor Bulks (z. B. Stahlprodukte, Forstprodukte, Düngemittel u. v. a.) sind weniger abhängig von einzelnen Volkswirtschaften, für diese Segmente wird ein Nachfragewachstum von ca. 3,0% im Jahr 2018 erwartet.

Zusammenfassend kann im Bulkersegment in 2018 mit einer weiteren leichten Steigerung von Charterraten und Secondhandpreisen gerechnet werden, da die Überkapazitäten durch Verschrottungen und steigende Nachfrage voraussichtlich weiter abnehmen werden.

5.4 AUSWIRKUNGEN AUF DIE HSH PM

Die Auswirkungen der makroökonomischen Prognosen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der hsh pm lassen sich nur schwer quantifizieren. Die folgenden Aussagen sind daher mit Unsicherheiten behaftet und nur bedingt aussagekräftig.

Für das Gesamtjahr 2018 erwartet die hsh pm aufgrund der seit dem zweiten Halbjahr 2017 beobachteten positiven Tendenzen eine leichte Verbesserung der Schifffahrtsmärkte. Daher geht die hsh pm davon aus, dass sich die angespannte wirtschaftliche Lage der Kreditnehmer tendenziell positiver als in den Vorjahren entwickeln wird. Aufgrund dessen erwartet die hsh pm für das Gesamtjahr 2018 einen Anstieg der Kapitaldienstleistungen ihrer Kreditnehmer. Die weiteren Maßnahmen des Portfolioabbaus, wie Restrukturierungen und die Verwertung von Kreditsicherheiten, werden im Jahr 2018 weiter voranschreiten. Mit einer weiteren Verbesserung der Schifffahrtsmärkte erwartet die hsh pm 2018 einen Abbau des Kreditportfolios über Vorjahresniveau, der allerdings wesentlich von der eintretenden Marktentwicklung bestimmt werden wird.

Die Finanzlage des Jahres 2018 wird durch verstärkte Geldmarktaktivitäten im Rahmen des ECP-Programms sowie die weitere Verbesserung der Refinanzierungskostenbasis geprägt sein.

Die vereinnahmten Zinserträge werden sich im Jahr 2018 gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich auf einem höheren Niveau bewegen, da die sich abzeichnende positivere Marktentwicklung höhere Zinszahlungen durch Kreditnehmer erwarten lässt. Zinsaufwendungen werden im Jahr 2018 planerisch leicht unterhalb des Vorjahresniveaus anfallen. Hierbei besteht allerdings das Risiko weiter steigender variabler Refinanzierungszinssätze (Libor), die zu gegenüber dem Plan höheren Zinsaufwendungen führen könnten.

Der Personalaufwand wird sich im Wesentlichen aufgrund des im Jahr 2017 erfolgten sukzessiven Mitarbeiteraufbaus weiter erhöhen. Der Mitarbeiteraufbau wird 2018 größtenteils abgeschlossen sein. Demgegenüber wird erwartet, dass sich die anderen Verwaltungsaufwendungen aufgrund des weitgehend beendeten Aufbaus der hsh pm deutlich reduzieren und den Anstieg des Personalaufwands mehr als kompensieren. Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen dürften somit gegenüber dem Vorjahr nennenswert zurückgehen.

Die Entwicklung der Risikovorsorge ist im Wesentlichen von den Erwartungen zur Entwicklung der weiterhin als volatil einzuschätzenden Schiffahrtsmärkte abhängig. Der leichten Verbesserung des Ausblicks auf die Schiffahrtsmärkte und damit einhergehenden tendenziell positiveren Entwicklung der Kreditnehmer steht die Alterung des Sicherheitenportfolios entgegen. In Summe muss mit der Bildung weiterer Risikovorsorge gerechnet werden. Dies könnte im Jahr 2018 einen Jahresfehlbetrag nach sich ziehen, der leicht über dem Niveau des Vorjahres liegen wird.

6. INTERNES KONTROLL- UND RISIKOMANAGEMENTSYSTEM IN BEZUG AUF DEN RECHNUNGSLEGUNGSPROZESS

Das interne Kontrollsystem (IKS) umfasst die Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherstellung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit des Rechnungslegungsprozesses. Es ist auf eine Begrenzung der operationellen Risiken ausgerichtet. Mit dem IKS werden die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung und die Einhaltung der maßgeblichen gesetzlichen und regulatorischen Vorschriften gewährleistet und Verstöße gegen Rechnungslegungsnormen mit hinreichender Sicherheit vermieden. Das implementierte IKS hat zudem das Ziel einer sach- und termingerechten Informationsbereitstellung für die Berichtsadressaten.

Die Prozesse, die zur Erstellung von abschlussrelevanten Daten notwendig sind, wurden bzw. werden in allen Fachbereichen dokumentiert und zur Risikomitigation mit präventiven und detektiven Kontrollen entsprechend den übergeordneten Kontrollzielen unterlegt. Die Prozesse und die dazugehörigen Kontrollen wurden in 2017 umfangreich weiterentwickelt.

Die stringente Anwendung des IKS sichert eine angemessene, nicht aber absolute Sicherheit, um potenzielle Fehler in Abschlüssen zu vermeiden.

6.1 RISIKEN IM HINBLICK AUF DEN RECHNUNGSLEGUNGSPROZESS

Die Risiken im Rechnungslegungsprozess bestehen darin, dass Abschlüsse aufgrund unbeabsichtigter Fehler oder vorsätzlichen Handelns (Betrug) ein nicht den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermitteln und / oder dass ihre Veröffentlichung verspätet erfolgt und / oder dass die Buchhaltung nicht den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchhaltung (GoB) entspricht. Diese Risiken können das Vertrauen in die hsh pm beeinträchtigen (Reputationsschaden) und gegebenenfalls Sanktionen der Bankenaufsicht nach sich ziehen.

Die Rechnungslegung vermittelt kein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, wenn im Abschluss enthaltene Zahlen oder Angaben im Anhang wesentlich von den korrekten Angaben abweichen. Abweichungen werden als wesentlich eingestuft, wenn sie einzeln oder insgesamt die auf Basis des Abschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Abschlussadressaten beeinflussen könnten.

6.2 WESENTLICHE AUSLAGERUNGEN IN BEZUG AUF DEN RECHNUNGSLEGUNGSPROZESS

Die hsh pm hat wesentliche Teile des Rechnungswesens ausgelagert:

- / Die Darlehensbuchhaltung für das Mitte 2016 übernommene Kreditportfolio wird durch die HSH Nordbank AG mittels des integrierten Gesamtbanksystems FusionBanking Midas des Unternehmens Finastra (ehemals Misys) durchgeführt.
- / An die Revisions- und Treuhand-Kommanditgesellschaft (RuT), Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Kiel, wurden folgende Aufgaben vergeben:
 - die Führung der Hauptbücher
 - die laufende Finanzbuchhaltung
 - die Debitoren- und Kreditorenbuchhaltung
 - die Anlagenbuchhaltung
 - die Erstellung der Steuerbilanz und -erklärung sowie
 - die Lohn- und Gehaltsbuchhaltung

Für die Auslagerung wird die Software „Kanzlei-Rechnungswesen pro“ und „Lodas“ der DATEV eG, Nürnberg, genutzt. Des Weiteren wirkt RuT bei der Erstellung der Quartalsberichte und Jahresabschlüsse der hsh pm mit und erstellt auf Anforderung Vermerke zu einzelnen Fragestellungen in Bezug auf die Rechnungslegung.

Die Auslagerungen haben maßgebliche Relevanz für den Rechnungslegungsprozess und das rechnungslegungsbezogene IKS.

Zur Mitigation der Risiken im Rechnungslegungsprozess mit Auslagerungsbezug wurden von der hsh pm im Laufe des Geschäftsjahres bzw. während der Aufstellung des Jahresabschlusses 2017 weitere Maßnahmen implementiert.

Es wird auf die Ausführungen im Risikobericht, Abschnitt „Operationelle Risiken – Auslagerungen“ verwiesen.

6.3 ORGANISATION DES INTERNEN KONTROLLSYSTEMS

Der Vorstand ist für die Ordnungsmäßigkeit des Rechnungslegungsprozesses verantwortlich. Dazu hat die hsh pm im Jahr 2017 eine IKS-Instanz eingerichtet, die in der Abteilung Unternehmenssteuerung im Team Organisation angesiedelt ist. Sie hat am 1. Juli 2017 ihre Arbeit aufgenommen und stellt sicher, dass das rechnungslegungsbezogene IKS bei der hsh pm etabliert und regelmäßig weiterentwickelt wird. Dazu zählt auch die permanente Überwachung der Einhaltung der Rechnungslegungsvorschriften (nach HGB).

Der Neu-Produkt-Prozess (NPP) unter der Prozessverantwortung der Abteilung Risikocontrolling & strategische Abbauplanung erfolgt unter der Einbindung der Abteilung Treasury & Finanzen, um die rechnungslegungsbezogenen Risiken bei der Einführung neuer Produkte gemäß MaRisk (Mindestanforderungen an das Risikomanagement) angemessen zu berücksichtigen (Darstellbarkeit der Produkte in der Rechnungslegung).

Der grundlegende Aufbau der schriftlich fixierten Ordnung inklusive der Prozesslandkarten der einzelnen Fachabteilungen wurde mit Veröffentlichung und Inkraftsetzen des Organisationshandbuchs der hsh pm im Juli 2017 abgeschlossen. Die Leitungsorgane der einzelnen Fachabteilungen sind gemäß dieser schriftlich fixierten Ordnung für die Erhebung der Risiken, die Identifikation der Kontrollerfordernisse und die Ausführung der Kontrollen verantwortlich. Der schriftlich definierte Prozessverantwortliche ist für die Kontrollbeschreibungen und die Kontrolldurchführung zuständig.

Das IKS-Rahmenwerk der hsh pm sieht vor, dass einmal im Jahr der IKS-Regelkreis entsprechend den Vorgaben des Vorstands durchlaufen wird. Dieser wurde im vierten Quartal 2017 erstmalig in großen Teilen durchgeführt und abgeschlossen. 2018 sollen die nicht getesteten Fachbereiche den IKS-Regelkreislauf durchlaufen.

Im IKS-Regelkreislauf wurden die geschäftskritischen Prozesse, Schlüsselrisiken und -kontrollen identifiziert und gegebenenfalls weitere Maßnahmen für den IKS-Regelkreis abgeleitet.

Nach Abschluss des IKS Regelkreislaufes 2017 wurde für jede Fachabteilung ein Maßnahmenplan erarbeitet und vom Vorstand verabschiedet. Dieser sieht u. a. vor, weitere Prozesse zu implementieren, bestehende Prozesse und IKS-Kontrollen zu schärfen. Außerdem wurde mit den Prozessverantwortlichen festgelegt, welche Schwerpunkte im IKS Regelkreislauf 2018 getestet werden.

6.4 KONTROLLEN ZUR MINIMIERUNG DES RISIKOS VON FEHLERN IN DER RECHNUNGSLEGUNG

Das rechnungslegungsbezogene IKS der hsh pm verfügt über eine angemessene Anzahl von internen Kontrollen. Die Kontrollen erfolgen posten- und risikoorientiert. Hierbei wird das Vier-Augen-Prinzip angewendet.

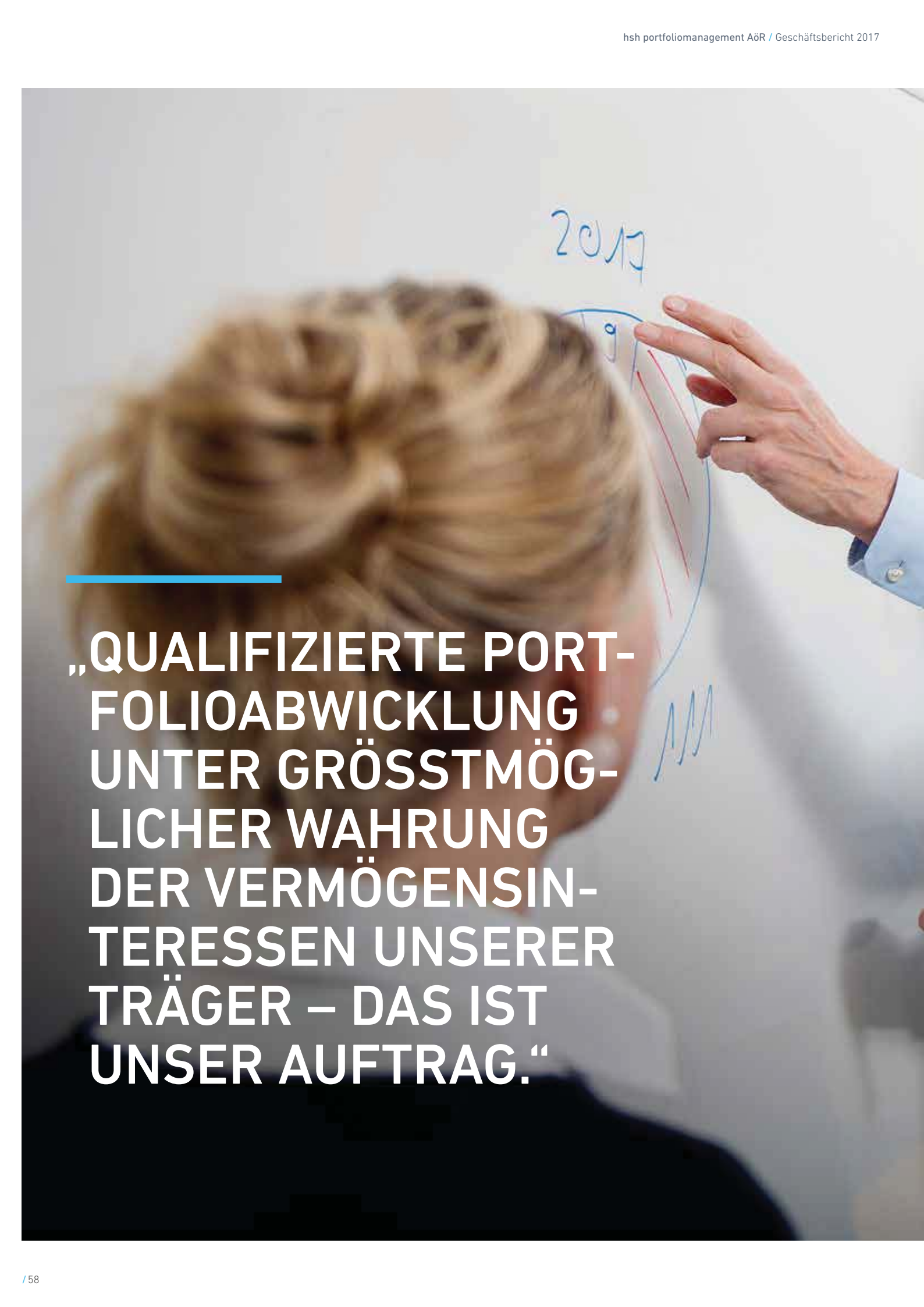
Die Angemessenheit und Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen IKS der HSH Nordbank AG in Bezug auf die outsourcing-relevanten Sachverhalte wurde durch die von der hsh pm beauftragte KPMG Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft einer betriebswirtschaftlichen Prüfung nach ISAE 3000 unterzogen. Der Dienstleister HSH Nordbank AG hat ebenfalls ein angemessenes rechnungslegungsbezogenes IKS implementiert, von dessen Wirksamkeit sich die hsh pm unter Einsichtnahme der ihr vorliegenden Dokumente und Informationen überzeugt hat.

Die vertraglichen Regelungen mit der RuT und deren interne Organisation stellen ebenfalls ein funktionierendes IKS bei dieser sicher. Hiervon hat sich die hsh pm auf Basis des Prüfungsberichts nach IDW PS 951 n.F. der PKF FASSELT SCHLAGE, Partnerschaft mbB Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und diverser Gespräche überzeugt.

Die Kontrollen gewährleisten ein angemessenes und wirksames IKS in Bezug auf Vollständigkeit, Richtigkeit und Autorisierung einschließlich Zugriff auf rechnungslegungsbezogene Daten.

6.5 INTERNE REVISION

Die Interne Revision wurde als eigenständige und unabhängige Stelle im zweiten Halbjahr 2016 implementiert. Sie hat unmittelbar ihre Prüfungstätigkeit aufgenommen. Ihre Aufgabe ist es, die Einhaltung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorgaben, die Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit der Risikosteuerung und des IKS sowie die Ordnungsmäßigkeit der Bearbeitung systematisch und regelmäßig zu prüfen und die Behebung der getroffenen Prüfungsfeststellungen zu überwachen.

A woman with blonde hair is looking at a whiteboard. A hand is pointing to a diagram on the whiteboard. The diagram consists of a circle with a vertical line through it, and some handwritten text and lines. The year '2017' is written at the top of the circle. The text on the whiteboard is: „QUALIFIZIERTE PORTFOLIOABWICKLUNG UNTER GRÖSSTMÖGLICHER WAHRUNG DER VERMÖGENSINTERESSEN UNSERER TRÄGER – DAS IST UNSER AUFTRAG.“

2017

„QUALIFIZIERTE PORTFOLIOABWICKLUNG UNTER GRÖSSTMÖGLICHER WAHRUNG DER VERMÖGENSINTERESSEN UNSERER TRÄGER – DAS IST UNSER AUFTRAG.“



PASSIVSEITE

in Euro	31.12.2017	31.12.2016
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
a) täglich fällig	210.175,35	5.007.719,16
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	639.169.377,70	2.346.808.743,98
	639.379.553,05	2.351.816.463,14
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
andere Verbindlichkeiten		
a) täglich fällig	0,00	0,00
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	17.228,22	5.005.348,36
	17.228,22	5.005.348,36
3. Verbriefte Verbindlichkeiten		
begebene Schuldverschreibungen	1.653.564.020,91	250.012.986,11
4. Sonstige Verbindlichkeiten	5.534.514,47	9.289.016,44
5. Rechnungsabgrenzungsposten	272.008,21	808.943,54
6. Rückstellungen		
andere Rückstellungen	5.792.583,02	9.296.784,28
7. Eigenkapital		
a) Bilanzverlust	-549.750.974,03	-505.323.128,41
b) Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	549.750.974,03	505.323.128,41
	0,00	0,00
SUMME DER PASSIVA	2.304.559.907,88	2.626.229.541,87
Andere Verpflichtungen		
Unwiderrufliche Kreditzusagen	5.907.612,77	5.379.535,49

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

für die Zeit vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2017

in Euro	01.01.–31.12.2017	19.01.–31.12.2016
1. Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften darunter: abgesetzte negative Zinsen 120.913,76 Euro (Vorjahr: 294.877,12 Euro)	35.075.457,18	19.850.230,01
2. Zinsaufwendungen darunter: abgesetzte positive Zinsen 346.711,36 Euro (Vorjahr: 82.703,14 Euro)	-34.205.621,87	-14.118.497,28
	869.835,31	5.731.732,73
3. Provisionserträge	1.092.411,79	207.918,77
4. Provisionsaufwendungen	-1.394.184,06	-5.491.655,90
	-301.772,27	-5.283.737,13
5. Sonstige betriebliche Erträge	1.794.133,26	25.612,00
6. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		
a) Personalaufwand		
aa) Löhne und Gehälter	-5.065.629,00	-1.948.145,66
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung 223.361,53 Euro (Vorjahr: 67.949,28 Euro)	-877.642,49	-282.496,26
	-5.943.271,49	-2.230.641,92
b) andere Verwaltungsaufwendungen	-28.394.719,61	-27.903.752,77
	-34.337.991,10	-30.134.394,69
7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	-61.850,97	-31.682,94
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-9.944.925,89	-5.556.816,91
9. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rück- stellungen im Kreditgeschäft	-2.444.126,65	-470.073.444,67
10. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	-44.426.698,31	-505.322.731,61
11. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 8 ausgewiesen	-1.147,31	-396,80
12. JAHRESFEHLBETRAG	-44.427.845,62	-505.323.128,41
13. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-505.323.128,41	0,00
14. BILANZVERLUST	-549.750.974,03	-505.323.128,41

„TRANSPARENZ
BEGINNT BEI UNS IM
OFFENEN DIALOG.
DIESEN SUCHEN WIR –
MIT UNSEREN KOLLE-
GEN, TRÄGERLÄNDERN,
PARTNERN UND DER
ÖFFENTLICHKEIT.“



ANHANG

ALLGEMEINE ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN

Die hsh pm und ihre Träger

Die hsh portfoliomanagement AöR (hsh pm), Kiel, wurde mit Inkrafttreten des Staatsvertrags zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein am 22. Dezember 2015 als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts nach § 8b des Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetzes errichtet.

Die hsh pm gilt nicht als Kreditinstitut oder Finanzdienstleistungsinstitut und betreibt keine Geschäfte, die einer Zulassung durch nationale oder internationale Aufsichtsbehörden bedürfen.

Träger der hsh pm sind zu gleichen Teilen die Freie und Hansestadt Hamburg und das Land Schleswig-Holstein. Die konstituierende Sitzung der Trägerversammlung erfolgte am 19. Januar 2016.

Die Eintragung der hsh pm in das Handelsregister beim Amtsgericht Kiel unter HRA 9377 KI erfolgte am 8. Juni 2016.

ALLGEMEINE ANGABEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG

Die hsh pm stellt gemäß § 2 Absatz 7 des Staatsvertrags und § 18 Absatz 2 der Satzung innerhalb der ersten drei Monate nach Abschluss eines Geschäftsjahres einen Jahresabschluss und einen Lagebericht auf.

Eine Konzernrechnungslegungspflicht besteht nicht. Das Publizitätsgesetz findet keine Anwendung.

Der Jahresabschluss der hsh pm wurde in Übereinstimmung mit § 18 Abs. 2 der Satzung nach den Vorschriften der §§ 242 ff. HGB für große Kapitalgesellschaften, den ergänzenden Vorschriften für Kreditinstitute gemäß §§ 340 ff. HGB sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 besteht aus einer Bilanz zum 31. Dezember 2017, einer Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie einem Anhang. Darüber hinaus wurde der Jahresabschluss entsprechend § 264d HGB um eine Kapitalflussrechnung und einen Eigenkapitalspiegel erweitert. Die hsh pm gilt als kapitalmarktorientiertes Unternehmen, da sie im Geschäftsjahr 2017 eine Zulassung zum geregelten Markt erhalten und im zweiten Halbjahr 2017 Inhaberschuldverschreibungen emittiert hat, die im geregelten Markt der Luxemburger Börse notiert sind.

Darüber hinaus wurde ein Lagebericht erstellt.

Als Vergleichszahlen für die Bilanz wurden die Werte des Bilanzstichtags 31. Dezember 2016 herangezogen. Hinsichtlich der Gewinn- und Verlustrechnung wurde der Vorjahresvergleichszeitraum des Rumpfgeschäftsjahres (19. Januar–31. Dezember 2016) verwendet.

Die Vergleichbarkeit der GuV-Zahlen ist nur eingeschränkt gegeben, da die hsh pm mit der Übernahme des Portfolios ihre operative Tätigkeit erst am 30. Juni 2016 begonnen hat.

Für die Gliederung der Bilanz hat die hsh pm das Formblatt 1 und für die Gewinn- und Verlustrechnung das Formblatt 3 (Staffelform) gemäß § 2 Absatz 1 RechKredV verwendet.

Im Anhang können in den tabellarischen Darstellungen Rundungsdifferenzen in Höhe von \pm einer Einheit (Euro) auftreten.

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Der Ansatz der Vermögensgegenstände, der Schulden und der Rechnungsabgrenzungsposten erfolgt nach den §§ 246 ff. und 340 ff. HGB. Die Bewertung der Vermögensgegenstände, Schulden und schwebenden Geschäfte erfolgt nach den Grundsätzen der §§ 252 ff. HGB in Verbindung mit den §§ 340e ff. HGB.

Das Kreditportfolio wurde bei Zugang vollständig dem Umlaufvermögen zugeordnet und wird im Posten Forderungen an Kunden ausgewiesen. Übernommene Salden von Kontokorrentkrediten waren im Jahresabschluss 2016 im Posten Forderungen an Kreditinstitute enthalten. Am 31. März 2017 erfolgte die dingliche Übertragung der vonseiten der HSH Nordbank AG, Hamburg / Kiel, gekündigten Kontokorrentkredite, die ab diesem Stichtag in der Position Forderungen an Kunden (zuvor unter Forderungen an Kreditinstitute) ausgewiesen werden. Die Zuordnung zum Umlaufvermögen erfolgte unabhängig von der Restlaufzeit der übernommenen Forderungen, da diese Forderungen für Zwecke ihrer Weiterveräußerung erworben wurden und nicht dauerhaft dem Geschäftsbetrieb dienen sollen.

Forderungen werden mit ihrem Nennwert bzw. mit den niedrigeren Anschaffungskosten ausgewiesen und gegebenenfalls um zu bildende Einzel- und Pauschalwertberichtigungen vermindert. Die zum Bilanzstichtag ermittelten anteiligen werthaltigen Zinsen werden mit der zugrunde liegenden Forderung ausgewiesen.

Ermittlung der Anschaffungskosten für die übernommenen Schiffsfinanzierungen

Für die zum 30. Juni 2016 übernommenen, überwiegend notleidenden Kredite wurden ausgehend von der Gegenleistung zur Übernahme des Portfolios in Höhe von ca. 2,4 Mrd. Euro die Anschaffungskosten für jeden einzelnen Kredit abgeleitet. Da der Wert der übernommenen Kredite weit überwiegend von der Fähigkeit der Kreditnehmer abhängt, aus dem Betrieb der als Kreditsicherheiten gestellten Schiffe den Kapitaldienst zu erwirtschaften, hat die hsh pm eigene Untersuchungen zur Fortführungsfähigkeit der Schiffe innerhalb der bestehenden Finanzierungen angestellt. Daneben wurden Einschätzungen eines anerkannten externen Prognoseanbieters über die Entwicklung der Schifffahrtsmärkte für bestimmte Schiffsklassen (Benchmarkschiffe) zugrunde gelegt, wie sie zum Zeitpunkt der Übernahme des Portfolios bestanden. Hierbei

wurden individuellen Besonderheiten der als Sicherheit dienenden Schiffe durch Anpassung der für die Benchmarkschiffe verfügbaren Prognosewerte Rechnung getragen. Die Anpassungsfaktoren wurden aus historischen Informationen aus dem Schiffsbetrieb abgeleitet.

In den Fällen, in denen eine Fortführungsfähigkeit der Schiffssicherheiten innerhalb des bestehenden Finanzierungszeitraums angenommen werden konnte, wurden die erwarteten diskontierten zukünftigen Überschüsse der Schiffssicherheiten aus dem Schiffsbetrieb zur Ermittlung der Anschaffungskosten auf Kreditnehmerebene herangezogen. In den Fällen, in denen eine Fortführungsfähigkeit der Schiffssicherheiten nicht angenommen wurde, wurden die erwarteten Erlöse aus der Verwertung der Schiffssicherheiten (Marktwert) abzüglich eines Abschlags für voraussichtlich anfallende Veräußerungsnebenkosten zugrunde gelegt, um die Anschaffungskosten auf Kreditnehmerebene abzuleiten. Bei der Ermittlung der Anschaffungskosten auf Kreditnehmerebene wurden außerdem vorrangige Kredittranchen und Konsortialanteile anderer Banken in Abzug gebracht. Zur Ermittlung der erwarteten zukünftigen Überschüsse aus dem Schiffsbetrieb wurden Charterratenprognosen eines Marktdatenanbieters herangezogen. Grundlage für die Marktwerte waren – je nach Verfügbarkeit – individuelle Gutachten anerkannter Schiffssachverständiger oder Marktpreisindikationen eines Marktdatenanbieters.

Die über die wie oben beschrieben ermittelten Werte je Kreditnehmer gerechneten Anteile am Gesamtwert des Portfolios wurden entsprechend dem Verhältnis von Bar- und Marktwert gewichtet und mit dem Gesamtaufpreis multipliziert. Krediten ohne werthaltige Besicherung wurden Anschaffungskosten von null beigemessen. Aus den so ermittelten Anschaffungskosten für alle Kredite an einen Kreditnehmer wurden die Anschaffungskosten je Kredit abgeleitet. Sofern mehrere Kredite eines Kreditnehmers durch dieselben Sicherheiten abgesichert werden, wurde die Reihenfolge der Bedienung der Kredite (sog. Wasserfall) bei der Ermittlung der Anschaffungskosten berücksichtigt.

Ermittlung der Anschaffungskosten übernommener strukturierter Finanzierungen (sog. Nautilus-Strukturen)

Da bei den sog. Nautilus-Strukturen die Finanzierung des Kreditnehmers in mehreren unterschiedlich besicherten Tranchen erfolgt, von denen einige Tranchen durch Drittbanken gehalten werden, wurden bei der Ermittlung der Anschaffungskosten vorrangige Forderungen der Drittbanken berücksichtigt. Zusätzlich wurden auch vorrangige Eigenkapitalverzinsungen und Verzinsungsansprüche Dritter bezogen auf einzelne Tranchen berücksichtigt.

Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen angemessen Rechnung getragen, die individuell für jeden Kunden auf Basis der Bewertung der von den Kreditnehmern gestellten Sicherheiten festgelegt wurden.

Bewertung der Schiffsfinanzierungen zum Bilanzstichtag

Die Bewertung der Schiffsfinanzierungen zum Bilanzstichtag erfolgte grundsätzlich nach derselben Methode wie sie auch bei der Ableitung der Anschaffungskosten für die einzelnen Schiffsfinanzierungen aus dem Gesamtkaufpreis zur Anwendung kam, wobei zusätzlich zwischenzeitliche Krediterhöhungen, Forderungsverzichte und Tilgungen berücksichtigt wurden. Die Einschätzungen zur Fortführungsfähigkeit der Schiffe innerhalb der bestehenden Finanzierung, zu deren wirtschaftlicher Nutzungsdauer sowie zu den erzielbaren zukünftigen Überschüssen aus dem Schiffsbetrieb wurden auf Basis von Analysen zum Bilanzstichtag (Fortführungsfähigkeit / Nutzungsdauer) bzw. zum vierten Quartal 2017 von einem anerkannten Marktdatenanbieter für Benchmarkschiffe veröffentlichte Prognosen zur zukünftigen Entwicklung der erzielbaren Überschüsse aus dem Schiffsbetrieb aktualisiert. Schiffe, für die zum 31. Dezember 2017 keine positive Fortführungsprognose bestand, sind mit ihrem Marktwert abzüglich eines Abschlags für voraussichtlich anfallende Veräußerungsnebenkosten bewertet worden. Die sogenannten Nautilus-Strukturen wurden je Struktur auf Basis von individuellen Berechnungen analog zum Vorgehen bei der Ermittlung der Anschaffungskosten abgeleitet.

Soweit Überschüsse aus dem Schiffsbetrieb prognostiziert wurden, wurden diese sowohl bei der Ermittlung der Anschaffungskosten als auch bei der Bewertung zum Abschlussstichtag mit einem risiko- und laufzeitspezifischen Kapitalisierungszinssatz auf den jeweiligen Stichtag diskontiert. Der jeweilige Diskontierungszinssatz ergibt sich, in Abhängigkeit der wirtschaftlichen Nutzungsdauer des Schiffs, aus dem Drei-Monats-US-Dollar-LIBOR zuzüglich eines marktadäquaten Risikoaufschlags.

Die im Zusammenhang mit der Bewertung der Darlehen notwendigen Annahmen und Schätzungen beruhen teilweise auf subjektiven Beurteilungen und sind zwangsläufig mit Prognoseunsicherheiten behaftet. Somit können tatsächliche zukünftige Ereignisse von den Schätzungen abweichen. Dies kann sich nicht unerheblich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken.

Uneinbringliche Forderungen werden abgeschrieben.

Die Forderungen an Kreditinstitute werden mit ihrem Nennwert angesetzt.

Entgeltlich erworbene immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen werden entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben.

Die anderen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen auf der Grundlage einer vorsichtigen kaufmännischen Beurteilung mit dem notwendigen Erfüllungsbetrag. Die Abzinsung von Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr erfolgt auf Basis der von der Deutschen Bundesbank monatlich veröffentlichten Zinssätze.

Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt. Die zum Bilanzstichtag ermittelten anteiligen Zinsen werden mit der zugrunde liegenden Verbindlichkeit ausgewiesen.

Die Umrechnung von in fremden Währungen notierten Aktiv- und Passivposten in die Berichtswährung (Euro) erfolgt nach § 256a HGB in Verbindung mit § 340h HGB mit dem EZB-Referenzkurs vom 29. Dezember 2017. Auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände und Schulden werden je Währung gemäß § 340h HGB als besonders gedeckt eingestuft. Soweit eine besondere Deckung vorliegt, werden alle Aufwendungen und Erträge aus der Fremdwährungsumrechnung gemäß § 340h HGB in Verbindung mit der IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung „Besonderheiten der handelsrechtlichen Fremdwährungsumrechnung bei Instituten“ (IDW RS BFA 4) saldiert in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen / Erträgen ausgewiesen. Aufwendungen und Erträge in fremder Währung sind mit dem jeweiligen Tageskurs umgerechnet worden.

Die hsh pm steuert das allgemeine Zinsänderungsrisiko im Bankbuch zentral im Rahmen des Aktiv-Passiv-Managements. Der bestehende Refinanzierungsverbund wird hierzu hinsichtlich der Zinskomponente in seiner Gesamtheit betrachtet und stellt keine Bewertungseinheit im Sinne des § 254 HGB dar. Die Vorgaben des IDW RS BFA 3 zur verlustfreien Bewertung des Bankbuchs werden unter Berücksichtigung der bestehenden Anstaltslast und Gewährträgerhaftung beachtet.

Negativzinsen auf Aktivgeschäfte werden mit dem Zinsertrag, Negativzinsen auf Passivgeschäfte mit dem Zinsaufwand verrechnet. Uneinbringliche Zinserträge wurden nicht ertragswirksam vereinnahmt.

Die hsh pm macht von dem Wahlrecht zur Aktivierung latenter Steuern im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 keinen Gebrauch.

Die hsh pm macht von dem Wahlrecht nach § 340f Abs. 3 HGB in Verbindung mit § 32 Abs. 2 RechKredV Gebrauch („Überkreuzkompensation“).

Die Kapitalflussrechnung wurde nach dem Gliederungsschema der Anlage 2 (Besonderheiten der Kapitalflussrechnungen von Kreditinstituten und Finanzdienstleistungsinstituten) des DRS 21 erstellt.

Der Eigenkapitalspiegel wurde unter Berücksichtigung des DRS 22 erstellt.

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

1. Barreserve

Der Posten Barreserve entfällt in voller Höhe auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank in Höhe von 50,0 Mio. Euro (31. Dezember 2016: 15,5 Mio. Euro).

2. Forderungen an Kreditinstitute

in Tsd. Euro	31.12.2017	31.12.2016
täglich fällig	57.205	66.726
andere Forderungen	0	25.472
	57.205	92.198
Anteilige Zinsen	0	0
GESAMT	57.205	92.198
davon: nachrangige Forderungen	0	0
mit einer Restlaufzeit		
bis 3 Monate	0	25.472
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	0	0
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	0	0
mehr als 5 Jahre	0	0

Die am Vorjahresresultimo in dieser Position enthaltenen Forderungen an Kunden bzw. Vertragspartner der HSH Nordbank AG aus der Inanspruchnahme bestimmter laufender Kontokorrentkreditlinien in Höhe von 24,9 Mio. Euro, werden zum 31. Dezember 2017 unter den Forderungen an Kunden ausgewiesen. Grund hierfür ist die zum 31. März 2017 erfolgte dingliche Übertragung der vonseiten der HSH Nordbank AG gekündigten Kontokorrentlinien gemäß Portfolioübertragungsvertrag.

3. Forderungen an Kunden

in Tsd. Euro	31.12.2017	31.12.2016
GESAMT	1.643.483	2.012.614
davon:		
Anteilige Zinsen	304	34
Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	0	0
nachrangige Forderungen	0	0
täglich fällig	357.612	439.382
mit einer Restlaufzeit		
bis 3 Monate	49.920	16.180
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	44.291	69.922
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	493.385	431.355
mehr als 5 Jahre	697.971	1.055.775

Basis für die Ermittlung der Restlaufzeiten waren die juristischen Fälligkeiten des Nominalforderungsbestandes in Relation zu den Buchwerten.

4. Anlagevermögen

Entwicklung des Anlagevermögens

in Tsd. Euro	Immaterielle Anlagevermögen	Sachanlagevermögen
Historische Anschaffungskosten 01.01.2017	174	106
Zugänge	10	36
Abgänge	47	0
31.12.17	137	142
Kumulierte Abschreibungen 01.01.2017	12	20
Zugänge	34	28
Abgänge	10	0
31.12.2017	36	48
Abschreibungen des Geschäftsjahres	34	28
RESTBUCHWERT 31.12.2017	101	94
Restbuchwert 31.12.2016	162	86

Bei den immateriellen Anlagewerten handelt es sich ausschließlich um entgeltlich erworbene Standardsoftware. Die immateriellen Anlagewerte werden planmäßig linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer von fünf Jahren abgeschrieben.

Das Sachanlagevermögen setzt sich aus einzelnen Vermögensgegenständen sowie einem Sammelposten für geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten von 150,00 Euro bis 1.000,00 Euro zusammen und umfasst ausschließlich Betriebs- und Geschäftsausstattung. Die lineare Abschreibung des Sachanlagevermögens erfolgt über einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren.

5. Sonstige Vermögensgegenstände

Unter den sonstigen Vermögensgegenständen werden folgende Posten bilanziert:

in Tsd. Euro	31.12.2017	31.12.2016
Forderungen an Finanzamt	313	167
Debitorische Kreditoren	2	3
Übrige	24	0
GESAMT	339	170

6. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten setzen sich wie folgt zusammen:

in Tsd. Euro	31.12.2017	31.12.2016
Disagio aus dem Emissionsgeschäft	3.242	0
vorausgezahlte Rechnungsbeträge	351	157
GESAMT	3.593	157

Das Disagio aus dem Emissionsgeschäft entfällt auf begebene Schuldverschreibungen. In diesem Betrag sind auch Emissionskosten enthalten, die laufzeitkongruent verteilt werden.

7. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Zu dem nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag wird auf die Gewährträgerhaftung und Anstaltslast der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein verwiesen.

Der Fehlbetrag in Höhe von 549,7 Mio. Euro (Vorjahr: 505,3 Mio. Euro) setzt sich zusammen aus dem Verlustvortrag des Geschäftsjahres 2016 (505,3 Mio. Euro) sowie dem Jahresfehlbetrag für 2017 (44,4 Mio. Euro).

8. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in Tsd. Euro	31.12.2017	31.12.2016
täglich fällig	210	5.008
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	638.296	2.346.466
	638.506	2.351.474
Anteilige Zinsen	873	343
GESAMT	639.379	2.351.817
mit einer Restlaufzeit		
bis 3 Monate	588.301	197.535
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	49.995	2.148.931
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	0	0
mehr als 5 Jahre	0	0

Die Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist dienen der Refinanzierung des übernommenen Kreditportfolios.

9. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in Tsd. Euro	31.12.2017	31.12.2016
andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	17	5.000
Anteilige Zinsen	0	5
GESAMT	17	5.005
mit einer Restlaufzeit		
bis 3 Monate	17	0
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	0	5.000
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	0	0
mehr als 5 Jahre	0	0

10. Verbriefte Verbindlichkeiten

in Tsd. Euro	31.12.2017	31.12.2016
Begebene Schuldverschreibungen	1.653.564	250.013
GESAMT	1.653.564	250.013
darunter:		
Beträge, die im Folgejahr fällig werden	0	250.013

Es handelt sich um Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von 400 Mio. Euro sowie in Höhe von 1.500 Mio. US-Dollar (Gegenwert 1.253 Mio. Euro). Hierin sind anteilige Zinsen in Höhe von 2,8 Mio. Euro enthalten.

11. Sonstige Verbindlichkeiten

in Tsd. Euro	31.12.2017	31.12.2016
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.413	9.189
Steuern und Sozialabgaben	120	98
Kreditkartenabrechnungen	1	2
GESAMT	5.534	9.289

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betreffen hauptsächlich Kosten aus Auslagerungen (2,7 Mio. Euro; Vorjahr: 4,8 Mio. Euro), Rechts- und Beratungskosten (2,3 Mio. Euro; Vorjahr: 3,7 Mio. Euro) sowie Kosten der Abschlusserstellung und -prüfung (0,3 Mio. Euro; Vorjahr: 0,6 Mio. Euro).

Die Steuern und Sozialabgaben entfallen auf noch nicht abgeführte Beträge für den Monat Dezember 2017.

12. Passive Rechnungsabgrenzungsposten

in Tsd. Euro	31.12.2017	31.12.2016
Agio aus dem Emissionsgeschäft	272	809
GESAMT	272	809

Der Posten beinhaltet Agien für begebene Inhaberschuldverschreibungen, die laufzeitkongruent aufgelöst werden.

13. Andere Rückstellungen

in Tsd. Euro	Bestand 31.12.2016	Zuführung	Auflösung	Verbrauch	Bestand 31.12.2017
Kreditgeschäft	5.251	2.066	5.251	0	2.066
Registerberichtigung	0	1.326	0	0	1.326
Ausstehende Rechnungen	727	786	74	653	786
Prüfungskosten	2.237	580	188	2.049	580
Personal	434	552	108	326	552
Erstellung Jahresabschluss	351	367	0	324	394
BaFin-Umlage	20	20	0	0	40
Erstellung / Veröffentlichung Geschäftsbericht	32	30	0	32	30
Archivierung	9	10	0	0	19
MII / MAP-Versicherung des Schiffsportfolios	236	0	140	96	0
GESAMT	9.297	5.737	5.761	3.480	5.793

Rückstellungen im Kreditgeschäft betreffen Weiterleitungsverpflichtungen aus vereinnahmten Zinsen. Rückstellungen für Registerberichtigung wurden für erforderliche Schiffsregisterberichtigungen nach dinglicher Übertragung des Kreditportfolios gebildet. Die Rückstellungen für ausstehende Rechnungen betreffen weit überwiegend offene Rechnungen für laufende Rechtsberatung und für ausgelagerte Dienstleistungen. Rückstellungen für Prüfungskosten betreffen die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Jahresabschlussprüfung 2017. Personalarückstellungen entfallen unter anderem auf erfolgsabhängige Vorstandsvergütungen und Resturlaubsansprüche. Erstellungskosten für den Jahresabschluss entfallen auf die internen Kosten der Erstellung und die externen Erstellungskosten durch einen Outsourcing-Dienstleister.

Rückstellungen für Archivierungskosten haben eine Laufzeit von mehr als einem Jahr und wurden für die Lagerung der Geschäftsunterlagen im Rahmen der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen gebildet. Die Rückstellung wird entsprechend den gesetzlichen Vorschriften abgezinst.

14. Andere Verpflichtungen

in Tsd. Euro	31.12.2017	31.12.2016
Unwiderrufliche Kreditzusagen	5.908	5.380
GESAMT	5.908	5.380

Bei den unwiderruflichen Kreditzusagen handelt es sich um genehmigte, aber noch nicht abgerufene Finanzierungsmittel.

Die hsh pm schätzt das Kreditrisiko aus Inanspruchnahmen von unwiderruflichen Kreditzusagen aufgrund aktueller Prognosen als überwiegend gering ein.

15. Gesamtbetrag der auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden

in Tsd. Euro	31.12.2017	31.12.2016
Vermögensgegenstände		
Forderungen an Kreditinstitute	52.320	77.376
Forderungen an Kunden	1.659.106	1.990.884
	1.711.426	2.068.260
Schulden		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	412.396	2.157.552
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	17	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.253.461	0
Sonstige Verbindlichkeiten	41	11
Andere Verpflichtungen	5.908	1.607
	1.671.823	2.159.170

ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

1. Zinsergebnis

in Tsd. Euro	01.01.–31.12.2017	19.01.–31.12.2016
Zinserträge	35.076	19.850
davon:		
Kredit- und Geldmarktgeschäfte	35.197	20.145
Negativer Zinsertrag	-121	-295
Zinsaufwendungen	34.206	14.118
davon:		
Kredit- und Geldmarktgeschäfte	30.272	14.195
Negativer Zinsaufwand	-347	-83
Verbriefte Verbindlichkeiten	4.281	-148
Sonstige	0	154
ZINSERGEBNIS GESAMT	870	5.732

Zinserträge aus Kreditgeschäften entfallen weit überwiegend auf eingegangene Zinsbeträge sowie zu einem geringen Teil auf werthaltige Zinsforderungen. Der Großteil der vertraglich vereinbarten Zinsbeträge aus Kreditgeschäften wurde wegen voraussichtlicher Uneinbringlichkeit nicht ertragswirksam vereinnahmt.

2. Provisionsergebnis

in Tsd. Euro	01.01.–31.12.2017	19.01.–31.12.2016
Provisionserträge	1.092	208
davon:		
Kreditgeschäft	1.092	208
Provisionsaufwendungen	1.394	5.492
davon:		
Kreditgeschäft	1.216	5.448
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	142	5
Sonstige	36	39
PROVISIONSERGEBNIS GESAMT	-302	-5.284

Von den Provisionsaufwendungen im Kreditgeschäft entfallen 1.207 Tsd. Euro auf die im Juni 2017 erfolgte Verlängerung der Brückenfinanzierung. Emissionskosten aus dem Wertpapiergeschäft werden abgegrenzt und laufzeitkongruent verteilt.

3. Sonstige betriebliche Erträge

Unter den sonstigen betrieblichen Erträgen werden im Berichtsjahr folgende Positionen erfasst:

in Tsd. Euro	01.01.–31.12.2017	19.01.–31.12.2016
Kostenerstattungen von Dritten	836	0
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	510	0
Sonstige Erträge	448	26
GESAMT	1.794	26

Aus der Anwendung des § 340h HGB in Verbindung mit § 256a HGB ergibt sich ein Aufwandsüberhang (Vorjahr: Aufwandsüberhang) aus der Fremdwährungsumrechnung. Dieser wird in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

Kostenerstattungen Dritter betreffen verauslagte Rechtskosten.

Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen entfallen auf Prüfungskosten, die MII / MAP-Versicherung des Schiffsportfolios und Personalkosten.

4. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen

Die Allgemeinen Verwaltungsaufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

in Tsd. Euro	01.01.–31.12.2017	19.01.–31.12.2016
Personalaufwand	5.943	2.231
andere Verwaltungsaufwendungen	28.395	27.904
GESAMT	34.338	30.135

Der **Personalaufwand** fiel für im Durchschnitt 53 (Vorjahr: 13) beschäftigte Mitarbeiter der hsh pm an.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen gliedern sich wie folgt:

in Tsd. Euro	01.01.–31.12.2017	19.01.–31.12.2016
Kosten wesentlicher Auslagerungen	10.359	4.135
Organisationsberatung	6.214	4.980
Rechtsberatung	6.018	1.930
Abschlusserteilung und -prüfung	1.541	3.030
Registerberichtigungen	1.400	0
Kosten im Kreditgeschäft	838	469
Miete Büroflächen	328	108
Personal- und IT-Beratung	325	502
Rating	251	127
Marktdatenkommunikation	163	82
Ingangsetzungskosten	0	7.561
Gründungskosten	0	4.755
Sonstige	958	225
GESAMT	28.395	27.904

Kosten wesentlicher Auslagerungen fielen fast ausschließlich für die Servicierung des übernommenen Kreditportfolios und für Dienstleistungen im Rahmen der Bereitstellung der IT-Infrastruktur an. Aufwendungen für Organisations-, Personal- und IT-Beratung betreffen den Ausbau der hsh pm. Kosten für Rechtsberatung betreffen im Wesentlichen den Aufbau der hsh pm sowie Beratungsleistungen im Zusammenhang mit dem übertragenen Portfolio. Ein Teil der Rechtsberatungskosten wurde an die Kunden weiterbelastet; die damit einhergehenden Erträge wurden in der GuV-Position „Sonstige betriebliche Erträge“ vereinnahmt. Aufwendungen für Abschlusserteilung und -prüfung betreffen die anteiligen Kosten für die Erstellung des Jahresabschlusses 2017 und dessen Prüfung. Aufwendungen für Registerberichtigungen betreffen erforderliche Schiffsregisterberichtigungen nach erfolgter dinglicher Übertragung des Kreditportfolios. Kosten im Kreditgeschäft entfallen auf Beratungsleistungen im Zusammenhang mit Restrukturierungen, Bewertungsgutachten sowie Aufwendungen bei der Verwertung von Sicherheiten.

5. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Im Berichtsjahr wurden folgende planmäßige Abschreibungen vorgenommen:

in Tsd. Euro	01.01.–31.12.2017	19.01.–31.12.2016
Sachanlagevermögen	28	20
Immaterielle Vermögensgegenstände	34	12
GESAMT	62	32

6. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen gliedern sich wie folgt:

in Tsd. Euro	01.01.–31.12.2017	19.01.–31.12.2016
Saldo Erträge / Aufwendungen aus der Fremdwährungsumrechnung	9.099	5.557
Sonstige	846	0
GESAMT	9.945	5.557

Aus der Anwendung des § 340h HGB in Verbindung mit § 256a HGB ergibt sich ein Aufwandsüberhang (Vorjahr: Aufwandsüberhang) aus der Fremdwährungsumrechnung.

7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft

In dieser Position wird die Nettorisikovorsorge im Kreditgeschäft ausgewiesen. Sie beläuft sich auf -2,4 Mio. Euro (Vorjahr: -470,1 Mio. Euro).

SONSTIGE ANGABEN

1. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die für die Beurteilung der Finanzlage bedeutsamen sonstigen finanziellen Verpflichtungen betreffen folgende Miet- und Dienstleistungsverträge:

Art der Verpflichtung / vertragliches Laufzeitende

in Tsd. Euro	Jahresleistung 2018	Gesamtleistung während fester Vertragslaufzeit
Mietverträge über Geschäftsräume		
2018	16	16
2021	333	1.221
	349	1.237
Dienstleistungsverträge im Zusammenhang mit Outsourcing		
2018	839	839
2019	6.783	9.419
2021	236	945
	7.858	11.203
GESAMT	8.207	12.440

2. Abschlussprüferhonorar

Tätigkeiten des Abschlussprüfers

Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, prüft den Jahresabschluss der hsh pm zum 31. Dezember 2017. Zudem werden prüfungsintegriert Bestätigungsleistungen im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss der hsh pm bei einem Auslagerungsunternehmen erbracht.

Honorare des Abschlussprüfers i.S.d. IDW RS HFA 36 n.F. (HGB)

Das Abschlussprüferhonorar betrug im Berichtszeitraum 0,6 Mio. Euro und entfällt auf folgende Leistungen:

in Tsd. Euro	01.01.–31.12.2017	19.01.–31.12.2016
Abschlussprüfungsleistungen	606	4.018
GESAMT	606	4.018

Die Abschlussprüfungshonorare der KPMG im Geschäftsjahr 2017 fielen für die Prüfung des Jahresabschlusses 2017 (0,4 Mio. Euro) sowie für Prüfungshandlungen bei einem Outsourcing-Dienstleister (0,2 Mio. Euro) an. Im Vorjahr entfielen von den Abschlussprüfungsleistungen der PricewaterhouseCoopers GmbH (PwC) 2,1 Mio. Euro auf Bestätigungsleistungen im Zusammenhang mit der Bewertung des erworbenen Kreditportfolios sowie 1,9 Mio. Euro auf die Prüfung des Halbjahres- und Jahresabschlusses 2016.

3. Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die hsh pm beschäftigte durchschnittlich folgende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:

Köpfe	01.01.–31.12.2017		19.01.–31.12.2016	
	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
männliche	25	4	8	0
weibliche	15	9	4	1
	40	13	12	1
	53		13	

4. Organe der hsh pm

VORSTAND

Ulrike Helfer, Vorstand

Dr. Karl-Hermann Witte, Vorstand

VERWALTUNGSRAT

Dr. Philipp Nimmermann
(Vorsitzender bis 31. Dezember 2017, stellvertretender Vorsitzender ab 1. Januar 2018), Staatssekretär,
Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein

Jens Lattmann
(stellvertretender Vorsitzender bis 31. Dezember 2017, Vorsitzender ab 1. Januar 2018 bis einschließlich
9. Januar 2018), Staatsrat, Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Dr. Sibylle Roggencamp
(dauerhafte Vertreterin der Freien und Hansestadt Hamburg bis 9. Januar 2018, Mitglied des Verwaltungsrats und
Vorsitzende ab 10. Januar 2018), Senatsdirektorin, Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Christian Fischer
(ab 15. Mai 2017), Justitiar, Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Meike Johannsen
(bis 14. Mai 2017), Leitende Regierungsdirektorin, Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Agnes Witte,
Referentin, Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein

TRÄGERVERSAMMLUNG

Dr. Peter Tschentscher
(Vorsitzender bis zum 31. Dezember 2017), Finanzsenator der Freien und Hansestadt Hamburg

Monika Heinold
(Vorsitzende ab 1. Januar 2018), Finanzministerin des Landes Schleswig-Holstein

Gemäß § 14 Abs. 2 der Satzung wechseln Vorsitz und stellvertretender Vorsitz im Verwaltungsrat jährlich zwischen den Trägern.

Der Vorsitz in der Trägerversammlung wechselt gemäß § 16 Abs. 2 der Satzung ebenfalls jährlich zwischen den Trägern.

5. Mandate der Vorstandsmitglieder und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Zum Bilanzstichtag bestehen keine Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften.

6. Kredite an Organmitglieder

Zum Bilanzstichtag bestehen keine Forderungen an Organmitglieder.

7. Organbezüge

Die Bezüge des Vorstands für das Geschäftsjahr 2017 ergeben sich aus folgender Übersicht:

Zusammensetzung in Tsd. Euro	Dr. Karl-Hermann Witte	Ulrike Helfer	Gesamt
	01.01.–31.12.2017	01.01.–31.12.2017	01.01.–31.12.2017
Erfolgsunabhängige Vergütung	211	319	530
Geldwerte Vorteile	7	11	18
Erfolgsabhängige Vergütung	40	40	80
Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung	0	0	0
GESAMT	258	370	628

Der Vorstand erhält neben seinem Fixgehalt eine arbeitgeberfinanzierte beitragsorientierte Altersversorgung. Diese beträgt 10% des jährlichen Fixgehalts und wird an einen externen Altersversorgungsanbieter abgeführt. Beide Komponenten werden als erfolgsunabhängige Vergütung ausgewiesen. Die geldwerten Vorteile resultieren aus der Nutzung von Dienstwagen. Eine erfolgsabhängige Vergütung wird in Abhängigkeit von der Zielerreichung des Vorstands gewährt. Deren endgültige Höhe stand zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses noch nicht fest und wird durch den Verwaltungsrat festgesetzt. Die oben angegebenen Beträge beziehen sich auf die im Geschäftsjahr 2017 zurückgestellten Beträge. Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung sind nicht Vertragsbestandteil.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Es lagen keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag vor.

Kiel, den 27. März 2018

Ulrike Helfer

Dr. Karl-Hermann Witte

KAPITALFLUSSRECHNUNG

für das Geschäftsjahr 2017

in Tsd. Euro	01.01.–31.12.2017 ¹	19.01.–31.12.2016 ¹
1. Periodenergebnis	-44.428	-505.323
2. +/- Abschreibungen / Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	62	32
3. +/- Wertberichtigungen / Zuschreibungen auf Forderungen	16.136	464.822
4. +/- Zunahme / Abnahme der Rückstellungen	-3.504	9.297
5. +/- Aufwendungen / Erträge aus der Fremdwährungsumrechnung	9.099	5.557
6. +/- Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen / Erträge	424	152
7. -/+ Zunahme / Abnahme der Forderungen an Kreditinstitute	18.979	-77.036
8. -/+ Zunahme / Abnahme der Forderungen an Kunden	118.114	-2.372.390
9. -/+ Zunahme / Abnahme anderer Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	-3.605	-327
10. +/- Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-1.490.611	2.225.900
11. +/- Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-4.988	5.005
12. +/- Zunahme / Abnahme verbriefteter Verbindlichkeiten	1.423.096	250.013
13. +/- Zunahme / Abnahme anderer Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	-4.291	10.098
14. +/- Zinsaufwendungen / Zinserträge	-870	-5.732
15. + Erhaltene Zinszahlungen und Dividendenzahlungen	35.075	19.850
16. - Gezahlte Zinsen	-34.206	-14.118
17. = Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit (Summe aus 1. bis 16.)	34.482	15.800
18. - Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-36	-106
19. + Einzahlungen aus Abgängen des immateriellen Anlagevermögens	37	0
20. - Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-10	-174
21. = Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 18. bis 20.)	-9	-280
22. Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe aus 17.+21.)	34.473	15.520
23. + Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	15.520	0
24. = FINANZMITTELFONDS AM ENDE DER PERIODE (SUMME AUS 22. BIS 23.)	49.993	15.520
ZUSAMMENSETZUNG DES FINANZMITTELFONDS		
	31.12.2017¹	31.12.2016¹
Guthaben bei Zentralnotenbanken	49.993	15.520
= FINANZMITTELFONDS	49.993	15.520

¹ Zahlenangaben unter Berücksichtigung von Rundungsdifferenzen

EIGENKAPITALSPIEGEL

zum 31. Dezember 2017

in Tsd. Euro	Verlustvortrag	Jahresfehlbetrag	Bilanzverlust / nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag
Eigenkapital zum 19.01.2016	0	0	0
Jahresfehlbetrag 2016	0	-505.323	-505.323
EIGENKAPITAL ZUM 31.12.2016	0	-505.323	-505.323
Eigenkapital zum 01.01.2017	0	-505.323	-505.323
Ergebnisverwendung 2016	-505.323	505.323	0
Jahresfehlbetrag 2017	0	-44.428	-44.428
EIGENKAPITAL ZUM 31.12.2017	-505.323	-44.428	-549.751

VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER NACH §§ 264 ABSATZ 2 SATZ 3 UND 289 ABSATZ 1 SATZ 5 HGB

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der hsh pm vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Anstalt so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken und die voraussichtliche Entwicklung der hsh pm beschrieben sind.

Kiel, den 27. März 2018

Ulrike Helfer

Dr. Karl-Hermann Witte

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die hsh portfoliomanagement AöR, Kiel

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der hsh portfoliomanagement AöR – bestehend aus der Jahresbilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung, der Kapitalflussrechnung und dem Eigenkapitalspiegel für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der hsh portfoliomanagement AöR für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Anstalt zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Anstalt. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir

keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Ermittlung der Höhe der Einzelwertberichtigungen auf Forderungen an Kunden aus Schiffsfinanzierungen

Zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen verweisen wir auf die Angaben im Anhang unter dem Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“.

DAS RISIKO FÜR DEN ABSCHLUSS

Die hsh pm weist unter den Forderungen an Kunden nahezu ausschließlich Forderungen aus Schiffsfinanzierungen von EUR 1.643 Mio (i. Vj. EUR 2.013 Mio) aus. Diese wurden im Jahr 2016 zum Zweck der Abwicklung der Schiffsfinanzierungen von der HSH Nordbank AG, Hamburg / Kiel (HSH Nordbank), übernommen. Dabei handelt es sich fast vollständig um, schon seit Übernahme durch die hsh pm, leistungsgestörte Schiffsfinanzierungen. Die hsh pm hat alle Forderungen an Kunden aus Schiffsfinanzierungen zum Stichtag 31. Dezember 2017 hinsichtlich der Höhe der erforderlichen Einzelwertberichtigungen überprüft. Aufgrund eines anhaltend schwierigen Marktumfeldes waren auch im Berichtsjahr weitere Zuführungen zu den Einzelwertberichtigungen auf Forderungen an Kunden aus Schiffsfinanzierungen von EUR 2,4 Mio erforderlich.

Die Ermittlung der Höhe der erforderlichen Einzelwertberichtigungen auf Forderungen an Kunden für Schiffsfinanzierungen ist ermessensbehaftet. Sie erfordert zukunftsorientierte Schätzungen über erwartete vertragliche Zahlungsströme und / oder über die erwarteten Zahlungsströme aus der Verwertung von Kreditsicherheiten oder der Veräußerung von Forderungen an Kunden aus Schiffsfinanzierungen. Die Zahlungsströme werden basierend auf der Fortführungsfähigkeit der Schiffsfinanzierung unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Entwicklung von wesentlichen wertbestimmenden Annahmen und Parametern geschätzt. Hierzu zählen insbesondere die Engagementstrategie (Fortführungs- oder Verwertungsstrategie), die künftige Entwicklung von Charraten und Betriebskosten der finanzierten Schiffe sowie die voraussichtlich erzielbaren Sicherheitenwerte. Diese Schätzungen sind mit erheblichen Unsicherheiten behaftet.

Fehlerhafte Annahmen und Parameter bezüglich der Höhe der erwarteten Zahlungsströme (u. a. in Abhängigkeit von Prognosen über die künftige Entwicklung von Charraten, Betriebskosten und Schiffswerten) würden das Risiko bergen, dass erforderlichen Einzelwertberichtigungen nicht in angemessener Höhe Rechnung getragen wurde und somit die Forderungen an Kunden aus Schiffsfinanzierungen im Abschluss nicht zutreffend bewertet sind.

UNSERE VORGEHENSWEISE IN DER PRÜFUNG

Unter Anwendung eines risikoorientierten Prüfungsansatzes haben wir unser Prüfungsurteil sowohl auf kontrollbasierte als auch auf aussagebezogene Prüfungshandlungen gestützt. Demzufolge haben wir, unter Hinzuziehung unserer KPMG-Kreditspezialisten, unter anderem die folgenden Prüfungshandlungen durchgeführt.

In einem ersten Schritt haben wir uns einen Überblick über die Entwicklung der Schifffahrtmärkte, einen Einblick in die Entwicklung des Schiffskreditportfolios der Anstalt, die damit verbundenen adressausfallbezogenen Risiken, die verwendeten Methoden sowie das interne Kontrollsystem in Bezug auf die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen auf Forderungen an Kunden aus Schiffsfinanzierungen verschafft. Für die Beurteilung der Angemessenheit des internen Kontrollsystems in Bezug auf die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen auf Forderungen an Kunden aus Schiffsfinanzierungen haben wir Beobachtungen und Befragungen durchgeführt sowie Einsicht in die schriftlich fixierte Ordnung genommen.

Anschließend haben wir uns von der Wirksamkeit relevanter Kontrollen, die die angemessene Ermittlung von Einzelwertberichtigungen auf Forderungen an Kunden aus Schiffsfinanzierungen entsprechend der Bilanzierungsvorschriften gewährleisten sollen, überzeugt.

Wir haben die Angemessenheit der bei der Ermittlung der Einzelwertberichtigungen verwendeten wesentlichen wertbestimmenden Annahmen und Parameter sowie die Funktionsweise des von der hsh pm verwendeten Bewertungsmodells im Falle der Durchführung einer Fortführungsstrategie oder einer Verwertungsstrategie für Schiffsfinanzierungen anhand von einer bewussten Auswahl von Einzelengagements geprüft. Ferner haben wir stichprobenhaft weitere aussagenbezogene Prüfungshandlungen für die verbleibenden Engagements im Hinblick auf die Annahme bezüglich der Engagementstrategie durchgeführt. Dabei haben wir insbesondere die von der hsh pm getroffene Annahme bezüglich der Zuordnung zu der jeweiligen Engagementstrategie sowie die Höhe der jeweils gebildeten Einzelwertberichtigung auf Forderungen an Kunden für Schiffsfinanzierungen geprüft. Hierzu haben wir die zur Beurteilung der Engagementstrategie sowie des Wertansatzes von Sicherheiten und zukünftigen Zahlungsströmen aus dem Schiffsbetrieb zur Verfügung stehenden Informationen beurteilt.

Ergänzend haben wir die Angemessenheit der angesetzten Parameter zur Ermittlung der Risikovorsorge sowie des von der hsh pm verwendeten Bewertungsmodells geprüft. Im Mittelpunkt standen insbesondere eine angemessene Berücksichtigung der Markterwartungen und die Konsistenz der getroffenen Parameter zu den Markterwartungen.

UNSERE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die von der hsh pm festgelegten Annahmen in Bezug auf die Engagementstrategie sowie die Parameter zur Ableitung der noch erwarteten Zahlungsströme aus dem Schiffsbetrieb bzw. der Sicherheitenbewertung für die Beurteilung der Höhe der Einzelwertberichtigungen auf Forderungen an Kunden aus Schiffsfinanzierungen sind angemessen. Die Annahmen und Parameter wurden in den von uns geprüften Einzelfällen sachgerecht angewendet.

Die von der hsh pm vorgenommenen Schätzungen der erwarteten Zahlungsströme berücksichtigen aktuelle Markterwartungen hinsichtlich Charraten, Betriebskosten bzw. der Marktwertentwicklung der Schiffe und beruhen auf angemessenen Annahmen und Parametern.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen:

- die übrigen Teile des Geschäftsberichts, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Verwaltungsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Anstalt vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Anstalt zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Anstalt vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Anstalt zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Anstalt vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeits, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Anstalt abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Anstalt zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Anstalt ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Anstalt vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden mit Beschluss des Verwaltungsrats am 13. Oktober 2017 zum Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 18. Dezember 2017 vom Verwaltungsrat beauftragt. Wir sind damit seit dem Geschäftsjahr 2017 als Abschlussprüfer der Gesellschaft tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Ronny Kühn.

München, den 28. März 2018

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Kühn
Wirtschaftsprüfer

Peter
Wirtschaftsprüfer

IMPRESSUM

Hauptsitz

hsh portfoliomanagement AöR
Martensdamm 4
24103 Kiel

Büro Hamburg

hsh portfoliomanagement AöR
Burchardstraße 8
20095 Hamburg

Kontakt

E-Mail: info@hshpm.de
Telefon: +49 431 555 79 100
<http://www.hshpm.de>

Ansprechpartner

Fabian Schenzer
Leiter Vorstandsstab und Gremienbetreuung
E-Mail: fabian.schenzer@hshpm.de
Telefon: +49 431 555 79 232

Beratung, Konzept & Design

Silvester Group
www.silvestergroup.com